277. Montag, den 26. November 1866. 277.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1⅓ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24⅓ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 25. November. Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den früheren Minister-Residenten am Großherzoglich hessischen Hofe, Geheimen Legationsrath von Wentzel, zu Allerhöchstihrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an gedachtem Hofe zu ernennen; dem dem General-Gouvernement von Hannover attachirten Landrath Freiherrn von Hardenberg den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen; an Stelle des auf sein Ansuchen entlassenen bisherigen Konsuls Bauch in Santiago de Cuba den dortigen Kaufmann Reiners zum Konsul daselbst zu ernennen; so wie der von der Stadtverordnetenversammlung zu Bromberg auf den Gerichtsassessor Goetz für die Dauer von 12 Jahren gerichteten Wahl zum besoldeten Beigeordneten der genannten Stadt die Bestätigung zu ertheilen.

Allerhöchste Kabinetsordre vom 6. November 1866, betreffend die Anrechnung des diesjährigen Feldzuges als Kriegsjahr.

Ich bestimme mit Bezug auf den §. 8 des Militär-Pensions-Reglements vom 13. Juni 1825, daß der diesjährige Feldzug den dabei Betheiligten bei Berechnung ihrer Dienstzeit als ein Kriegsjahr in Anrechnung kommen soll. Für die Betheiligung ist der statutenmäßige Besitz des durch Meine Ordre vom 20. September d. J. gestifteten Erinnerungskreuzes maßgebend. Das Staatsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen.

Berlin, den 6. November 1866.

(gez.) **Wilhelm.**

Das 60. Stück der Gesetz-Sammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 6454 das Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Hypothekenbriefe der Pommerschen Hypotheken-Aktienbank, vom 1. Oktober 1866; unter Nr. 6455 das Statut für den Salmorther Deichverband, vom 22. Oktober 1866; unter Nr. 6456 die Bestätigungsurkunde, betreffend einen Nachtrag zum Statut der Thüringischen Eisenbahngesellschaft, vom 5. November 1866; unter Nr. 6457 den Allerhöchsten Erlaß vom 10. November 1866, betreffend die Legitimationen, Adoptionen und Dispensationen in den vormals kurhessischen Landestheilen; und unter Nr. 6458 den Allerhöchsten Erlaß vom 12. November 1866, betreffend die Zuständigkeit und das Verfahren der Behörden und Beamten des Justizressorts in Sachen der Justizaufsicht und Verwaltung in den durch das Gesetz vom 20. September 1866 der preußischen Monarchie einverleibten Landestheilen.

Berlin, den 24. November 1866.

Debits-Comtoir der Gesetz-Sammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Triest, 25. November. Mit der Ueberlandpost sind Nachrichten aus Kalkutta vom 19. Oktober eingegangen, nach welchen die Revolution in Birma beendigt ist. Ein Kommissar der britischen Regierung wird sich wiederum dorthin begeben. Man erwartet den Abschluß eines neuen Vertrages zwischen der britischen und birmanischen Regierung.

Nachrichten aus Korfu vom 24. d., welche aus griechischer Quelle stammen, melden ein siegreiches Gefecht, welches die Insurgenten unter Führung von Coroneos bestanden haben; die Türken sollen an Todten und Verwundeten 3000, an Gefangenen 2000 Mann verloren haben. Auch bei Askyphos haben die Insurgenten einen Sieg erfochten. Ferner wird die Abberufung von Mustapha-Pascha und dessen Ersetzung durch Omer-Pascha gemeldet. — Der Dampfer „Panhellenion“ hat abermals Freiwillige von Patras gebracht.

Pest, 25. November, Nachmittags. In einer heute abgehaltenen Sitzung beschloß die Linke, an den Berathungen der Siebenundsechziger-Kommission nicht Theil zu nehmen, so lange kein verantwortliches Ministerium ernannt sei.

Paris, 25. November, Morgens. Der heutige „Moniteur“ schreibt: Der Ablauf des englisch-französischen Auslieferungsvertrages vom Jahre 1843, dessen Stipulationen mit dem 4. Dezember d. J. außer Kraft treten würden, ist bis zu Anfang September 1867 vertagt worden.

Paris, 25. November, Vormittags. Glaubwürdig wird versichert, der Kaiser habe seiner Umgebung mitgetheilt, daß die Kaiserin trotz mehrfach ausgesprochener Bedenken der Minister entschlossen sei, nach Rom zu reisen. Sie würde daselbst 14 bis 20 Tage verweilen und dann Florenz besuchen. Zweck der Reise solle die Aussöhnung des heiligen Stuhles mit Italien sein. Die kaiserliche Yacht „l'Aigle“ wird reisefertig gemacht.

Marseille, 24. November. Aus Rom wird vom 22. d. M. gemeldet, daß Unterhandlungen über die Besetzung der vakanten Bisthümer in Italien in Aussicht stehen. Außerdem wird bestätigt, daß demnächst eine Zusammenberufung der Bischöfe der katholischen Christenheit zum 29. Juni nächsten Jahres erfolgen soll.

Peterburg, 25. November, Morgens. Aus Konstantinopel sind Nachrichten vom 20. d. M. eingelaufen, nach welchen die Mittheilungen verschiedener Journale über eine beabsichtigte Vereinigung der griechischen Kirche mit der römisch-katholischen für unbegründet erklärt werden; ebensowenig bestätigt sich die Nachricht von einer Note der Großmächte in Betreff des Hatt-Humayun. — Fünf Bataillone sind von Alexandrien nach Kandia expedirt worden.

Verschiedene Versionen.

Graf Eulenburg hat in der Freitagssitzung eine Aeußerung gethan, die nach verschiedenen Berichten verschieden klingt. Nach einem hiesigen Blatte hätte der Minister gesagt: „Ich werde immer daran festhalten, daß ich berechtigt bin, bei irgend einer Wahl das politische Verhalten eines Mannes ins Auge zu fassen. Einen Mann, der an der Spitze von Wahlkomité's steht, oder stiehlt oder betrügt, werde ich nicht bestätigen.“ Daß die Worte in dieser Fassung nicht vom Ministertische gefallen sein konnten, sah wohl jeder Zeitungsleser auf den ersten Blick. Nach unserem (dem Oldenbergschen) Kammerbericht lauten dieselben: „Mit Bezug auf die wiederholt berührte Weigerung der Bestätigungen muß ich sagen, daß ich auf den Standpunkt niemals versprochen habe mich zu stellen, daß eine Bestätigung nur dann nicht erfolge, wenn der Betreffende ehrenrührige Verbrechen begangen oder dergleichen; denn das werde ich immer festhalten, daß im Gesetze die Berechtigung liegt, unter Umständen auch seiner politischen Stellung wegen einem Kommunalbeamten die Bestätigung zu versagen. Sie mögen mich deswegen angreifen oder nicht, aber wenn ein Mann z. B., der in diesem Sommer an der Spitze eines Wahlkomité's stand, das die Parole: „Keinen Groschen Geld diesem Ministerium!“ verbreitete, zu einem höheren Kommunalamte gewählt wird, so werde ich ihn nun und nimmer bestätigen. Das halte ich für meine heilige Pflicht. Das wäre überhaupt eine komische Zumuthung, persönliche Worte, meinerseits früher gebraucht, dahin auszulegen, als wäre damit gemeint: von heute an wird Alles bestätigt, was da vorkommt. Ich meine daher im Ganzen, wenn wir so fortfahren, wie bisher, so kommen wir ganz gut zum Ziele.

Die „Nordd. Allgem.“ und „Kreuzzeitung“ berichten übereinstimmend:

„Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich will dem Herrn Abgeordneten quasi speciell antworten. Was ich den Behörden vertraulich oder nicht vertraulich mitgetheilt habe, das kann der Herr Abgeordnete nicht wissen; wenn er behauptet, ich hätte ihnen Nichts gesagt, so ist das eine Behauptung, die in der Luft schwebt. Aber in Beziehung auf die Bestätigungen, die die Hauptrolle spielen, muß ich sagen, daß ich mich durch das Versprechen, das ich früher abgegeben habe, nicht habe auf den Standpunkt stellen wollen, daß nunmehr Bestätigungen in allen Fällen ertheilt werden sollen, wenn nur die zu Bestätigenden gerade nicht etwa betrogen oder einen unsittlichen Lebenswandel geführt haben; wenn ein solcher Mann in ein hervorragendes kommunales Amt gewählt werden soll, dann, meine Herren, bestätige ich ihn nicht; wir gehen aber noch weiter. Wenn ich weiß, es erklärt Jemand, unter diesen schwierigen Verhältnissen werde ich dem Ministerium kein Geld bewilligen, und er bewährt diese Drohung, dann bestätige ich ihn auch nicht. Das halte ich nicht blos für wohlvereinbar mit dem Gesetze, sondern das halte ich auch für meine heilige Pflicht, und es würde doch eine komische Zumuthung an die Staatsregierung sein, wenn sie eine solche Versicherung ertheilen sollte. Das werde ich immer festhalten, daß in dem Gesetz nach der allgemeinen Ausdrucksweise desselben auch die Berechtigung der Regierung liegt, zu gewissen schwierigen Zeiten auch die politische Stellung des zu Bestätigenden für maßgebend zu erachten. Dabei werde ich bleiben, meine Herren, Sie mögen mich deshalb angreifen oder nicht. Wenn z. B. Jemand im Sommer dieses Jahres an der Spitze eines Wahlkomitées gestanden hat, unter Denjenigen, die dem Ministerium unter keinen Umständen einen Pfennig Geld bewilligen wollten, es möge daraus werden, was da wolle, und es wird der Grundsatz aufgestellt, in Beziehung auf die Bestätigung der kommunalen Wahlen eine liberale Praxis eintreten zu lassen, und von mir verlangt, daß ich den Bezirks-Regierungen vorschreiben sollte: „Meine Herren! Von heute ab wird Alles bestätigt, was vorkommt!“ — so wären solche brüsken Uebergänge in einer Verwaltung überhaupt der Untergang jeder Verwaltung. Die Behörden und die Bevölkerung müssen diesen Uebergang nur noch nachfühlen. Wenn in dem Sinne die Verwaltung geführt wird, kommen wir zu einem guten Ziele, und der Richtung der Verwaltung in dieser Weise werde ich gewiß nicht hinderlich sein.“

Hieraus ergiebt sich, daß in dem zuerst citirten Bericht eine arge Verstümmlung der Worte des Ministers des Innern vorliegt, die, da sie mit Wissen und Willen geschehen, — denn die vollständigen Berichte lagen am Sonnabend vor — am wenigsten zu weiteren Folgerungen berechtigte. Wir wollen hoffen, daß der stenographische Bericht die Worte des Ministers in einem noch milderen Lichte erscheinen lasse; denn auch in der Fassung, welche wir für die richtigere halten, würde uns sein Standpunkt nicht korrekt genug erscheinen, wenn er nicht ausdrücklich die Versicherung hinzugefügt hätte, er sei kein Parteimann. Das ist eine an jeden Minister zu stellende Kardinalforderung und wenn sie thatsächlich erfüllt wird, so ist das Land gegen den Mißbrauch des Bestätigungsrechts wohl geschützt. Wir werden sehen.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 24. November. An sämmtliche Regierungen der Staaten des Norddeutschen Bundes sind nunmehr Einladungen ergangen, Kommissarien zur Verhandlung über den Verfassungsentwurf zu ernennen. — Der Geh. Regierungsrath von Wolff aus dem Ministerium des Innern, hat den Auftrag erhalten, sich mit den Chefs der Verwaltung in den neuen Provinzen in Verbindung zu setzen und sowohl die Organisation der Verwaltung als auch die Abgrenzung der Verwaltungsbezirke vorzubereiten. Derselbe hat sich zur Erledigung dieses Kommissoriums zunächst nach Kassel begeben, von wo er weiter nach Frankfurt, Wiesbaden u d zuletzt nach Hannover zu gehen gedenkt. — Obgleich das preußische Lazarethwesen sich in glänzender Weise während des jüngsten Krieges bewährt hat, so daß sich auswärtige Regierungen, wie die von Frankreich, Rußland und Baden, um Auskunft über die Einrichtung desselben hierher gewendet haben, gedenkt die preußische Regierung doch die Erfahrungen dieses Jahres zu einer Reorganisation zu verwerthen. Zunächst wird davon das militärztliche Personal betroffen. Es wird nämlich die Anordnung getroffen werden, daß künftig etwa die Hälfte der Aerzte und Lazarethgehülfen sich in die Gefechtslinie zu begeben habe, während die andere Hälfte sich regimenter- und brigadenweise unmittelbar hinter der Linie unter dem Befehl des ältesten Arztes um den Medizinkarren sammelt. Ferner soll jeder geschlossene Truppenkörper 4 Hülfskrankenträger ausbilden, welche mit den auf dem Medizinkarren befindlichen „Krankentragen“ bei dem Transport der Verwundeten behülflich sein können. Die Krankenträgerkompagnieen, welche bisher nur 180 Mann stark waren, sollen in 3 Sektionen à 120 Mann formirt und jedem leichten Feldlazareth eine Sektion beigegeben werden. Zu einem Armeekorps werden sonach 140 Mann bei den Truppen, 360 bei den Lazarethen gehören. Die leichten Feldlazarethe endlich werden, um ihre Beweglichkeit zu erhöhen, in 2 Sektionen, die schweren aber, um nöthigenfalls als leichte verwendet werden zu können, in 3 Sektionen zertheilt werden.

△ Berlin, 25. November. Das Rundschreiben an sämmtliche Regierungen der Staaten des Norddeutschen Bundes, von welchem ich Ihnen in meinem vorigen Briefe Nachricht gab, ist vom 21. d. M. datirt. Es wird darin mitgetheilt, daß die preußische Regierung die Absicht habe, die Wahlen zum Parlament so vornehmen zu lassen, daß der Zusammentritt desselben Anfangs Februar künftigen Jahres erfolgen können. Daran wird die Einladung geknüpft, die zu ernennenden Kommissäre zur Berathung des Verfassungsentwurfes rechtzeitig zu entsenden, damit ihre Verhandlungen am 15. Dezember ihren Anfang nehmen. — Auch auf die Depesche des Herrn von Beust vom 8. November, in welcher Verhandlungen behufs einer Revision des Zoll- und Handelsvertrages gefordert werden, ist jetzt von hier eine Antwort abgegangen, in der die Bereitwilligkeit auf die Verhandlungen einzugehen ausgesprochen und mitgetheilt wird, daß zuvörderst das Finanz- und das Handelsministerium angewiesen seien, die Vorbereitungen zu diesen Verhandlungen in die Hand zu nehmen. — Graf Bismarcks Rückkehr, welche bekanntlich schon in dieser Woche erfolgen sollte, ist bis in die nächste Woche verschoben worden. Man erwartet ihn am 26. d., möglich ist jedoch, daß noch einige Tage mehr verstreichen werden. Ich bemerke bei dieser Gelegenheit, daß die Reise des Herrn von Savigny nicht, wie man behauptet hat, nach Puttbus zum Ministerpräsidenten noch überhaupt in amtlichen Angelegenheiten stattgefunden, sondern einfach persönliche Angelegenheiten betroffen hat. — Der Telegraph wird Ihnen gemeldet haben, daß an die Offiziere der vormaligen hannöverschen Armee eine Aufforderung des Königs ergangen ist, sich bis zum 1. Januar zu erklären, ob sie in die preußische Armee eintreten oder pensionirt werden wollen. Ich kann hinzufügen, daß sämmtliche Unteroffiziere und die andere dienstpflichtige Mannschaft der Provinz Hannover bis zum 10. Dezember eingestellt weeden. — Die Anwesenheit des Herrn von Wurmb hat das Gerücht hervorgerufen, es walteten zwischen Preußen und Sachsen über den Norddeutschen Bund Differenzen ob, und Sachsen mache solche Schwierigkeiten, daß Herr v. Wurmb herberufen sei, um neue Weisungen zu empfangen. Thatsächlich ist jedoch nur, daß seine Anwesenheit diejenigen Verhandlungen betrifft, die er zu vermitteln beauftragt ist, und daß es sich lediglich um eine Vereinbarung über die Verpflegung der preußischen Truppen in Sachsen handelt. — Eine Vermehrung der Lotterielose, von der einige Blätter wissen wollen, wird, wie ich erfahre, zur Zeit noch nicht beabsichtigt und werden etwa zu fassende Beschlüsse späterer Zeit vorbehalten bleiben. — Gegenwärtig wird an einer statistischen Zusammenstellung der im letzten Kriege verwundeten Krieger und der Resultate ihrer Verpflegung gearbeitet. Schon jetzt kann hervorgehoben werden, daß das Verhältniß der Gestorbenen zu der großen Zahl der Verwundeten sehr gering ist, und in keinem der Lazarethe, welche Verwundete aufgenommen haben, die Krankheiten, die früher als unvermeidlich galten, wie Brand, Lazarethtyphus, Pyämie (die beim Eintritt des Eiters ins Blut ausbrechende, meist tödtliche Krankheit) epidemisch, sondern nur sporadisch und in wenigen Lazarethen aufgetreten sind und nur geringe Opfer gefordert haben. Diese günstigen Resultate erklärt man daraus, daß schon am 1. Juli, also gleich nach den ersten Schlachten, die Kranken und Verwundeten der mobilen Armee durch Vermittelung der Krankentransport-Kommission in die überall im preußischen Staate zerstreuten Reservelazarethe vertheilt wurden, und daß im Ganzen kein Reservelazareth an den nachtheiligen Folgen der Ueberfüllung leiden konnte, da selbst noch in der schlimmsten Zeit 15,000 Lagerstätten disponibel blieben. Wie günstig die Kurerfolge in den Reservelazarethen gewesen, beweist der Umstand, daß die Zahl der Kranken, die am 1. August 35,000, darunter 20,000 Verwundete, betrug, am 1. September auf 25,000 (12,000 Verw.) herabgegangen war, am 1. Oktober nur noch 9000 (3500 Verwundete) betrug und sich jetzt kaum noch auf 3500 (1000 Verwundete) beläuft.

Ψ Berlin, 25. Novbr. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses arbeiten in dieser Session angestrengter, als seit langer Zeit, sie gönnen sich auch nicht am heutigen Sonntag Ruhe und Muße. Abends finden fast in allen Fraktionen Berathungen statt, welche sich zumeist auf die Budgetfrage beziehen. Für morgen ist bis um 1½ Uhr, wo eine Plenarsitzung anberaumt worden, eine ganze Reihe von Kommissions-Sitzungen zu erwarten. Es tagen: die Kommission zur Berathung des Gesetzes in Betreff der Lehnsverhältnisse in Pommern, die Kommission zur Berathung des Gesetzes wegen Eintheilung der neuen Wahlbezirke in den neuen Provinzen und die Dotationskommission. Möglich, daß letztere in dieser einen Sitzung ihre Aufgabe erledigt; man sieht ihren Anträgen mit einer Spannung entgegen, wie sie seit längerer Zeit im Abgeordnetenhause nicht hervorgetreten ist. Die Vermuthung, daß vertrauliche Unterhandlungen die Ansetzung der ersten Kommissionssitzung verzögert haben mochten, hat sich vollkommen bestätigt. Noch vorgestern fand in der Wohnung des Abg. Frhrn. v. Vaerst eine vertrauliche Besprechung in dieser Angelegenheit statt; aus den kleinlauten Aeußerungen der dieser Sache Näherstehenden scheint hervorzugehen, daß die Hoffnungen auf eine allseitig befriedigende Verständigung nicht gerade allzugroß sind. Die Kommissionsmitglieder haben, dem Vernehmen nach, auf die Nennung von Namen Seitens der Regierung bestanden und deren Vertreter soll nicht abgeneigt gewesen sein, vertrauliche Mittheilungen zu

machen, darauf jedoch wollten die verhandelnden Mitglieder der Kommission nicht eingehen, weil von ihnen Rechenschaft in offener und unumwundener Weise verlangt wird. Inzwischen ist heute ein Amendement v. Kardorf, unterstützt von den Mitgliedern der freien konservativen Vereinigung (Karl Prinz zu Hohenlohe, Gr. Bethusy-Huc ꝛc.) eingegangen, welches die Dotationen für „Heerführer und Staatsdiener" gewährt wissen will. Es kann auf das Verbürgteste mitgetheilt werden, daß die Regierung diesen Vorschlag entschieden ablehnen wird. Gr. Bismarck hat sich, nach Mittheilungen von bestunterrichteter Seite, sofort als derartige Absichten bekannt geworden waren, entschieden dagegen erklärt und soll zu verstehen gegeben haben, daß die Annahme eines derartigen Vorschlages seinen Rücktritt zur Folge haben könnte. Es dürfte diese Thatsache den Antragstellern wohl nicht bekannt gewesen sein. — Der Vorsitzende der Kommission, welche das Gesetz wegen der Wahlbezirke in den neuen Provinzen zu berathen hat, Abg. Holzapfel, hat zum Referenten den Abg. Dr. Waldeck ernannt. Auch diese Kommission will ihre Arbeiten möglichst schnell abwickeln.

— Ihre Majestät die Königin Augusta, welche durch ihre unausgesetzte werkthätige Theilnahme an den segensreichen und großartigen Bestrebungen für die Verwundeten während des Krieges und nach demselben diese Liebeswerke aller Schichten der preußischen Bevölkerung in so hohem Grade förderte und belebte, hat gegenwärtig ihre Sorgfalt darauf gerichtet, die Organisation der Frauen- und Jungfrauen-Vereine im gesammten preußischen Vaterlande, die so Großes geleistet, auch im Frieden aufrecht zu erhalten und bei allgemeinen Nothständen nutzbar zu machen. Die hohe Protektorin dieser Frauen- und Jungfrauen-Vereine hat daher den Wunsch ausgedrückt, daß die in den Provinzen bestehenden derartigen Vereine sich dem hiesigen „Vaterländischen Frauen-Vereine" zu gemeinsamer Thätigkeit anschließen mögen. Ihre Majestät hat die Leitung dieses „Vaterländischen Frauen-Vereins" folgenden Damen in die Hand gelegt: Gräfin Louise Itzenplitz, Frau Minister v. Roon, Frau Krause, geb. Bessel, Frau Stadtrath Nöldechen, Frau General v. Rieben, Frau Wirkl. Geheimerath v. Pommer-Esche, Frau Kommerzienrath Borsig, Frau Geh. Kommerzienrath A. Mendelssohn und Frau Stadtsyndikus Duncker. Als diesen Damen hülfreich zur Seite stehend, hat die Königin folgende Männer gewählt: Geh.-Rath Eck, Ober-Tribunalsrath Blömer, Kommerzienrath Krause, Minister a. D. Graf Schwerin, Bürgermeister Hedemann, General-Arzt v. Langenbeck, Fürst Boguslaw Radziwill, Unterstaatssekretär Sulzer, Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, General v. Brandt, Professor Firmenich Richartz, Graf Behr-Negendank und General v. Troschke. An dem Gelingen dieser über die ganze Monarchie ausgedehnten Organisation wird nach den aus den Provinzen eingegangenen Meldungen nicht gezweifelt.

— Die schon erwähnte, Sr. k. H. dem Kronprinzen in Petersburg von einer Deputation dort lebender preußischer und norddeutscher Unterthanen überreichte Adresse lautet wörtlich:

Durchlauchtigster Prinz! Großmächtigster Prinz und Herr! Ew. K. Hoheit erlauben sich die unterzeichneten, in St. Petersburg anwesenden Preußen und Norddeutschen ehrfurchtsvoll zu nahen und ihre Freude darüber auszusprechen, Ew. Königl. Hoheit in der Hauptstadt Rußlands begrüßen zu dürfen. Wenngleich Viele von uns, seit Jahren vom Vaterlande entfernt, sich unter dem Schutze der von Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland geschaffenen freien Institutionen hier eine neue Heimath gegründet haben, schlagen unsere Herzen doch heiß für die Sache des Vaterlandes, dessen Grenzen durch die Heldenthaten Sr. Majestät des Königs, Ew. Königlichen Hoheit und der tapferen Führer so ruhmvoll erweitert worden, — Heldenthaten, welche die im Auslande lebenden Deutschen desto enger verbinden. Wir sind den ruhmreichen Kämpfen unserer braven Truppen mit Begeisterung gefolgt, und mit Stolz hören wir deren Werth als Soldaten und als Menschen überall Anerkennung zollen. Mit dem festen Bewußtsein, daß nur unter Preußens Führung ein starkes Deutschland erblühen kann, werden wir stets treu zu dessen Fahne halten und in der Stunde der Gefahr Gut und Blut freudig der Sache des Vaterlandes weihen. In dieser Gesinnung verharren Ew. Königliche Hoheit unterthänigste (folgen die Unterschriften).

Se. k. H. dankte der Deputation für die patriotischen Gefühle, die dieselbe ausgedrückt, aufs Herzlichste und erwiderte, wie gerade die jüngste Vergangenheit Preußens es dargethan, welche Erfolge die Liebe zum Vaterlande erzielen könne, und wie er besonders erfreut sei, diesen Gefühlen auch hier zu begegnen. Er werde nicht verfehlen, Sr. Majestät dem Könige hiervon genaue Kenntniß zu geben und ersuche die Deputation, der Dolmetscher seiner Gefühle zu sein bei allen Unterzeichnern der Adresse und allen Denjenigen, welche die darin ausgedrückten Wünsche theilten. Hierauf hatte jedes Mitglied der Deputation die Ehre, Sr. k. H. vorgestellt zu werden, und Höchstderselbe unterhielt sich aufs Leutseligste mit denselben.

— Die königliche Staatsregierung hat gegenüber dem Antrage des Abg. v. Baerst, betreffend den Militäretat, bekanntlich die Stellung genommen, denselben in seiner vorliegenden Fassung als absolut unannehmbar zu bezeichnen. Die „Z. C." sagt darüber noch: Allerdings würde die Staatsregierung gegen die Annahme des Militär-Etats en bloc wohl kaum Etwas zu erinnern haben und nach der Geschäftsordnung auch nicht wohl demselben widersprechen können; doch ist eine solche Annahme en bloc auch wesentlich verschieden von der durch Herrn von Baerst vorgeschlagenen Bewilligung eines Pauschquantums. Mit der Annahme en bloc würde der Etat, wie er vorgelegt ist, in allen seinen einzelnen Positionen, mit der Vertheilung im Ordinarium und Extraordinarium, und damit indirekt auch die Militärorganisation, genehmigt sein, während die Bewilligung eines Pauschquantums, mit Suspendirung der Frage über die Militär-Organisation, als der sicherste Weg zu einem neuen „Konflikte" angesehen werden kann.

— Der heutige „Staatsanz." enthält folgende halbamtliche Note: „Bekanntlich hat der vormalige hannoversche Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Platen, unter dem 3. d. Mts. aus Hietzing bei Wien ein Cirkular an die vormals hannoverschen Konsuln erlassen, worin er diese auffordert, ihre Amtsgeschäfte fortzuführen. Inzwischen sind diese Konsuln bereits von der preußischen Regierung entlassen; ihre Geschäfte sind den preußischen Konsuln übertragen; dies ist durch das General-Gouvernement in Hannover zur Nachachtung aller Betheiligten bekannt gemacht und in den betreffenden fremden Staaten sind alle Einleitungen getroffen, um das Exequatur der vormaligen hannoverschen Konsuln einzuziehen. Bei dieser Lage der Sache ist das obengedachte Cirkular des Grafen Platen wirkungslos. Gleichwohl halten wir es nicht für überflüssig, noch besonders darauf aufmerksam zu machen, daß alle Amtshandlungen vormaliger hannoverscher Konsuln ungültig sind, daß also, wenn Rheder und Schiffer sich noch jetzt an selbige wenden, sie die hieraus hervorgehenden rechtlichen Nachtheile sich selbst beizumessen haben und daß ihre betreffenden Angelegenheiten, Schiffspapiere und Rechtsverhältnisse überhaupt nur durch die preußischen Konsuln besorgt werden können."

— Der heutige „St. Anz." enthält nachstehende Bekanntmachung der königlichen Hauptverwaltung der Darlehns-Kassen in Berlin vom 23. d. M.: „So eben ist die Nachbildung eines Darlehns-Kassenscheins à 10 Thlr. zum Vorschein gekommen, welche mit Hülfe der Photographie, auf gewöhnlichem, aber mit einer glänzenden Deckschicht versehenen Papier hergestellt und von den echten Darlehns-Kassenscheinen daran sofort leicht zu unterscheiden ist, daß der silbergraue guillochirte Ueberdruck auf der Schauseite gänzlich fehlt. Wir machen deshalb das Publikum auf die dringende Nothwendigkeit aufmerksam, im eigenen Interesse die Scheine vor der Annahme genau zu prüfen oder sich doch die Namen der Einzahler jedesmal zu merken."

— Wie die „N. Pr. Z." hört, wird jetzt darüber verhandelt, das preußische Strafgesetzbuch in Frankfurt a. M. einzuführen, weil die jetzt daselbst bestehende Strafgesetzgebung nicht den nöthigen Anhalt bietet, um gewissen Agitationen und Excessen mit Erfolg entgegenzutreten.

— Man schreibt der „Gazette de France" aus Toulon: „Ein höherer Officier der preußischen Garde-Artillerie befindet sich seit einigen Tagen in Toulon, wo er mit der größten Aufmerksamkeit unsere Marineanstalten und Panzerschiffe besichtigt. Der Fremde ist mit einer blauen Zulaßkarte versehen, die ihm auf Befehl des Marine-Ministers zugestellt worden ist. Diese Zulaßkarten haben verschiedene Nuancen je nach der größern oder geringern Leichtigkeit des Zutritts, die der damit versehenen Person gestattet werden soll."

— Das Befinden des Kriegsministers v. Roon hat sich nach der „N. Pr. Ztg." in erfreulicher Weise gebessert. Er befindet sich zur Zeit in Wiesbaden und gedenkt bereits im Laufe der nächsten Woche wieder hier einzutreffen.

— Gestern ist hier der Geh. Oberregierungsrath v. Aster gestorben, vortragender Rath im Handelsministerium und ein sehr tüchtiger Beamter. (Er war ein Sohn des verstorbenen Generals.)

— Das Gesammtresultat der stattgehabten Stadtverordnetenwahlen stellt sich wie folgt: Im Ganzen waren 40 Wahlen vorzunehmen. Unter diesen befanden sich 5, welche die früheren Inhaber der Mandate, nämlich, der Kaufmann und Fabrikbesitzer Rebling, der Kaufmann Devereux, der Fabrikbesitzer Mosgau, der Bäckermeister Krebs und der Geheime Rechnungsrath und Direktor Tiede, schon früher niedergelegt hatten, und 1, bei welchem der seitherige Stadtverordnete, der Kaufmann Fromm, die Wiederwahl abgelehnt hatte, so daß also nur bei 34 Wahlen die Wiederwahl in Frage kommen konnte. Es sind davon 21 wiedergewählt, und zwar: von der dritten Wahlabtheilung die Stadtverordneten Zacharias, Reimer, Heil, Paetel, Borchert, Romstädt, Sittenfeld und Borchardt. (Einer der seitherigen Stadtverordneten dieser Wahlabtheilung, nämlich der Abgeord. v. Hennig, steht zur engeren Wahl.) Von der zweiten Wahlabtheilung die Stadtverordneten: Hamann, Teichert, Thebesius, Voigt, Steinert, Seibert und v. Meibom. Von der ersten Wahlabtheilung die Stadtverordneten: Delbrück, Rosenthal, Gilka, v. Platen, Dr. Schulz und Borsig. Nicht wieder gewählt sind davon 12, und zwar: die Stadtverordneten Zöllner, Dr. Borchardt, Dr. Lövinsohn, Treue, Höpke, Weber, Landré, Gerold sen., Heudlaß, Dr. Marggraff, Franke und Kunz. Hierzu treten noch die vorher erwähnten 5 früheren Stadtverordneten, deren Mandate schon erledigt sind, der eine Stadtverordnete, welcher die Wiederwahl abgelehnt hat und der eine Stadtverordnete, welcher noch zur engeren Wahl steht. Neu gewählt sind dagegen 14, und zwar: der Medizinal-Assessor Dr. Göschen, Töpfermeister Titel, Bezirksvorsteher Möwes, Lieutenant a. D. und Armenkommissionsvorsteher Dittmar, Bezirksvorsteher Mathes (zweimal), Bezirksvorsteher Nikolai, Fabrikant Wilhelmi, Bezirksvorsteher Kunde, Apotheker Witte, Kaufmann Wolff, Fabrikbesitzer Friedberg, Apotheker Marggraff, Armenkommissionsvorsteher Burggraff und Fabrikbesitzer Seydel. Engere Wahlen stehen noch 4 bevor, und zwar: Von der dritten Wahlabtheilung: im neunten Wahlbezirk zwischen dem Stadtverordneten Abgeordneten v. Hennig und dem Schulvorsteher Siebmann. Im 19. Wahlbezirk zwischen dem Ofenfabrikanten Blaumann und dem Rentier Boisir. Von der zweiten Wahlabtheilung: im 28. Wahlbezirk zwischen dem Zimmermeister Meyer und dem Dr. Bernardi. Von der ersten Wahlabtheilung: im 24. Wahlbezirk zwischen dem Fabrikanten Steinlein und dem Rentier Haack. Doppelwahl hat in einem Falle stattgefunden, da der Bezirksvorsteher Mathes von der zweiten Wahlabtheilung des vierten Wahlbezirks und von der ersten Wahlabtheilung des 29. Wahlbezirks gewählt worden ist. Es steht also für einen dieser beiden Wahlbezirke eine Neuwahl bevor.

— Die 7. Deputation des Kriminalgerichts verhandelte vorgestern einen Preßprozeß gegen den Redakteur der „Volkszeitung", Franz Grunert, der aus 5 verschiedenen Nummern der „Volkszeitung" hervorgegangen war. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf 4 Monate Gefängniß und 25 Thlr. Geldbuße, wovon 3 Monate Gefängniß und 25 Thlr. Geldbuße unter die Amnestie fallen.

— Die Barmer Stadtverordneten-Versammlung hat den bisherigen Beigeordneten, Hrn. Kommerzienrath August Engels auf fernere 6 Jahre zum Vertreter der Stadt Barmen im Herrenhause gewählt.

Frankfurt, 24. November. Die soeben aus unserer Münze hervorgehenden Gepräge tragen ein kleines C, zur Unterscheidung von dem in Berlin und in Hannover geprägten Gelde. Das in Berlin geprägte Geld wird künftig ein A, das in Hannover geprägte ein B tragen. Die hier geprägten, sehr schön ausgefallenen Doppel-Thaler führen in den Flügeln des preußischen Adlers die Wappen der bisherigen preußischen Provinzen und der neu erworbenen Länder.

Hannover, 23. November. Die ritterschaftliche „Erklärung", welche noch immer viel von sich reden macht, war bekanntlich auch von mehreren höheren Beamten unterzeichnet. Wir fanden darunter die Namen von Landdrosten, Regierungsräthen, Obergerichtsdirektoren, ja vom Präsidenten des höchsten Landesgerichts. Schon vor einigen Tagen drohte die „Kreuzztg.", daß man ein solches oppositionelles Vorgehen der Beamten als ein Abschiedsgesuch derselben aufzufassen geneigt sei. Jetzt sind auf Spezialbefehl des Generalgouverneurs v. Voigts-Rheetz durch den Civilkommissar von allen denjenigen Unterzeichnern, welche im hiesigen Staatsdienste sich befinden, schriftliche Erklärungen darüber eingefordert, ob sie die Resolution selbst unterschrieben, oder ob ihre Namen mit ihrer ausdrücklichen Einwilligung darunter gesetzt und ob sie bei der Unterschrift bezw. bei der Einwilligung zur Unterschrift vollständige Kenntniß des Inhalts der Resolution gehabt haben. Wahrscheinlich beabsichtigt man nach Eingang der betreffenden Erklärungen gegen diese Beamten, welche sich an der ritterschaftlichen Resolution betheiligten, Disciplinaruntersuchungen eintreten zu lassen.

Diez, 18. November. Am 14. und 15. hat hier zum ersten Male die preußische Rekrutirung stattgefunden. Im Ganzen stellte unser Amt 180 Rekruten, lauter kräftige Leute, von denen sechs für die

Berliner Briefe.

Berlin, 23. November. Der hohe Besuch unsers norddeutschen Verbündeten ist zwar noch nicht erfolgt, dagegen sind andere mächtige und Respekt einflößende Herrschaften in großer Zahl bei uns eingetroffen. Ein Reisender des hohen Nordens hat uns zuerst seine Aufwartung gemacht, um sich zu überzeugen, ob Berlin schon Weltstadt genug geworden ist, ihn nach seinem wahren Werth zu schätzen. Die Hauptstadt ist entzückt von seinem offenen, zugänglichen Wesen und täglich wandern Hunderte über seine gastliche Schwelle. Es ist ohnehin selten, daß ein solch' mächtiger und gewaltiger Herr uns seine Seele so offen darlegt, ja, uns in sein Inneres nicht nur blicken, sondern auch hinabblicken läßt. Der gewaltige Reisende erfreut sich einer Länge von 55 Fuß und eines Umfangs von 26 Fuß, deshalb kann auch in seinem Innern ein kleiner Salon etablirt werden, der mehr als 20 Personen aufnimmt. Unsere Naturforscher haben längst, wie so vieles, auch die Jonas'sche Reise im Bauche des Wallfisches in das Reich der Fabeln verwiesen, denn das Meerungeheuer hat eine so enge Kehle, daß es sich den Appetit nach Menschen vergehen lassen muß; um so lustiger steigen jetzt unsere modernen Jonasse in den Rachen des Wallfisches hinab, der uns die Ehre seines Besuches erwiesen hat. Freilich ist es nur ein ausgebalgter Wallfisch, das gewaltige Thier hat sein Fell hergeben müssen, das, auf gepolsterten Gestellen ausgespannt, genau die Umrisse des lebenden Exemplars wiedergiebt. Auf einer Treppe steigt man in den Rachen des Wallfisches hinab, in das sonderbarste Kellerlokal der Welt.

Neben dieser todten Seemajestät ist bei uns ein indischer Nabob erschienen und noch dazu nicht ausgestopft, sondern lebendig und mit einem gewaltigen Sack voll Rupien, die er freigebig umherstreut. Dann ist der Thierbändiger Herrmann bei uns aufgetaucht, der seine Wölfe und Bären mit der Knute fuchtelt, wie einst Kusa seine rumänischen Völker. Und der Phrenologe Bossard tastet wieder auf den Schädeln der Berliner herum und findet, daß ihr Erwerbssinn sich seit dem letzten Kriege noch stärker entwickelt hat. Der geborne Berliner hat zwar eine große Neigung, sich ein kleines Vermögen zusammenzuscharren, aber noch eine größere Neigung, sich so rasch als möglich zur Ruhe zu setzen. Unsere kleinen Kaufleute und Handwerker kennen nicht den verzehrenden Ehrgeiz, „Millionär" zu werden, sobald sie ihr Schäfchen nur ein Wenig ins Trockne gebracht haben, ziehen sie sich vom Geschäft zurück und leben von ihren Renten. Dies haben auch wieder die letzten statistischen Ermittelungen an den Tag gelegt. Ein verhältnißmäßig großes Uebergewicht haben die Eingebornen im Stande der Handwerker, Kaufleute, Fabrikanten, Landwirthe und Rentiers; die Beamten- und die Gelehrtenwelt dagegen rekrutirt sich meist aus Fremden. Auch für das „Dienen" scheint der Berliner zu viel Unabhängigkeitssinn zu haben, von den etwa 42,000 Dienstboten sind nur 2500 oder etwa 6 Procent geborne Berliner und Berlinerinnen. Mehr als die Hälfte der Einwohner Berlins sind erst aus der Provinz zugezogen und seltsam genug, die Fremden haben vorwiegend die bessern Stadttheile okkupirt und die Eingebornen in die Arbeiter-Vorstädte zurückgedrängt. Und vielleicht geht es den eingebornen Berlinern noch wie den armen Indianern, sie müssen ihre Weideplätze in immer abgelegeneren, stilleren Gegenden aufschlagen. In Berlin, der sogenannten Stadt der Intelligenz, wohnen 56,000 Menschen in luft- und beinahe lichtlosen, feuchten und ungesunden Kellerwohnungen und wiederum müssen mehr als 30,000 Menschen vier und mehr Treppen zu ihrer Häuslichkeit hinaufklimmen. Selbst in den neuen Stadttheilen wird eben so ängstlich mit dem Raum gespart, wie in der Königsstadt und überall steigen vierstöckige Burgverließe in die Höhe. So hat durchschnittlich jedes Grundstück in der Rosenthaler Vorstadt vierzehn Wohnungen. Licht, Licht! vergeblich seufzen wir darnach; der sparsame norddeutsche Sinn des Berliners scheint mit dem Raume ganz besonders geizen zu müssen. Die meisten Bauten und Anlagen verlaufen sich ins Kleinliche, Unbedeutende und erinnern an einen Parvenu, der selten seine niedere Herkunft verleugnen kann. Nur eine Anlage ist ebenso großartig gedacht, wie ausgeführt worden, die Alsenbrücke. Hier sind in wenigen Jahren solche gewaltige Veränderungen vor sich gegangen, daß der ewig junge Chidher nicht aus den Fragen herauskommen und ewig wiederholen würde: „Wohin ist Wald und Fluß und Schalmei?" Der große mit Fliedersträuchen besetzte und von hohen Linden eingefaßte grüne Platz, welcher Krolls Etablissement mit den gegenüberliegenden drei imposanten Gebäuden des Grafen Raczynski verbindet, der jetzige Königsplatz, war früher ein sandiger Exercierplatz; Fiedrich Wilhelm IV., dem Berlin so viel großartige Verschönerungen verdankt, hat auch diesem Platz erst seine heutige Gestalt gegeben. Noch vor wenigen Jahren stand links an der Ecke der Schifferstraße das kleine unansehnliche Häuschen, das im Jahre 1848 ein Anziehungspunkt für Hunderte der feinsten Herrschaften war, die in den elegantesten Equipagen dahin wallfahrten, denn in dem kleinen Häuschen wahrsagte Louise Braun.

Gegenüber am Hamburger Bahnhofe lag ein Berg, der hohe Weinberg genannt. Die Gegend bis nach Moabit war in frühern Zeiten ein Wald, der an der einen Seite durch die Spree und an der andern Seite durch ein Gehege abgegrenzt war und zum Unterschiede von dem auf dem jenseitigen Ufer der Spree gelegenen großen Thiergarten, den Namen kleiner Thiergarten führte. Wo sind Weinberg und Thiergarten geblieben? Vor dem Bau des Hamburger Bahnhofes war der Sand noch ruhig beisammen, dann aber, als dieser entstehen sollte, fing er an sich zu bewegen und trägt nun denselben mit all seinen Häusern, Schienen und Lokomotiven; denn der Bahnhof selbst ist aus einer sumpfigen Gegend herausgewachsen, die ausgefüllt werden mußte. Und an dem Orte, wo der alte Weinberg einigen Fichten das Leben fristete, ruhen jetzt sicher die Schiffe in dem Humboldshaben und entledigen sich ihrer Last auf dem Wilhelms- und Alexanderufer. Auch der kleine Thiergarten ist völlig verschwunden. Das Aussehen der ganzen Gegend ist durch den Schienenweg der Hamburger Bahn und durch den Spandauer Kanal vollends verändert worden und durch die Anlegung der Alsenbrücke ist hier ein Bauwerk geschaffen, das jeden Beschauer überrascht. Die bereits abgesteckte, vom Königsplatz über die Alsenbrücke nach dem Hamburger Bahnhof führende Straße verspricht einmal die imposanteste Straße Berlins zu werden. Schon ist die Straße mit jungen Linden bepflanzt und gepflastert, und in einigen Jahren werden sich hier die schönsten Paläste erheben und alles ist so großartig angelegt, daß diese Straße sogar einmal die Linden verdunkeln könnte. Eine breite Lindenpromenade, nach beiden Seiten von architektonischen und monumentalen Schönheiten abgeschlossen, mit herrlicher Aussicht in den Thiergarten, wird dann schnurgerade vom Königsplatz nach der Brücke führen, der Art, daß die Mittellinie des Düppeldenkmals, der Promenade und der Brücken, eine gerade Linie bilden. Zu

Garde bestimmt wurden. Die Stimmung der jungen Männer war eine freudige; man sah, daß das Bewußtsein der allgemeinen Wehrpflicht nichts Deprimirendes' hat. In Bezug auf die einjährigen Freiwilligen wird ziemlich liberal vorgegangen. Schulkenntnisse und jene Lebenserziehung, durch welche eine Persönlichkeit den Eindruck der Bildung macht, befähigen zum einjährigen Dienst. Von hier ging die Kommission gestern nach Nassau, von dort wahrscheinlich den Rhein herauf. (Rh. K.)

Kassel, 23. November. Gestern Nachmittag fuhr das ehemals kurhessische Kadettenkorps mittelst der hannoverschen Bahn nach Berlin ab, um in das dortige Institut einzutreten.

Sachsen. Dresden, 23. November. Wie der englische Gesandte rüstet sich auch der russische zur Abreise; der schwedische, bisher für Preußen und Sachsen akkreditirt, hat für letzteres resignirt. Die Stellung des Barons Forth-Rouen ist auch unsicher, da, wie man hier bestimmt weiß, die französische Regierung an Abberufung ihres Gesandten denkt. So bliebe denn bloß der baierische Gesandte, der allerdings als Vertreter eines Grenznachbarn einen besondern Beruf hier hat. Was Hr. v. Wamboldt hier will, ob er wirklich als darmstädtischer Gesandter akkreditirt ist, habe ich nicht erfahren können. In den öffentlichen Blättern figurirt er als neuer Gesandter.

Sächs. Herzogthümer. Weimar, 24. November. Die „Weimarsche Zeitung“ bestätigt es, daß die Konferenzen wegen der norddeutschen Bundesverfassung am 15. December beginnen, daß die Wahlen in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden werden und daß der Reichstag am 1. Februar eröffnet werden soll.

Oestreich.

Wien, 22. November. Sie kennen die Denkschrift des Grafen Clam-Gallas, in welcher er sich von aller Schuld rein zu waschen sucht, indem er das Oberkommando mit Vorwürfen überhäuft und dieses dafür verantwortlich macht, daß der Feldzug in Böhmen einen so unglücklichen Ausgang genommen hat. Benedek hat bis jetzt auf diese Vorwürfe geschwiegen und ist auch nicht Willens, dieses Schweigen zu brechen; indessen weiß man bereits, daß er vor dem Kriegsgericht eine erschöpfende und wahrheitsgetreue Darstellung gegeben, welche den Beweis liefert, daß er keineswegs planlos gehandelt habe, daß aber wohl in der technischen Ausführung des Kriegsplanes große Fehler gemacht worden seien, die östreichische Kampfesweise gegen preußische Taktik nicht habe bestehen können, und die Infanterie durchaus ungenügend bewaffnet gewesen sei. Namentlich hat die Marschgeschwindigkeit der Truppen fast Alles zu wünschen übrig gelassen. Als am 27. Juni das 5. preußische Armeekorps unter General von Steinmetz bei Nachod mit dem 6. östreichischen Korps Ramming und der 1. Kavallerie-Reservedivision zusammentraf, erreichte weder das achte noch das zweite östreichische Korps den Kampfplatz; und als am 28. Juni bei Skalitz das fünfte und sechste preußische Korps mit dem sechsten und achten Korps zusammentrafen, erreichte das 2. Korps erst den Kamptplatz, als die Schlacht beendigt war; es konnte sich nur mehr dem Rückzuge anschließen und die Verluste ersetzen, welche die beiden Brigaden Fragner und Kraissern erlitten hatten. Diese 14,000 Mann starken Truppen hatten, als sie gegen die Preußen stürmten, beide Brigadiers und den dritten Theil der Mannschaft verloren. Bei Trautenau, wo das 10. Armeekorps unter Gablenz am 27. Juni kämpfte, wurde das 1. preußische Korps unter Bonin zurückgedrängt; da aber das 3. und 4. östreichische Korps den Kampfplatz nicht erreichten, so mußte Gablenz am 28. Juni zurückgehen, nachdem er vom Gardekorps in die Flanke gefaßt und geschlagen worden war. Bei Gitschin sollte am 29. Juni die erste Armee des Prinzen Friedrich Karl aufgehalten werden. Die Stellung war gut gewählt und die Sachsen nebst dem 1. Korps (Clam) standen 60,000 Mann stark der 110,000 Mann starken 1. preußischen Armee gegenüber. Das 3. östreichische Korps war bestimmt, dem 1. Korps und den Sachsen zu Hülfe zu kommen, aber es konnte auch diesmal den Kampfplatz nicht erreichen. Die Fehler bei Königgrätz sind bekannt. Das 4. Korps hatte sich zu weit vorgewagt, wurde aufgerieben und Chlum besetzt. (Schl. Z.)

Wien, 22. November. Die Nachrichten aus Pesth über die Aufnahme, welche das königliche Reskript in beiden Häusern des Landtags gefunden, sind eben nicht geeignet, die Hoffnung auf das Zustandekommen einer Ausgleichung zu fördern. Das genannte Aktenstück fand selbst an der Magnatentafel, die freilich seit 1848 ihre Parole stets von der Ständetafel empfängt, kein Wort des Dankes, kein Zeichen des Beifalls. Das Unterhaus erhob sich nicht einmal von den Sitzen, als die königliche Botschaft verlesen wurde; die Stelle, welche das Heerwesen als Reichsangelegenheit festzuhalten erklärt, wurde mit Murren aufgenommen. Kein Hoch auf den Monarchen kam über die Lippen der Mitglieder; dagegen wurde des Namensfestes der Kaiserin, welches auf denselben Tag fiel, mit tendenziösen „Eljens“ gedacht. „Ein echt ungarischer Gedanke“, sagt ein hiesiges Blatt, welcher meint, Ungarn könne sich seiner Pflichten gegen die Dynastie und das ganze Reich durch eine Gratulation zum Namenstage entledigen.

Wien, 23. November. Die amtliche Zeitung meldet, daß die Verhandlung mit Frankreich so weit durchgeführt sei, daß ein förmlicher Abschluß des Handelsvertrages längstens Anfang Dezember erfolgt und das Inslebentreten des Vertrages am 1. Januar zu erwarten ist.

(Wien, 23. November. Baron Beust hielt neulich ein längeres Zwiegespräch mit einem unserer größten Journalbesitzer, der ihn zum Schlusse davor warnte, sich Illusionen darüber hinzugeben, daß das Urtheil der öffentlichen Meinung in Oestreich unendlich viel schneller umschlage als in Norddeutschland. Die Bevölkerung habe der Enttäuschungen zu viele und zu großartige erlebt, als daß das öffentliche Urtheil dieselbe Stetigkeit haben könne wie anderwärts. Wir haben zu viel „neue Aeras“ durchgemacht — denn die Systeme Bach's, des Oktoberdiploms, des Februarpatents, der Sistirungspolitik, sie alle gaben sich ja pomphaft für den Beginn einer „Wiedergeburt“ Oestreichs aus — als daß der Wortwitz nicht stets bereit sein sollte, sich an die Fersen eines seinwollenden Regenerators zu heften, oder als daß eine allerneueste Aera, wie Herr v. Beust sie uns bescheeren will, irgendwie darauf rechnen könnte, sich ein dauerndes Vertrauen entgegengebracht zu sehen. Schnelles Handeln wird daher zur unbedingten Nothwendigkeit, denn nirgends sind die sogenannten „Auferstehungstrompeter“ mit so gutem Rechte so gründlich in Verruf wie bei uns; nirgends ist die pessimistischste Satyre so bereit wie in Wien, mit einem durch eine vielhundertjährige Vergangenheit nur zu sehr gerechtfertigten Mißtrauen Alles in den Koth zu ziehen, was nur irgendwie aus dem Niveau der Allgemeinheit hervorragt. Ja einem Staate, wo die unverschämteste Plusmacherei am Ruder ist, ja wo es als ein naturgemäßes Fatum hingenommen wird, daß so mancher höchste Würdenträger seine Stellung für sich und die Seinen ausbeutet, ist ein solche Stellung kein Wunder. Welch' einen Grad aber der Pessimismus in einem Staate erreichen kann, an dessen Nothwendigkeit eigentlich Niemand mehr so recht glaubt, an dessen Lebensfähigkeit fast Jedermann zweifelt, in dem die Menge seit unendlicher Zeit die entsetzlichste Mißregierung als ein unabwendbares Fatum hinnimmt, sich lediglich durch die beißendste Selbstironie für diese Fatalität rächend und sich nach Möglichkeit von dem ganzen Getriebe der Staatsmaschine fernhaltend... davon hat kein Mensch einen Begriff, der nicht lange in diesem Reiche gelebt hat, der nicht weiß, wie absolut das eigentliche Staatsbewußtsein seiner Bevölkerung abgeht. Unter diesen Umständen kann also für den Staatsmann, der die schon an sich gefährliche Aufgabe, eine allerneueste Aera zu inszeniren übernommen hat, Ein Fehlgriff sehr gefährlich werden — ein längeres Zögern aber muß ihn unbedingt ruiniren, da hier Niemand weder Zeit noch Neigung hat, zu warten, weil man eben schon gar zu oft gefoppt worden ist. Sind aber einmal die ersten Pfeile des Sarkasmus auf den vermeintlichen Regenerator abgeschossen, dann ist er auch unrettbar verloren: denn die Menge hat eben nur auf das Signal zu einer „Hetz“, wie der Wiener es nennt, gewartet, er ist schon lange sehr verdrießlich gewesen, daß man sie wieder „anplauscht“, als könne es überhaupt jemals anders oder besser in Oestreich werden. Dann bleibt dem Messias nichts übrig, als sich in's Privatleben zurückzuziehen, oder — da dazu hier Niemand die nöthige Entsagungsfähigkeit besitzt — durch die gewöhnlichsten Künste, indem er sich zum gehorsamen Knechte der Bachtories und Römlinge macht, sein theures und rentables Portefeuille mühselig zu behaupten, bis er... gegangen wird, oder bis man ihm auch wohl, wenn er eine energische Natur ist, ein Rasirmesser in die Hand drückt, wie dem Baron Bruck vor sieben Jahren. Es war ein echtes Wiener Kind, das mir schon gleich nach Beusts Ernennung sagte: „ach was! wir können keinen Mann brauchen, der etwas werth ist! entweder taugt Beust nichts, oder es geht ihm wie Bruck!“ Das Alles sagte cum grano salis mein College dem Herrn Minister, und dieser erbat sich offen Auskunft, wie weit denn wohl die Erwartungen reichen, die man an ihn knüpfe? Der Publizist war ehrlich genug, Herrn v. Beust tief zu verstimmen durch die Antwort: „so weit, daß man sagt — nun das ist ein ganz neuer Minister, warten wir ein paar Wochen ab, ehe wir auf ihn schimpfen!“ — „Das ist freilich sehr wenig!“ mit diesen Worten brach Beust seufzend das Gespräch ab, und doch war es die reine Wahrheit. Sollte denn Beust selbst nicht wissen, daß schon heute die Verleumdung sich an seinen Namen wagt, indem man die kecke Behauptung ausstreut, er lasse sich zunächst seine angeblichen Schulden von Oestreich bezahlen, und die Namen derer nennt, welche die Liquidmachung von 130,000 Thlrn. bei der Anglo-Austria-Bank hier für ihn im Auftrage unserer Regierung besorgt haben sollen? Lächerlich wie das Gerücht bei dem großen Reichthum und den schuldenfreien Gütern der Frau v. Beust ist: in Wien ist mit derlei Gerüchten nicht zu spaßen, weil man, wie gesagt, hier bei jeder üblen Nachrede dem Grundsatze huldigt: etwas wird schon daran sein. Aber nicht durch ein Dementi, nur durch ein politische That, die das Geträtsch verstummen macht, indem sie dem öffentlichen Urtheile eine andere Richtung giebt, läßt sich darüber triumphiren!

Triest, 24. November. Wie die heutige „Triester Ztg.“ meldet, ist der Zustand der Kaiserin von Mexiko unverändert. Die Nachricht von einem beginnenden Brustleiden der Kaiserin ist unbegründet. Zu Ende des Monats soll eine größere ärztliche Konsultation stattfinden. Die Ankunft des Kaisers Maximilian wird im Dezember erwartet.

Pesth, 24. November. Heute hat bei Deak eine Konferenz von Landtagsmitgliedern anläßlich des königlichen Reskripts stattgefunden. Deak bemerkte, das Reskript lasse vom Gesichtspunkte der Rechtskontinuität viel mehr hoffen; er beantrage daher, eine Adresse an den König zu erlassen, in welcher die Bitte ausgesprochen werde, die betreffenden Gesetze wieder herzustellen; das Haus werde seinerseits nicht verabsäumen, die Wünsche des Königs in Betracht zu ziehen. Außerdem sprach sich Deak dahin aus, daß die Kommission für gemeinsame Angelegenheiten ihre Arbeiten fortsetzen und dem Hause unterbreiten müsse. Der Antrag Deak's wurde angenommen.

Großbritannien und Irland.

London, 24. November, Nachmittags. „Reuters Office“ meldet: Newyork, 14. November. Wie verlautet, wird der Sekretär des Schatzes beim Kongreß auf eine baldige Wiederaufnahme der Baarzahlungen dringen. — General Sherman und der Minister Campbell sind Sonnabend nach Vera-Cruz abgereist. — General Ortega und seine Begleitung sind in Brazo de Santiago verhaftet worden.

Der Dampfer „Australasian“ bringt eine Baarfracht von 162,500 Dollars.

Frankreich.

Paris, 22. November. Der „Moniteur“ bringt heute neben einigen unwesentlichen militärischen Nachrichten aus Mexiko, die andere, daß der französische Abgesandte General Castelnau am 13. in Vera-Kruz eingetroffen, von dem Kabinets-Chef des Kaisers Maximilian empfangen und nach der Hauptstadt abgereist sei. Das ist Alles, und wir wissen demnach immer noch nicht, wo sich der Kaiser befindet, der, wie man aus dem officiellen Blatte Mexikos ersieht, am 23. Oktober sich nach Orizaba begeben hatte, „um zu versuchen, ob eine Veränderung der Temperatur ihn von seinem Wechselfieber befreien werde.“ Gleichzeitig erfährt man aus Washington vom 4. d., die Mission des nordamerikanischen Generals Sherman sei, nach Vera-Kruz zu eilen, und sich von hier nach Mexiko zu begeben, falls sich Maximilian mit den Franzosen einschiffen würde, oder nach Matamoras oder jedem anderen Ort, wo sich das mexikanische Gouvernement, d. h. hier der Präsident Juarez befinde. Denn nach wie vor erkenne das Kabinet von Washington keine andere Regierung als die des Juarez an, und es sei bereit, demselben hülfreiche Hand gegen seine Nebenbuhler Orteja und S. Anna zu bieten. Da es keine Erwerbung mexikanischen Gebietes anstrebe, so habe es auch kein Motiv, die französischen Anleihen zu garantiren. Man begreift, daß unter solchen Umständen Maximilian von seinem Entschlusse, sich länger zu vertheidigen, um so mehr zurückgekommen sein könnte, als es sich vielleicht herausstellen wird, daß die Kabinette von Washington und Paris jetzt viel einverstandener sind, als man glauben sollte. In unsern officiellen Kreisen hält man es für möglich, daß der Kaiser Maximilian in diesem Augenblicke auf der Rückkehr nach Europa begriffen ist, aber man erklärt, noch ohne officielle Nachrichten hierüber zu sein. (Die Abreise des Kaisers scheint nach der letzten Wiener Depesche bereits erfolgt zu sein.)

— In der Ecole Polytechnik, die bekanntlich militärisch organisirt ist, herrscht in diesem Augenblick große Aufregung. Die Schüler begeben sich nicht mehr in die Klassen, ohne namentlich aufgerufen worden zu sein, und ohne daß ein jeder dazu Befehl erhalten hat. Sie haben eine Art von Arbeitseinstellung organisirt. Schuld an dieser Agitation ist die Maßregel, daß man Unteroffiziere dem Unterrichte anwohnen ließ. Die Schüler, welche an eine solche strenge Ueberwachung nicht gewohnt

---

beiden Seiten dieser sehr breiten Promenaden vermitteln ebenfalls breite, schöne, gleichfalls von Linden eingefaßte Straßen den Verkehr und abermals andere Lindenreihen bezeichnen Reitweg und Trottoir. Der sich hier künftig bietende Anblick von der prachtvollen Alsenbrücke aus, durch eine lindenbeschattete, mit Palästen angebaute Straße, über das Düppel-Denkmal und den grünen Teppich des Königsplatzes hinweg in das üppige Laub des Thiergartens hinein, wird einmal wahrhaft überraschen.

Hier in diesen Anlagen allein liegt etwas, das an „Weltstadt“ erinnert. Unsere Hotelwirthe erhalten schon jetzt zuweilen einige weltstädtische Rippenstöße. Während in dem einen Hotel ein vorgeblich russischer Edelmann herrlich und in Freuden lebte und den glücklichen Wirth um mehrere hundert Thaler prellte, suchte eine junge, hübsche Wallachin ein anderes Hotel heim, lebte dort auf hohem Fuße, bezahlte anfangs alles, bis Wirth und Manufakturenhändler, von denen sie eine Menge Waaren entnommen, in Sicherheit gewiegt waren, und dann verschwand die wallachische Schöne spurlos.

Ein Hochstapler, der ebenfalls einen Hotelwirth Unter den Linden gründlich übers Ohr gehauen hat, ist glücklich eingefangen worden. Er stieg hier mit seiner Frau in einem der ersten Hotels Unter den Linden ab, gab vor, in Kalifornien sein Glück gemacht zu haben und für 50,000 Thlr. Goldstaub bei sich zu führen. Dieser kalifornische Goldstaub, der sich später als echter märkischer Sand erwies, reichte hin, einer Menge Geschäftsleuten Sand in die Augen zu streuen. Unsere Berliner Wirthe lassen sich gar zu leicht von einem äußerlich vornehmen, sichern Auftreten düpiren, und mit einer tüchtigen Portion Unverschämtheit kann sich jeder Kommis oder Schneidergeselle lange Zeit als Graf halten. Wer hat Zeit, nach der wahren Existenz all' der bunten Schmetterlinge zu fragen, die hier herumflattern? Es giebt hier Tausende, deren ganzes Dasein sich in ein geheimnißvolles Dunkel hüllt; sie führen ein glänzendes Haus, leben herrlich und in Freuden, aber Niemand weiß — wovon? Täglich plaudert man von dem gänzlichen Ruin eines Banquiers, eines kecken Unternehmers, und immer wieder weiß der kühne Steuermann sich selbst aus dem Konkurse auf ein grünes Eiland zu retten. So ist auch das Viktoriatheater schon mehrfach zur Subhastation gestellt worden, und im entscheidenden Augenblick fließen dem Unternehmer geheimnißvolle, unterirdische Hilfsquellen zu, die ihn und sein Etablissement flott erhalten, und diese Zauberkraft scheint den guten Berlinern schon längst weit wunderbarer, als all' der maschinistische Zauber, der auf der dortigen Bühne ausgeübt wird. Jetzt gackert dort die „Henne mit den goldenen Eiern“. Es ist kein deutsches Huhn, es ist eine echt französische bunte Henne, die auf der Viktoriabühne ihre Eier legt, und Böswillige behaupten, die Eier wären nicht einmal echt golden, sondern verwandelten sich unter den Händen wie Teufelsgold. Die jetzige Feerie ist natürlich dem „Hasenfuß“, der vor 2 Jahren über die dortige Bühne sprang, so ähnlich wie ein Ei dem andern und der Inhalt ebenso dürftig und mährchenhaft. Vater Anselm und Nichte Marzelline haben eine Henne, die ihnen täglich ein goldenes Ei legt. Sobald sie eines dieser Eier zerbrechen, geht ihnen jeder Wunsch, den sie laut werden lassen, in Erfüllung. Ihre fünf Enkel kommen endlich hinter das Geheimniß; sie zwingen nun dadurch Maschinisten, Dekorateure und Garderobeschneider so viel zahllose Wunder zu verrichten, daß sie kaum Zeit finden, sich den über ihre Zauberwerke hervorbrechenden Schweiß zu trocknen. Die in dem maschinistischen Zauberstücke vorkommende Entkleidungsscene zeigt deutlich, daß unsere Bühnen längst die deutsche Grenze überschritten haben und sich mit gleicher Leichtfertigkeit auf französisch-schlüpfrigem Boden bewegen. Die Damen Le Seur und Hill zaubern sich nämlich aus reiner Eifersucht gegenseitig ein Kleidungsstück nach dem andern vom Leibe, bis sie endlich nur im Hemdchen und der Krinoline sich gegenüberstehen. Während das Original an der Seine in französischer Lebhaftigkeit noch etwas weiter gehen soll, kam dem hiesigen Publikum doch schon die unverhüllte Krinoline zu französisch vor und man opponirte gegen diese Blößen der Kunst.

Die königlichen Theater üben dennoch eine weit stärkere Anziehungskraft aus, als diese bunte Henne mit den goldglänzenden Eiern. Ins Opernhaus locken Niemann und Wachtel, die wie zwei eifersüchtige Singvögel ihre besten Lieder in die Ohren der entzückten Zuhörer schmettern, und im Schauspielhaus macht die „Frau in Weiß“ stets volle Häuser. Unsere nach Gemüthsemotionen und Thränen lüsterne Damenwelt fühlt sich von diesem Schauergemälde ganz besonders angezogen. Während diese letzte Birchpfeiferei in Leipzig Fiasko gemacht hat, wird hier die „Frau in Weiß“ noch lange Kassenstück bleiben und ist damit wieder einmal der Beweis geliefert, daß der Geschmack des sog. gebildeten Berliner Publikums längst völlig verwildert und korrumpirt und Berlin durchaus nicht mehr in Sachen der Aesthetik das Recht hat, die erste und entscheidende Stimme zu führen. Weit harmloser sind schon die beiden Lustspiele, die uns kürzlich vorgesetzt worden. Die unermüdliche Birch-Pfeiffer brachte ein Lustspiel: „Der Herr Studiosus“, nach freier Benutzung einer Schückingschen Novelle, die im „Bazar“ stand, der durch Julius Rodenbergs tüchtige Redaktion auch in literarischer Hinsicht einen höheren Aufschwung genommen. Frau Birch hat die Novelle weniger „frei“ als sehr stark benutzt und trotzdem hat der arme Novellist jetzt das Nachsehen und unsere gute Birch, die diese hübsche Novelle wie eine fleißige Spinne in ihr dramatisches Netz geschleppt hat, bezieht die glänzenden Tantiemen. So ist der Lauf der Welt! — Handwerk hat noch immer goldenen Boden — besonders im Reiche der Poesie und Kunst. Das kleine Stück gefiel und wird seine Runde über alle deutschen Bühnen machen. Eine weit kühlere Aufnahme fanden Benedix's „Epigramme“. Ein junges Mädchen, die Tochter eines Präsidenten, hat einige Epigramme gemacht, die ohne ihr Verschulden in die Oeffentlichkeit gelangen und ihr allerhand, im Grunde sehr unbedeutende Verlegenheiten verursachen. Dem Stück fehlt alle epigrammatische Schärfe und es gehört zu jenen oberflächlichen Machwerken, die der rastlose Benedix neben vielem Guten unermüdlich auf den Markt wirft.

Die anderen Theater gehen ruhig und bescheiden ihren Weg, sie machen wenig von sich reden und das ganze Bühnentreiben hat dort noch immer ein schwindsüchtiges, brustkrankes Aussehen, als hätten sie den letzten Krieg mit durchgemacht. Auch im Abgeordnetenhause geht es still, wenn auch nicht gerade gemüthlich her. Vinke mag nicht Abends sprechen, er will seine Gegner sehen, um die Wirkung seiner Rede beobachten zu können. Wenn doch die Herren lieber darauf achten wollten, welche Wirkung ihre Reden auf das Land ausüben. — Mögen sie doch im Dunkeln sprechen, wenn es nur völlig Tag wird für unser deutsches Vaterland.

Ludwig Habicht.

waren, zischten die Unteroffiziere aus. Der General gab den Schülern, welche an der Demonstration Theil genommen, zwei Tage Stubenarrest und schickte einen derselben nach dem Militärgefängnisse. Die Schüler wollen nun nicht mehr arbeiten, bis ihr Kamerad freigegeben, die allgemeine Bestrafung aufgehoben ist und man den Majors allein das Recht zuerkannt hat, die Schule zu repräsentiren. (Nachschrift. Die Zöglinge der polytechnischen Schule sind wegen fortdauernder Insubordination nach Hause geschickt worden.)

— Seit etwa zwei Tagen spricht man von baldigem Rücktritt des Ministers de Moustier und von dessen Ersetzung durch den Fürsten Latour d'Auvergne. Es ist indessen schwerlich mehr als ein vages Gerücht. Ebenso heißt es, Graf Walewski werde an Stelle des erkrankten Herrn Troplong den Vorsitz im Senat führen.

Belgien.

Brüssel, 23. Nov. Die Antwort des Königs auf die Adresse der Repräsentantenkammer konstatirt mit lebhafter Genugthuung die Uebereinstimmung der großen Staatsgewalten. Dieselbe werde einen heilsamen Einfluß auf die parlamentarischen Arbeiten üben und werde die Nation daraus neues Vertrauen schöpfen.

Italien.

Florenz, 19. November. Am 15. Dezember, um 12 Uhr Mittags, wird die französische Flagge auf der Engelsburg aufgehißt und durch 101 Kanonenschuß begrüßt werden. Dieselbe soll hierauf durch die päpstliche ersetzt und diese ebenfalls durch 101 Kanonenschuß ausgezeichnet werden. Um 3 Uhr Nachmittags wird die französische Expeditionsarmee sich per Eisenbahn nach Civita-Vecchia begeben. Der Adjutant des Kaisers, der bereits mit den Herren Visconti-Venosta und Ricasoli Unterredungen gehabt hat, scheint sehr zufrieden mit den Mittheilungen dieser Minister. Auch Herr Artom ist wieder hier und wird während des Aufenthaltes von General Fleury dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zur Hand gehen. Frankreich ist bemüht, neue Unterhandlungen zwischen Rom und Italien in Zug zu bringen, und man kommt ihm hier bereitwillig entgegen.

Florenz, 23. November. Die „Opinione" dementirt das Gerücht, welchem zufolge die Mission des General Fleury zum Zwecke haben sollte, neue Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien bezüglich der römischen Frage festzustellen. Der Handelsvertrag zwischen Italien und China ist am 26. Oktober in Peking unterzeichnet worden. Der Kaiser von Rußland hat allen nach Sibirien deportirten Italienern vollkommene Amnestie gewährt. Ein östreichisches Kriegsschiff ist vor Civita Vecchia eingetroffen.

Rom, 23. November. Das „Giornale di Roma" sagt in Betreff auf die Worte des „Abend-Moniteur" vom 21. d. über die letzten Handlungen der italienischen Regierung: Die extremen Parteien, von denen der „Moniteur" spricht, sind gerade diejenigen, welchen das Rundschreiben Ricasoli's Vorschub leistet, wenn es erklärt, daß eine päpstliche Staatsgewalt mit dem Fortschritte der Civilisation im Widerspruch stehe und daß die italienische Regierung bereit sei, die für die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes nothwendigen Bürgschaften zu stellen, Bürgschaften, welche ein Ersatz für die vom Königreich Italien absorbirte weltliche Gewalt sein soll.

Das „Giornale" schließt: Der heilige Vater thut Recht daran, auf seiner Hut zu sein; er ist gezwungen, den falschen Eifer von sich zu weisen, mit welchem von allen Seiten Versicherungen an ihn gerichtet werden: wahre Töchter der Heuchelei und Lüge.

Rußland und Polen.

Petersburg, 24. November. Das „Journal de St. Petersburg" schreibt: Seit dem Sturze des Fürsten Kusa hat sich Rußland auf den Boden der Verträge von 1856 und 1859 gestellt, indem es für die Berücksichtigung der in loyaler Weise geäußerten Wünsche der Molda-Wallachen innerhalb der Grenze jener Verträge stimmte. Die Thatsachen haben diese Grenzlinie überschritten. Da indeß die Türkei in dieser Beziehung resignirt hatte, so erwartete Rußland nur den Erfolg der betreffenden Verhandlungen. Der Sultan hat den Prinzen von Hohenzollern als erblichen Souverän anerkannt, die europäischen Mächte haben die im Gegensatz zu den Verträgen vollzogenen Thatsachen sanktionirt. Hieraus ist Rußland das Recht erwachsen, von nun an nur die traditionellen Sympathien, die es gegen seine Glaubensgenossen hegt, in Betracht zu ziehen. Die Abstammung und die ersten Handlungen des Prinzen Hohenzollern nehmen zu seinen Gunsten ein. Indem Rußland jeden anderen Beweggrund für seine weitere Handlungsweise zurückweist, giebt es weder seine Würde noch seine Interessen Preis und sucht nur mit den anderen Mächten die Beziehungen der Freundschaft zu pflegen, auf deren Gegenseitigkeit es rechnen kann.

Türkei.

Konstantinopel, 23. November. Von Seiten des Fürsten von Serbien ist bei der Pforte eine wiederholte Forderung wegen einer Ertheilung gleicher Rechte mit dem Fürsten von Rumänien gestellt worden. — Der Fürst von Rumänien wird an die Pforte den Tribut für drei Jahre im Voraus bezahlen, falls die in Aussicht genommene Anleihe effektuirt wird. — Das bei Schumla koncentrirte türkische Armee-Korps hat Winterquartiere bezogen. Die rumelische Landwehr wird theilweise entlassen. — Im Archipel haben mehrere Schiffbrüche stattgefunden.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 23. November, Abends. Die Kammern werden am nächsten Dienstag eröffnet werden. — Wie man erfährt, haben bei dem Empfang des Fürsten Karl auf der Reise durch die Provinzen namentlich die bessarabischen Distrikte sich ausgezeichnet, um durch glänzende Ovationen ihre Anhänglichkeit an den Fürsten und an Rumänien zu manifestiren.

Amerika.

Aus Rio de Janeiro, 22. Oktober, theilt die „Köln. Ztg." mit: Die Regierung will den Krieg gegen Paraguay in energischer Weise fortsetzen. Die Aushebung von 10,000 Mann Nationalgarde ist durch den Justizminister, unter welchem dieses Institut steht und welcher provisorisch das Amt des zurückgetretenen Kriegsministers verwaltet, angeordnet. Zum Befehlshaber auf dem Kriegsschauplatze ist der Marschall General-Adjutant Marquis de Carias ernannt. Der hier stationirte nordamerikanische Admiral Godon hat dem Gesandten seiner Regierung, Herrn Washburn, welchem in Corrientes auf dem französischen Kriegsboote „Décidée" die Reise nach Assuncion von der brasilianischen Regierung verweigert wurde, ein Kriegsschiff zur Verfügung gestellt, um die Fahrt nach der Hauptstadt Paraguay's zu erzwingen.

Vom Landtage.

(29. Sitzung vom 23. November.)

(Schluß.)

Abg. v. Hoverbeck: Unter Bezugnahme auf die früheren Abstimmungen des Hauses über diesen Posten erinnere ich nur daran, daß derselbe hauptsächlich verwendet wird, um Einfluß durch die Presse zu üben.

Minister Graf Eulenburg: Ebenfalls aus der Erinnerung der Vorjahre schöpfe ich die Hoffnung, daß die Summe bewilligt werde.

Abg. Twesten: Ich kann keine Aenderung erblicken, die mich bestimmen sollte, jetzt für diese Position zu stimmen. Sie wird hauptsächlich verwendet, um eine ministerielle Presse zu unterstützen, aus ihr wird zumal die „Provinzial-Korrespondenz" unterhalten. Ich gebe zu, daß dieses Blatt sich jetzt einigermaßen eines anständigen Tones befleißigt, aber ich halte es für durchaus unzulässig, daß dieses Organ seine Redaktion im Ministerium erhält, seinen Vertrieb auf Staatskosten findet, daß Beamte genöthigt sind, dasselbe zu halten. (Widerspruch zur Rechten.) Für officiöse Berichtigungen, Erläuterungen für die Einwirkung in den neuen Ländern hat die Regierung die Blätter ihrer Partei, die „Kreuz-Ztg.," die „Nordd. Allg. Ztg.," in erster Reihe den „Staats-Anzeiger," sodann alle die Blätter, welche von offiziösen Korrespondenten genährt werden. — Trotz der Indemnität, die einerseits, der Amnestie, die andererseits gewährt worden ist, kann ich bisher in unserer inneren Politik keine Wendung erblicken. Die Nichtbestätigungen dauern in alter Weise fort, und die Preßverfolgungen haben in neuester Zeit einen bis dahin ungeahnten Aufschwung genommen. Wie jetzt, seit dem Eintritt des Regierungs-Präsidenten Kühlwetter, gegen die „Rheinische Zeitung" vorgegangen wird, dafür findet sich vielleicht nur ein Seitenstück in dem bisherigen Verfahren der Preßbehörden in der Provinz Preußen. Ich ersehe deshalb keinen Grund, jetzt eine Bewilligung auszusprechen, welche ein Vertrauensvotum für die innere Politik sein würde, welche durch diesen Fonds unterstützt werden soll.

Abg. Graf Schwerin: Auch ich bin meinen früheren Ansichten treu, wenn ich für die Bewilligung stimme. Was hier in die Diskussion eingemengt worden ist, das gehört nicht zur Sache, bei der vorliegenden Frage ist es gleichgültig, ob eine Wandlung eingetreten oder nicht. Jedes Ministerium braucht einen solchen Fonds und deshalb kann ich in seiner Bewilligung kein Vertrauensvotum erblicken.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich schließe mich dem eben Gehörten an. Wenn früher für die Streichung dieser Position gestimmt wurde, so ging man stets von der Meinung aus, daß die Politik, welche man dadurch angriff, auch nach außen hin keine Erfolge hervorzubringen im Stande sei. Das ist jetzt nicht mehr gültig, und hochgeschätzte Mitglieder des Hauses haben ihren Irrthum in dieser Beziehung offen bekannt. Entweder ist diese Ausgabe eine sachliche, und dann muß sie geleistet werden, oder sie ist persönlicher Natur, und dann mögen Sie nicht vergessen, daß derselbe Mann an der Spitze des hier in Rede stehenden Ressort steht, dem Sie in diesem Sommer schon wiederholt Zeichen ihres Vertrauens gegeben haben. Es ist die Aufgabe der subventionirten Presse, auch die auswärtige Politik zu vertreten und in dem Etat des auswärtigen Ministeriums sind nur 6000 Thlr. für geheime Ausgaben angelegt.

Abg. Jung: Früher war uns bei dieser Frage nur die Alternative entscheidend, daß ein Ministerium, welches Anhang im Lande habe, auch von selber und freiwillig Unterstützung in der Presse finde, daß dagegen ein Ministerium, welches keinen solchen Anhang habe, auch keine Existenzberechtigung besitze. Heute tritt noch ein anderes Moment hinzu: der Blick auf die Lage der liberalen Presse. Wenn wenigstens Sonne und Wind gleich getheilt wären, aber wie steht es damit? Die Preßvergehen sind dem Geschwornengerichte entzogen und selbst der Kriminalrichter, der jetzt darüber zu erkennen hat, schützt die Presse nicht mehr vor der Polizeiwillkür, welche durch das Mittel der Beschlagnahmen allen Schutzes spottet. Beschlagnahme der Formen, in dem Maße und so wiederholt ausgeführt, daß zuletzt keine Lettern für den Druck übrig blieben, sind eine Verspottung der Gesetze. Dazu kommt, daß den abhängigen Abonnenten der Bezug liberaler Blätter verschränkt und dafür die Regierungsblätter oktroyrt werden. Und jetzt soll die liberale Partei zur Unterstützung solchen Verfahrens auch noch Geld bewilligen, damit Hohn hinzugefügt werde zur Ungerechtigkeit, für diese „Prov.-Korr.," welche gleich einem Staatsgeheimnisse bei ihrer Ausgabe sekretirt wird, damit nur die der Regierung ergebenen Blätter zuerst von ihren Nachrichten Nutzen ziehen können? Das wäre gegen meine Pflicht, gegen das Interesse meiner Wähler, ja es wäre, wie ich es persönlich empfinde, gegen mein Ehrgefühl. (Oho! zur Rechten.)

Von Seiten der Rechten ist ein Schlußantrag gestellt, für denselben stimmt die Rechte, von den Altliberalen die Abgeordneten v. Vincke, Hagen u. A., dagegen Simson. Die Abstimmung ist zweifelhaft, die Debatte geht also weiter.

Abg. Stavenhagen: Ich werde diesmal für die Bewilligung stimmen. (Lebhaftes Bravo rechts.) Die Forderung, daß gar keine Mittel bewilligt werden sollten, ist zu weitgehend, denn es giebt keine Regierung, in Preußen und außerhalb, welche sich nicht der Presse bediente. Wie man auch über die innere Politik denke, die äußere wollen wir unterstützen, also auch ihre Förderung durch die Presse. Wie ist in dieser Beziehung dann eine Theilung der Summe möglich, die hier verlangt wird? Und weil diese Theilung nicht möglich, darum stimme ich für die ganze Summe. (Bravo zur Rechten.)

Von Seiten der Rechten ist wieder ein Schlußantrag eingebracht, für den wiederum die Abgg. v. Vincke, Haym u. A. im Gegensatze zu dem Abg. Simson u. a. Fraktionsgenossen stimmen. Die Abstimmung ist zweifelhaft, die Debatte geht weiter.

Abg. Lent: Der Herr Vorredner bedarf einer thatsächlichen Berichtigung, wenn er die Scheidung der inneren und auswärtigen Politik ins Auge faßt. Die 31,000 Thlr., um die es sich hier handelt, sind keineswegs zur Unterstützung der auswärtigen Politik bestimmt, dafür sind im Etat des Ministeriums des Auswärtigen 16,000 Thlr. ausgeworfen und im Ministerium des Innern ist außerdem noch eine weit höhere Summe in Ansatz gebracht. Die jetzt in Rede stehende Summe vielmehr ist, wie das auch aus früheren Erklärungen der Regierung hervorgeht, hauptsächlich zur Unterstützung der inneren Politik bestimmt. Und ist in derselben denn in neuester Zeit etwas anders geworden? Der Herr Minister des Innern hat uns am 3. September gesagt, durch das Entgegenkommen des Hauses werde die Regierung moralisch gezwungen sein, sich mehr dem Abgeordnetenhause zuzuwenden, als bisher geschehen. (Hört, hört!) Nun, die Indemnität ist gewährt, von mir und meinen politischen Freunden hauptsächlich in dem Wunsche einer solchen Versöhnung. Aber nichts hat sich geändert. Die Behauptung, daß man diese Forderung jedem Ministerium bewilligen müsse, ist konstitutionell nicht begründet, das Bedürfniß einer Regierung, sich unterstützen zu lassen, ist für uns kein Bewilligungsgrund, wenn es nicht zugleich ein Bedürfniß des Landes ist. Trotz allem Abschneiden früherer Erinnerungen bin ich genöthigt, für die Streichung zu stimmen.

Minister Graf zu Eulenburg: Der Herr Vorredner hat soeben eine Aeußerung citirt, die ich am 3. September that und ich behaupte, daß dieselbe auch ganz positiv in Erfüllung gegangen ist. (Zeichen des Unglaubens zur Linken.) Welche Wandlung ist es, welche Sie erwartet haben? Die Wort ist so allgemeinen Begriffs, daß mit derselben Bestimmtheit, mit der Sie die Wandlung verneinen, ich dieselbe bejahe. Führen Sie mir bestimmte Fälle an und ich werde Ihnen darauf antworten und Ihnen an denselben beweisen, wie es mein lebhaftester Wunsch ist, mit der liberalen Partei auf möglichst bestem Fuße zu stehen. Auf allgemeine Redensarten aber zu antworten ist wirklich schlimm. Wir, m. H., haben damals, bei der Indemnitätsdebatte, nicht geglaubt, daß Sie in Folge Ihres Votums nun sofort konservativ werden würden, so müssen Sie denn auch nicht verlangen, daß wir auf der Ministerbank in Folge dessen liberal geworden sein sollten. Ich habe stets darauf gehalten, Farbe zu bekennen und meine Farbe ist konservativ, aber ich wünsche mich mit Ihnen zu verständigen, wenn Sie nur so gemäßigt liberal sind, daß Sie keine extreme Anforderungen an mich stellen. Es giebt keinen trübseligeren Eindruck für mich, als wenn die Partei, welche sich der Regierung neuerdings, zumal in der auswärtigen Politik, zu nähern schien, jetzt plötzlich Anstrengungen macht, aus dem Schiffbruche etwas zu retten, und gewissermaßen vor ihren Wählern sich zu rechtfertigen, indem sie jedes Entgegenkommen der Regierung in dieser Art von Revange kompensirt. So wird es nie zu einer Verständigung kommen, so wird in diesem Hause neben der äußern Luft eine innere wehen, an der wir ersticken können. Es ist mein fester Wille, das Gesetz so liberal zu handhaben, wie es nach konservativen Begriffen möglich ist. (Heiterkeit zur Linken). — Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch eines Zwischenfalles gedenken, der in neuerer Zeit eigentlich wohl mehr zum Amusement der Zeitungen gedient hat, als daß ernsthafte Männer daran geglaubt hatten: ich meine die Fabel von den zwei Seelen dds Ministeriums, von denen die des Grafen Bismarck als die liberale gilt. Graf Bismarck, m. H., hat vor Allem das große Verdienst, das Ministerium zu einem politischen Gesammtbegriff erhoben zu haben, keine abgesonderte Ressortwirthschaft walten zu lassen. Sein Hauptstreben war eine Solidarität der Hauptthätigkeiten jedes einzelnen Miuisteriums herzustellen, so daß jede irgend wie wichtige Aktion in einem derselben stets nur aus gemeinsamerer Verständigung hervorging. Dadurch hat sich zwischen uns ein Kitt gebildet, wie selten bisher in einem preußischen Ministerium. Wenn jetzt nach den Erfolgen welche die auswärtige Politik gerettet, eine entgegenkommende Stimmung bei der Regierung sich geltend machte, so seien Sie überzeugt, daß dieselbe dem gesammten Ministerium sich mitgetheilt hat und diese Uebereinstimmung ist bis auf die neueste Zeit in dem leider geringen Verkehre, den das Ministerium mit seinem Vorsitzenden hatte, unverändert stets zu Tage getreten. Wenn sich das Ministerinm in einem reaktionären und einen liberalen Theil gespalten hätte, so wäre die natürliche Konsequenz längst eingetreten, das Entlassungsgesuch der Einen. Es giebt wohl Niemand, der an solche Märchen glaubt. Aber man schreibt dergleichen in die Zeitungen, weil man eines gewissen Erfolges dabei immer sicher ist. Entweder antworten die Offiziösen nicht und dann heißt es: Aha, es muß doch etwas daran sein — oder man entschließt sich zu einer Berichtigung und dann ist die Sache gewiß erst recht wahr. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß bei der kleinsten Nichtübereinstimmung im Ministerium dasjenige in schnellster Weise abgesondert werden würde, was nicht harmonirt. Der Herr Abgeordnete Lent irrt sich, wenn er glaubt, daß der jetzt in Rede stehende Fonds nicht auch zur Förderung der auswärtigen Politik bestimmt sei. Ich verweise sie darin auf das Urtheil des Herrn Grafen Schwerin, der das Verhältniß ja selbst am besten kennen muß. Man hat die „Prov. Korresp." angegriffen und gefragt, warum die Regierung nicht an deren Stelle ein Journal benütze. Die Regierung äußert sich in zweierlei Weise, officiell und officiös. Thut sie das Letztere, so sorgt sie vor Allem dafür, daß die Auseinandersetzungen in möglichst allgemein verständlicher Form gehalten sind und stellt im Uebrigen den Charakter des öffiziösen, des von der Regierung Ausgehenden, nie in Abrede. Würde man Zeitungen dafür gebrauchen, so setzte man sich dadurch dem Mißverständnisse aus, daß das Publikum auch jeden Buchstaben eines solchen Blattes von der Regierung ausgehend glaubt. Das ist nicht der Fall, die Regierung übernimmt in den ihr jetzt nahestehenden Blättern keine Verantwortlichkeit, weder für Leitartikel, noch für Korrespondenzen oder Sonstiges. Die „Prov. Korresp." befriedigt nach allen Anzeichen ein dringendes Bedürfniß, sie wird, wie das schon von dieser Seite aus (der Rechten) berichtigt worden ist, Niemanden aufgezwungen, aber die Zeitungen widmen diesen Mittheilungen stets ganz besondere Rücksicht. Stellen Sie uns nicht in eine exceptionelle Lage, aus welcher das Land den Verdacht schöpfen müßte, das schon wieder eine Spaltung sich zeige. Unser gemeinsames Interesse ist jetzt, einen starken Körper darzustellen, der starke Speise vertragen kann. Bewilligen Sie die Forderung sans phrase! (Lebhaftes Bravo zur Rechten.)

Gegen einen neuen, von der Rechten ausgehenden Schlußantrag stimmen jetzt auch die gesammten Altliberalen. In der Debatte folgt:

Abg. Techow: Wenn die Regierung im Sinne der großen Mehrzahl des Landes regieren wollte (Oho! rechts), dann bedürfte sie keiner subventionirten Presse. Der Herr Minister verlangt Thatsachen zu hören: ich erinnere nur an die fortdauernde Nichtbestätigung von Kommunalbeamten, nicht etwa ihrer Qualifikation wegen, sondern lediglich aus politischen Gründen. Es wäre gewiß sehr wünschenswerth, daß sich der Herr Minister hierüber ausspräche. Wir unsererseits werden nach unserer Ueberzeugung handeln, mag daraus werden, was da wolle!

Minister des Innern Graf Eulenburg: Mit Bezug auf die wiederholt berührte Weigerung der Bestätigungen muß ich sagen, daß ich auf den Standpunkt niemals versprochen habe mich zu stellen, daß eine Bestätigung nur dann nicht erfolge, wenn der Betreffende ehrenrührige Verbrechen begangen oder dergleichen; denn das werde ich immer festhalten, daß im Gesetze die Berechtigung liegt, unter Umständen auch seiner politischen Stellung wegen einem Kommunalbeamten die Bestätigung zu versagen. Sie mögen mich deswegen angreifen oder nicht, aber wenn ein Mann z. B., der in diesem Sommer an der Spitze eines Wahl-Komités stand, das die Parole: „Keinen Groschen Geld diesem Ministerium!" verbreitete, zu einem höheren Kommunalamte gewählt wird, so werde ich ihn nun und nimmer bestätigen. Das halte ich für meine heilige Pflicht. Das wäre überhaupt eine komische Zumuthung, persönliche Worte, meinerseits früher gebraucht, dahin auszulegen, als wäre damit gemeint: von heute an wird Alles bestätigt, was da vorkommt. Ich meine daher im Ganzen, wenn wir so fortfahren, wie bisher, so kommen wir ganz gut zum Ziele.

Abg. Heyse beantragt, daß in der weiteren Debatte die Redner, welche für und wider sprechen, alterniren sollen.

Der Präsident erklärt, danach verfahren zu wollen, und ertheilt das Wort dem

Abg. Graf Eulenburg: Der Zweck, den Sie mit dieser Verweigerung erreichen wollen, ist natürlich der der Beseitigung dieses Ministeriums: wird dieser Zweck damit erreicht? Oder wird in Folge dessen irgend eine Aenderung in der Regierungspresse eintreten? Sie müssen das verneinen, wenn Sie aufrichtig sind. Wenn nun aber alle diese Zwecke durch die Verweigerung des Fonds nicht erreicht werden, ist es da wohl ein würdiges Objekt, an dem Sie Ihre Opposition ausüben? Mir kommt das wirklich uur als eine kleinliche Nörgelei vor.

Regierungskommissar Wagener: Wenn hier immer die auswärtige und die innere Politik unterschieden wird, so verweise ich nur auf die Thatsache, daß Sie hier eine Forderung des Staatsministeriums in seiner Gesammtheit vor sich haben, die für alle Ressorts unserer Verwaltung verwendet wird und dieser Ansatz hat nur den einen Fehler, daß er viel zu gering bemessen ist. Gerade mit Rücksicht auf die Aufgaben, die jetzt der Regierung in der auswärtigen Politik obliegen, haben Sie diese Summe zu bewilligen. In Süddeutschland werden preußenfreundliche Blätter schwerlich ohne Anregung des preußischen Gouvernements entstehen, und wir haben alle Ursache, darin nicht Oestreich allein das Feld zu lassen; und Oestreich verwendet dazu Hunderttausende von Thalern, und es weiß recht wohl, daß es wieder in Frankfurt den Mittelpunkt der antipreußischen Presse hat. Wollen Sie auch nur die auswärtige Politik unterstützen, so müßten Sie diese Position verdoppeln, statt davon zu streichen. Außerdem aber verstehe ich nicht, warum sie immer den Unterschied zwischen äußerer und innerer Politik machen. Die gesammte Regierungspresse treibt sowohl äußere wie innere Politik und Sie können daher der Regierung nicht die Mittel zur inneren Politik versagen, ohne sie zugleich der auswärtigen zu entziehen. Deswegen scheint mir der Grund, den der Abg. Stavenhagen angeführt hat, durchschlagend zu sein, und die Herren sollten sich das nicht einmal, sondern zehnmal überlegen, ehe Sie die Summe verweigern.

Vom Abg. Hauschteck ist der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. die Abstimmung darüber ergiebt ein zweifelhaftes Resultat. Es erhält das Wort der

Abg. Schulze (Berlin): Wenn das auswärtige Ministerium eine besondere Position aus diesem Fonds bezieht, so hätte man in seinem speciellen Etat durch Aufstellung einer Summe dafür sorgen sollen; hier handelt es sich aber um Bewilligung für ein ganzes System, und da bitte ich Sie dringend, gewähren Sie zu diesem Zweck keinen Groschen. Sie können grade der auswärtigen Politik der Regierung keinen schlimmeren Schaden anthun, als wenn Sie die innere Politik der Regierung unterstützen. Das wäre der verkehrteste Weg, den Sie einschlagen können. Und unglücklicher konnte der Herr Regierungskommissarius wohl nicht exemplificiren, als dadurch, daß er uns gerade Oestreich als Muster in dieser Beziehung vorstellte. Nein, meine Herren, gerade im Interesse der auswärtigen Politik Preußens ist es wünschenswerth, die Summe zu verweigern. Denn Preußen ist seinem nationalen Beruf nur dann gewachsen, wenn das preußische Regierungssystem den deutschen Stämmen acceptabel gemacht wird. Und gerade ein Votum dieses Hauses in diesem Sinne thut sehr Noth, um zu zeigen, daß die preußischen Abgeordneten nicht berauscht und nicht geblendet durch die äußeren Erfolge, fortfahren, das alte, gute liberale Schild aufrecht zu erhalten, und den neuen Abgeordneten aus den einverleibten Ländern, denen wir äußerlich keine freundliche Stätte in diesem Hause zu bieten vermögen, den Aufenthalt unter uns wenigstens dadurch anziehend zu machen, daß sie Männer finden, die keine Minute aufhören, den Kampf für dies wehrhaft liberale Prinzip, das Preußen groß gemacht, fortzusetzen. So werden wir am besten die auswärtige Politik der Regierung unterstützen, und deshalb bitte ich Sie, mit mir diese Position zu verwerfen. (Beifall links.)

Abg. Zanders: Die Regierung bedarf der fraglichen Summe zur Verfolgung ihrer auswärtigen Politik; deshalb werde ich sie bewilligen; der Abg. Jung ist, meine ich, schon durch die Geschichte des Sommers 1866 genugsam widerlegt.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Abg. Lasker: Der Herr Minister des Innern verlangt Details zu hören dafür, daß das Regierungssystem noch immer ein illiberales ist. Die sind wohl leicht zu geben. Ich erinnere nur daran, daß selbst nach der Indemnitätsbewilligung und nach der Amnestie die Disziplinaruntersuchung gegen den Abg. Twesten noch immer fortgesetzt wird; daß ferner gegen einen anderen Gerichtsbeamten eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden, deshalb, weil er in einer Wählerversammlung auf die Frage, ob er diesem Ministerium Geld bewilligen werde, einfach mit „Nein" geantwortet habe. Viele richterliche Beamte werden noch immer in Rang und Gehalt zurückgesetzt, nur deshalb, weil sie der liberalen Partei angehören; auf Verlangen könnte ich auch hier Namen nennen. Die Untersuchung gegen die Abgg. Frenzel und Twesten wird fortgesetzt (Unruhe rechts); der große Kampf gegen den Parlamentarismus und speziell diese Seite des Hauses, wird nach wie vor fortgesetzt. Schon vorhin wurde der Fall erwähnt, daß eine Zeitung systematisch verfolgt wird durch Polizeimaßregeln und Beschlagnahmen, die hinterher gerichtlich meistens wieder aufgehoben werden. Es scheint daraus hervorzugehen, daß es die Absicht der Verwaltungsbeamten ist, die Zeitung auf solche Weise zu unterdrücken, also einen gesetzlich unzulässigen Zweck auf anscheinend gesetzlichem Wege zu verfolgen. Diese Dinge sind denn doch für einen Mann des Gewissens und des Rechtes zu arg. Der Herr Minister des Innern hat gesagt, die Provinzial-Korrespondenz werde Niemandem aufgedrängt; ich will hingegen nur das eine Faktum erwähnen, daß in Westpreußen vor noch gar nicht langer Zeit ein Rittergutsbesitzer in drei Thaler Strafe genommen worden ist, weil er die „Provinzial-Korrespondenz" wieder zurückgesandt hat, die ihm als Beilage zum Kreisblatt übersandt worden. Gegen eine Aeußerung des Herrn Ministers muß ich mich jedoch auf das Entschiedenste verwahren, wodurch er mir und den Mitunterzeichnern der bekannten Erklärung vorzuwerfen schien, daß wir aus einer gewissen Schmeichelei oder Huldigung gegen unsere Wähler zu diesem Schritte veranlaßt worden wären. Wir lassen uns bei unseren Abstimmungen weder durch äußere Rücksichten der Regierung, noch unseren Wählern gegenüber leiten, sondern stimmen so, wie wir es für angemessen und im Interesse des Vaterlandes halten.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Frage, welche der Herr Vorredner in Betreff der Disziplinaruntersuchung gegen richterliche Beamten an mich gerichtet hat, bitte ich, an den Herrn Justizminister zu stellen, welcher gewiß ebenso bereit sein wird, wie ich, sie zu beantworten. (Der Justizminister war nicht anwesend.) Was den zweiten Punkt betrifft, die Behandlung einer gewissen Zeitung, mit der wohl die „Rhein. Zeitung" gemeint ist, so sind allerdings die Beschlagnahmen derselben in letzter Zeit sehr häufig gewesen. Die scheinbare Schärfe dieses Verfahrens erklärt sich jedoch dadurch, daß früher mit unverzeihlicher Schwäche gegen dies Blatt vorgegangen worden. (Zeichen der Verwunderung links.) Die Konfiskationen erklären sich lediglich durch die außergewöhnliche Haltung der betr. Zeitung; und gegen Gesetz und Gerechtigkeit wird dabei nicht gefehlt, da ja gerichtlich entschieden wird, ob die Beschlagnahme gerechtfertigt ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Blanckenburg: Gerade als Mann des Rechts und der Gerechtigkeit sollte der Abg. Lasker gegen die Sistirung der Untersuchungen sein, denn der Gnadenweg ist nur am Platze für abgeurtheilte Sachen. Der geheime Fonds ist für Oestreich sehr von Nutzen gewesen; es hat sich Bundesgenossen geschafft; daß diese dann nicht aushielten, ist nicht die Schuld der geheimen Fonds. Sie wollen m. H., durch die Verweigerung der betr. Position das Ministerium beseitigen; so viel Selbsterkenntniß sollten Sie aber wohl besitzen, daß Ihnen, so viel vorzügliche Eigenschaften Sie auch sonst besitzen mögen, gerade die Haupteigenschaft zu Ministern fehlt, das Vertrauen Se. Majestät des Königs. Gerade von Ihrem liberalen Standpunkte aus müßten Sie das konservative Ministerium zu halten suchen; denn nur ein konservatives Ministerium kann liberal regieren. (Allgemeines Gelächter.) Bei einem andern Ministerium würde das Staatsschiff in ein Schwanken gerathen, daß sie Alle nach der Reaktion flehen würden. (Bravo rechts, Zischen links.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird wiederum abgelehnt.

Abg. Dr. Michaelis: Ich habe nichts aus einem Schiffbruch zu retten, und bilde mein Urtheil nur nach moralischen und logischen Grundsätzen. Ich sehe, daß das Votum für diese Position durch die Solidarität der äußeren und inneren Politik motivirt wird. Es ist uns nun offiziell mitgetheilt worden, daß die äußere Politik sich als eine solche betrachtet, welche über die gewöhnlichen Gesetze der Moral erhaben zu sein glaubt. (Große Unruhe. Glocke des Präsidenten.) Ich überlasse es Ihnen, den Schluß zu ziehen, wenn die innere Politik damit solidarisch verbunden ist.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Techow, Graf Schwerin, welcher bemerkt, daß er mit dem Ministerium die Verständigung zwischen den Liberalen und Konservativen wünsche, trotzdem aber immer Farbe bekennen werde, und das sei die liberale. Trotzdem könne er den Posten nicht verweigern. Abg. Lent bemerkt, er habe mit andern großen Männern z. B. Stein (große Heiterkeit) die Ansicht, bei großen staatlichen Veränderungen müßten nicht nur die Maßregeln, sondern die Personen wechseln; er halte den Rücktritt einiger Minister für nothwendig.

Auf Antrag des Abgeordneten Heyse wird über die Bewilligung des Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke von 31,600 Thlr. namentlich abgestimmt und dieselbe mit 146 gegen 123 Stimmen bejaht. (Für dieselbe stimmen die Altliberalen, die Konservativen und einzelne Mitglieder des linken Centrums wie der Abgeordnete Stavenhagen; dagegen die Fortschrittspartei, die nationale Fraktion, die Mehrheit des linken Centrums und die Katholiken.)

Zur Diskussion kommt nunmehr nach Erledigung des Etats des Bureau des Staatsministeriums der Etat der von diesem Ministerium ressortirenden Institute und Behörden: 1) Staats-Archive 21,875 Thlr., wie im v. J.; 2) General-Ordens-Kommission 114,000 Thlr., 12,000 Thlr. mehr als im v. J.. da diese Summe als Ehrensold für die Inhaber des eisernen Kreuzes ausgesetzt ist; 3) Verwaltung des Staatsschatzes (der Fonds für dieselbe ist bereits in dem Etat für das Bureau des Staatsministeriums nachgewiesen); 4) Geh. Civil-Kabinet 20,600 Thlr., 2300 Thlr. mehr als im v. J. durch Erhöhung des Fonds für persönliche Ausgaben um 3000 Thlr., der eine Ersparung an Gehältern von 700 Thlr. gegenübersteht; 5) Ober-Rechnungs-Kammer 129,240 Thlr., um 2500 Thlr. mehr als im v. J. durch Erhöhung der Besoldungen um diesen Betrag; 6) Ober-Examinations-Kommission 970 Thlr., wie im v. J.: 7) Disziplinarhof 1240 Thlr., wie im v. J.; 8) Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte 2400 Thlr., um 50 Thlr. mehr als im v. J.

Diese Positionen werden sämmtlich fast anstandslos genehmigt und veranlassen nur in folgenden Punkten Nachfragen, resp. Diskussionen:

Zu der Position für Staatsarchive empfiehlt der Abg. Schmidt (Randow) der Regierung dringend im Etat für 1868 eine Summe für die Gründung eines Archivs in Posen auszusetzen. Regierungskommissar Wagener: Die Regierung hat ermittelt, daß das nöthige Material dazu vorhanden ist und sie wird also den Wunsch in Erwägung ziehen, ohne schon heute bindende Erklärungen geben zu können.

Abg. Kantak giebt darauf eine längere Geschichte dieser Bestrebungen, welche schon vom Jahre 1855 datiren und legt der Regierung die Gründung eines Archivs ebenfalls dringend an's Herz.

Bei dem Etat der Ober-Rechnungs-Kammer fragt der Abg. Stavenhagen, warum die Registratoren derselben denen in allen anderen Ministerien nicht gleichgestellt seien.

Regierungskommissar Moelle: Die Registratoren hätten von jeher ein geringeres Gehalt bezogen, weil man annimmt, daß ihre Geschäfte eine Erhöhung desselben nicht verlangen. Die Stelle eines Ober-Registrators mit 1200 Thlr. sei eingegangen und der Chef habe erklärt, daß nur wieder ein Beamter mit 1000 Thlr. Gehalt an dessen Stelle zu treten habe. Die Gehälter seien jedoch in Folge anderweitiger Anträge jetzt von 700—1300 Thlr. normirt; Durchschnittsgehalt sei also 1000 Thlr.

Eine Interpellation des Abg. Frhr. v. Hoverbeck, wie sich die Kosten der Examina bei höheren Verwaltungsbeamten, beim dritten juristischen Examen und den sonstigen Prüfungen vertheilen, erklärt Regierungskommissar Wagener jetzt nicht beantworten zu können; das Material werde zusammengestellt werden.

Schluß $3\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr, nachdem das Haus den Anfang um 9 Uhr mit lautem Zuruf abgelehnt hat. Tagesordnung: Etat des auswärtigen und des Finanz-Ministeriums.

(30. Sitzung vom 24. November.)

Eröffnung $10\frac{1}{4}$ Uhr. Die Tribünen sind spärlich besetzt. Am Ministertisch die Minister v. d. Heydt, v. Selchow, Graf zu Eulenburg und die Regierungskommissarien v. Keudell und Moelle.

Dem Präsidenten ist von dem Vorsitzenden der Kommission für Handel und Gewerbe ein Schreiben zugegangen, durch welches mitgetheilt wird, daß dieselbe wegen vielfachen Fehlens beurlaubter und nicht beurlaubter Mitglieder nicht mehr zu beschlußfähigen Versammlungen zusammentreten könne. Der Präsident wird die betreffenden Herren davon benachrichtigen. Der Präsident theilt mit, daß er zu Mitgliedern der Kommission für den Bau des Parlamentsgebäudes ernannt hat die Abgg. v. Arnim (Neustettin), Grabow, Simson, Graf Schwerin, v. Unruh, Graf Bethusy-Huc, Duncker. Vom Finanzminister ist ein Schreiben eingegangen, durch welches dem Hause die in der letzten Sitzung gewünschten Mittheilungen über die Kriegskosten angekündigt werden.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Vorberathung des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Der Etat des auswärtigen Ministeriums schließt in der Einnahme (aus Konsulats- und Paßgebühren u. s. w.) mit der Summe von 13,810 Thlr., also um 1235 Thlr. höher, als pro 1866 veranschlagt war. Die Ausgaben sind im Ordinarinm festgestellt auf 1,068,680 Thlr., d. h. auf 95,395 Thlr. höher als im Vorjahre, im Extraordinarium auf 113,000 Thlr., d. h. um 103,000 Thlr. höher als im Vorjahre. Dies Extraordinarium setzt sich zusammen aus den auch schon in frühern Jahren als Zuschuß zu den geheimen Fonds ausgeworfenen 10,000 Thlr., zu denen folgende neue Bedürfnisse treten: 28,000 Thlr. zum Ankauf eines Gesandtschaftsgebäudes in Washington, 50,000 Thlr. zum Umbau der beiden Seitenflügel des Ministerial-Dienstgebäudes in der Wilhelmsstraße Nr. 76, und 25,000 Thlr. zu Einrichtungen (für erweiterte Repräsention) im Pariser Botschaftshause aus Anlaß der Industrie-Ausstellung.

Bei den dauernden Ausgaben sind in Ansatz gebracht a) für das Ministerium selbst: an Besoldungen 104,900 Thlr., andern persönlichen Ausgaben 6300 Thlr., an Amtsbedürfnissen 10.800 Thlr., an Kurier- und Reisekosten, Postgeld und ähnlichen Ausgaben 37,000 Thlr.; b) für Gesandtschaften und Konsulate an Besoldungen des Gesandtschaftspersonals 524,870 Thlr., Besoldungen und Dienstaufwands-Entschädigungen der Konsulatsbeamten 204,900 Thlr., an Amtsbedürfnissen, Porto und ähnliches 46,000 Thlr., an Reisekosten und Diäten 22,000 Thlr., Unterhaltung der Dienstwohnungen und Inventarienstücke, sowie an Miethe 12,000 Thlr., für vermischte Ausgaben 34,000 Thlr.; c) Extraordinaria: Kommissionskosten 9000 Thlr.. Kursverlust-Entschädigungen und Kanzleigeschenke 4460 Thlr., außerordentliche Remunerationen 3000 Thlr., Unterstützungen für pensionirte Beamte, Pensionen für Wittwen und Waisen 950 Thlr., geheime Ausgaben 6000 Thlr., sonstige Ausgaben 38,000 Thlr. — Von den Einzelheiten dieser Posten führen wir folgende an: Gehalt des Ministers incl. 6000 Thlr. Repräsentationskosten 16,000 Thlr., des Unterstaatssekretärs 4500 Thlr., des Ministerialdirektors 4000 Thlr., der vortragenden Räthe (10 à 3000—2200 Thlr.) 26,000 Thlr., ferner Gesandtenbesoldungen, steigend von 6000 Thlr. (Weimar, wo nur ein Ministerresident), 8000 (Darmstadt, Oldenburg), 9000 (Athen), 10,000 (Karlsruhe, Kopenhagen, Dresden, Hamburg-Bremen-Lübeck-Mecklenburg, Lissabon, Rio Janeiro, Schweiz, Stuttgart), 11,000 (Stockholm), 11,400 (Mexiko), 13,000 (München, Brüssel), 14,000 (Haag), 15,000 (Rom), 18,000 (Madrid, Washington), 20,000 (Konstantinopel), 25,000 (Florenz, Wien), 32,000 (London, Paris und Petersburg). Zu diesen Summen treten noch bei den größern Gesandtschaften Miethsentschädigungen (Konstantinopel 1600 Thlr., Wien 5000 Thlr., Petersburg 8000 Thlr., London 10,000 Thlr.), außerdem die Gehälter von Legationssekretären (von 1700 bis 4500 Thlr.), Kanzleipersonal u. s. w. Die Generalkonsulate resp. Konsulate variiren je nach den lokalen Verschiedenheiten von 3500 Thlr. (Trapezunt) bis zu 20,000 Thlr. (China, davon 17,000 Thlr. an Repräsentationskosten). — Die wesentlichsten Veränderungen des gegenwärtigen Etats im Verhältniß zum vorjährigen sind im Vorberichte folgendermaßen motivirt: „An dauernden Ausgaben waren mehr in Ansatz zu bringen 10,650 Thlr. zur Verstärkung des Beamtenpersonals im Ministerium, 1100 Thlr. zur Erhöhung des Durchschnittsgehalts für die Beamten des Chiffrirbureaus und der Geh. Registratur, 8000 Thlr. zur Besoldung eines Gesandten für Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Schaumburg, Waldeck und Pyrmont, 1800 Thlr. zur Anstellung eines zweiten Legationssekretärs in Wien und 1000 Thlr. zur Erhöhung der Miethsentschädigung für den dortigen Gesandten, 3000 Thlr. zur Anstellung je eines Kanzlisten bei den Gesandtschaften in Florenz und im Haag, 6000 Thlr. Dotation für einen Konsul in Moskau, 12,800 Thlr. Dotation für das General-Konsulat in Newyork, 3500 Thlr. Dotation für einen Konsul in Paris und 120,500 Thlr. zur Gehaltsaufbesserung der betreffenden Beamten. Dagegen haben vom Etat abgesetzt werden können die Dotationen der Gesandtschaft in Kassel mit 8800 Thlr., der Bundestagsgesandtschaft mit 35,400 Thlr., der Gesandtschaft in Hannover mit 11,000 Thlr., ferner die Bundesmatrikular-Beiträge mit 13,035 Thlr., an Miethsentschädigung für den Gesandten in Konstantinopel 4000 Thlr. (es ist dort ein eigenes Haus gekauft worden), an Entschädigung für die früher üblich gewesenen Kanzleigeschenke 720 Thlr." — Zur Erläuterung der oben angeführten Verstärkung des Beamtenpersonals im Ministerium dient, daß u. a. zwei neue Rathsstellen, für die politische und für die handelspolitische Abtheilung, geschaffen worden sind.

Reg.-Kommissar v. Keudel: Die Regierung hält den jetzigen Zeitpunkt für geeignet, um theils eine etatsmäßige Vermehrung der Arbeitskräfte zu erbitten, theils den Klagen und Beschwerden, welche schon seit langer Zeit über die Unauskömmlichkeit der gesandtschaftlichen und konsularischen Besoldungen erhoben worden sind, abzuhelfen. Es bot sich der natürliche Anlaß dazu durch die eingetretene Erweiterung des preußischen Staatsgebietes und die dadurch bedingte Vermehrung der im Auslande zu vertretenden Preußen. Täglich gehen Anträge der Einwohner jener Landestheile auf Schutz ihrer auswärtigen Interessen ein und es macht den Eindruck, daß die auswärtigen Interessen der Einwohner von Schleswig-Holstein bis Frankfurt weiter verzweigt und bedeutender sind, als diejenigen der Bewohner der östlichen Landestheile. Bei dem Ansatz dieser Positionen hat als Maßstab das Verhältniß der Einwohnerzahl gegolten, welche ungefähr um $\frac{1}{4}$ gewachsen ist, in dem Sinne also, daß das Verhältniß von vier Viertel zu fünf Viertel die äußerste Grenze bildete, bis zu welcher man vorgehen könne. Die Zahlen, welche Sie in dem Entwurfe finden, beweisen Ihnen, daß diese Grenze nur bei den Konsulaten annähernd, sonst aber nicht erreicht ist. Es beträgt die Summe für Besoldungen im auswärtigen Ministerium im Etat pro 1866 93,150 Thlr., $\frac{1}{4}$ davon wären 23,600 Thlr., die Mehrforderung beträgt jedoch nur 11,750 Thlr.; bei den Konsulaten betrugen die Ansätze 148,150 Thlr, $\frac{1}{4}$ davon ist 37,035 Thlr., die Mehrforderung beträgt nur 34.000 Thlr. Bei der Berathung dieser Ansätze ist im Ministerium die präjudizielle Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehlen würde, mit den auf die Erweiterung des Staatsgebietes zu gründenden Mehrausausgaben zu warten bis zur Aufstellung des Etats für 1868, wo dann die Einwohner der neuen Landestheile mit zugezogen werden. Diese Frage ist aus drei Gründen verneint worden. Erstens handelt es sich um verhältnißmäßig geringe Summen und es kommt dazu noch der Fortfall der Gesandschaften in Frankfurt, Kassel, Hannover, durch den ein Ersparniß von 55,400 Thlr. eintritt. Den zweiten Grund fand man darin, daß die Regierung mit der Mehrzahl dieser Mehrforderungen auch hervorgetreten wäre, wenn die Inkorporation der neuen Landestheile nicht stattgefunden hätte. Die Entschädigungen für die Legations-Sekretäre in New-York, Paris, Moskau, Wien, dem Haag und Florenz werden nicht berührt durch die neuen Landestheile. Ferner glaubte man den Zeitpunkt, da der Verfassungskonflikt beigelegt ist, als besonders geeignet, für einige Mehrarbeiter im auswärtigen Ministerium jene Beträge in Ansatz zu bringen und die Erhöhung der gesandtschaftlichen Besoldungen ihrerseits wenigstens in Angriff zu nehmen. Auch die Bureau- und Unterbeamten dürften Anspruch auf Berücksichtigung haben, da ihre Arbeitslast durch die Vermehrung der Geschäfte bedeutend erhöht ist. Der dritte Grund aber, der Hauptgrund, liegt darin, daß in Bezug auf die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten die Inkorporation in jeder Beziehung als vollendete Thatsache zu betrachten ist, welche sich nach allen Seiten hin geschäftlich wirksam macht. Warum sollte bis 1868 gewartet werden in der etatsmäßigen Anerkennung eines Verhältnisses, welches schon jetzt besteht, und dessen Fortdauer während des J. 1867 mit aller Sicherheit anzunehmen ist? Der Zuwachs der Geschäfte läßt sich noch nicht mit detaillirter Genauigkeit angeben. Die größere Rücksicht ist aber auf die moralische Seite der Sache zu legen. Das erhöhte Selbstgefühl, mit welchem seit den letzten großen Ereignissen jeder Preuße im Auslande sich als Vertreter eines mächtig aufblühenden Gemeinwesens fühlt und geltend zu machen sucht, macht doppelt empfindlich den Abstand, welcher in der finanziellen Situation zwischen unseren und den Vertretern der übrigen Großmächte wahrzunehmen ist. Die gesteigerte Entfaltung unserer auswärtigen Politik macht es notwendig, daß für die Würde unserer Repräsentation mehr geschieht.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen erlaube ich mir, auf die einzelnen Gebiete überzugehen. Sie finden da zunächst eine Mehrforderung für zwei vortragende Räthe und zwei Expedienten. Der Grund davon, daß diese Vermehrung jetzt auf einmal gefordert wird, liegt in den Verhältnissen der letzten vier Jahre. Die Ausdehnung der Geschäfte hatte schon im Jahre 1863 solche Dimensionen gewonnen, daß sie die Einrichtung einer neuen Rathstelle verlangt hatten; die zweite ist jetzt ebenfalls unabweislich. Ferner ist eine neue Stelle im Centralbureau Bedürfniß und ebenso eine Besoldungszulage für die Beamten der geheimen Registratur, der geheimen Kanzlei und des Chiffrirbureaus. Ferner bemerke ich zu dem Gehalte des Kassensekretärs, daß schon früher von ihnen der Wegfall von 200 Thlr. von seinem Gehalte beschlossen wurde; das ist geschehen; trotzdem aber wird für den Etat von 1867 die Gewährung dieser Summe wiederum erbeten, da die Geschäfte des betreffenden Beamten einen bedeutenden Zuwachs erhalten haben. Bei den Ansätzen für die Gehälter der gesandtschaftlichen und Konsulatsbeamten finden Sie eine Erhöhung, deren Beantragung aus der Rücksicht auf den besonderen Geschäftsumfang und die lokalen Verhältnisse hervorgegangen und vorher der gründlichsten Erwägung unterzogen worden ist. Es sind Erhöhungen beantragt bei 9 Gesandtschafts- und 12 Konsulatsposten: es ist vorgeschlagen, die Missionen in Paris, Petersburg und London auf 32,000 Thlr. zu bringen, während die beiden ersteren bisher auf 25,000 Thlr. gestellt waren; die Missionen in Wien und Florenz sollen auf 25,000 Thlr., die in Konstantinopel auf 20,000 Thlr. gebracht werden. Der Vergleich mit anderen Großmächten zeigt, daß ihre Ansätze durch die unsrigen bei Weitem nicht erreicht werden. Einen besonderen Werth legt die königl. Staatsregierung auf die auskömmliche Dotirung der Posten für die Gesandtschaften in Deutschland; die Gesandtschaft in München soll auf 13,000 Thlr., die in Dresden, Stuttgart, Karlsruhe und Hamburg auf je 10,000 Thlr., die in Darmstadt auf 8000 Thlr., die in Weimar auf 6000 Thlr. gebracht werden. Ich beschränke mich hier auf die Bitte, daß diejenigen verehrten Mitglieder dieses hohen Hauses, welche sich durch ihre Ueberzeugung verpflichtet finden, die Regierung in ihrer deutschen Politik zu unterstützen, an diesen Ansätzen Nichts ändern. Sie sind reiflich erwogen und für nöthig befunden worden. Ich habe noch einen Posten zu erwähnen, dessen Streichung früher beliebt wurde, der jedoch wieder auf dem Etat steht. Es ist dies der Posten für den Militärbevollmächtigten in St. Petersburg. Ich erwähne die Sache nicht, um den alten Streit darüber wieder wachzurufen, sondern um Ihnen die Ueberzeugung zu gewähren, daß die Erinnerungen, welche in den letzten Jahren gegen diesen Posten erhoben worden sind, sehr reiflich erwogen und berücksichtigt worden sind. Es stellen sich aus diesen Erinnerungen drei Hauptpunkte heraus. Die Wurzel derselben finde ich in dem Berichte der Budgetkommission von 1863, in welchem gesagt wird, es scheine nicht angemessen, neben dem Civil-Bevollmächtigten dort noch einen Militärbevollmächtigten zu halten. Es scheint mir, daß hierbei und bei dem ganzen Streite ein Mißverständniß obwaltet. Eine diplomatische Vollmacht besitzt dieser Militärbevollmächtigte gar nicht. Ich habe in einer officiellen Korrespondenz vom Jahre 1851 dafür die französische Bezeichnung „commissaire militaire" gefunden, welche mir zutreffend erscheint. Bei seiner Ankunft wird er, wie es überall mit dem Militärbevollmächtigten der Fall ist, dem Kaiser vorgestellt; ein besonderes Kreditiv hat er nicht, sondern steht in dieser Beziehung allen Bevollmächtigten gleich. Wenn derselbe trotzdem am kaiserlich russischen Hofe dennoch so besonders bevorzugt wird und deswegen mitunter auch zu diplomatischen Diensten benutzt wird und die guten und freundschaftlichen Beziehungen zu unserm mächtigen Nachbarstaate aufrecht zu erhalten dient, so ist das ein Vortheil, zu dem wir uns Glück wünschen können. Wir haben also jenen Einwand wohl nicht weiter zu urgiren. Es ist ferner mehrfach gesagt worden, wenn der Militärbevollmächtigte militärische Zwecke verfolge, so gehöre er auf den Etat des Kriegsministeriums. Aber die Ursache davon liegt, was vielleicht nicht allen Herren bekannt ist, in einem Beschlusse dieses hohen Hauses vom 20. Februar 1850. Damals wurde auf Antrag der Budgetkommission (Berichterstatter Abg. v. Fock) dieser Posten von dem Militäretat auf den Etat des auswärtigen Ministerii verwiesen. In der ersten Zeit wurde er bis 1842 anscheinend aus Militarfonds bestritten, kam dann 1848 mit 2700 Thlr. auf den Militäretat, 1851 wurde er im Etat des auswärtigen Ministeriums auf 4000 Thlr. erhöht und besteht seit 1855 in der jetzigen Höhe; es ist überhaupt allgemeiner Grundsatz, daß Aemter und Kommissorien im Auslande aus diesem Fonds des auswärtigen Ministerii remunerirt werden. Wir bezahlen davon die Diäten für den Kommissar des Handelsministers in St. Petersburg, der sich bemüht einen Handelsvertrag mit Rußland zu Stande zu bringen; es wurden davon die Zuschüsse für den nach Warschau während des polnischen Aufstandes kommandirten Offizier, für den Militärbevollmächtigten in Frankfurt und die Rhein-Schifffahrts-Kommissarien bestritten und wir würden uns dem Verlangen des Kriegsministers nicht entziehen können, auch die Diäten für den Militärbevollmächtigten in Paris, Wien und Florenz zu übernehmen. Uebrigens bin ich auch der Ansicht, daß der Herr Kriegsminister auf die Berichte dieses Beamten in St. Petersburg großen Werth legt und ich konstatire, daß diese Berichte sowohl dem auswärtigen wie dem Kriegsministerium zugänglich sind, die beide derselben nothwendig bedürfen. Ferner ist im letzten Berichte der Budgetkommission gesagt worden, es würde sich mehr empfehlen, Vertreter von Spezialwaffen in weniger hoher Stellung dorthin zu schicken; es würde das nützlicher sein und weniger Kosten verursachen. Dagegen erwähne ich, daß nur einmal auf ganz kurze Zeit dieses Amt, welches sonst immer Majors oder Oberstlieutenants verwaltet haben, auf einen General übertragen wurde; außerdem beschäftigt uns ja hier auch nicht die Wahl der Personen, vielmehr ist die Frage dahin zu formuliren: bedarf der Offizier, welchen die Regierung als Vertreter nach Petersburg schickt, eine Zulage von 6000 Thlr. oder weniger? Die Frage ist nach allen in dieser Richtung gemachten Erfahrungen reiflich in Erwägung gezogen worden und dahin zu beantworten, daß weniger als 6000 Thlr. für einen Offizier, der im Verkehr mit dem kaiserlichen Hofe ist, nicht angesetzt werden kann. An einmaligen außerordentlichen Ausgaben finden Sie alsdann einen Posten von 50,000 Thlr. für den Ausbau des Hotels des auswärtigen Ministeriums und 25,000 Thlr. für das Botschaftshotel in Paris. Es sind dies, wie man schon an ihrer Rundung erkennt, keine Anschlags-, sondern Ueberschlagssummen. Mit dem Ausbau des auswärtigen Ministeriums glaubte man jetzt nach Beendigung des Verfassungskonfliktes vorgehen zu dürfen. Leider hat Krankheit den Herrn Ministerpräsidenten bisher verhindert, unter den bereits vorliegenden Plänen zu wählen. Der andere Posten von 25,000 Thlr. wird auf Grund der Erwägung beantragt, daß voraussichtlich der hohe Protektor der preußischen Ausstellung auf der Pariser Industrieausstellung zu diesem Zwecke sich, so zu sagen, amtlich dorthin begeben und dann im preußischen Botschaftshotel residiren wird. Der Plan eines Architekten im Betrage von 275,000 Frcs. wurde abgewiesen; darauf wurde ein neuer Plan vorgelegt, der mit 100,000 Frcs. abschloß. Eine Antwort ist noch nicht beschlossen.

Es wird nunmehr zu den einzelnen Einnahme-Positionen übergegangen. Zu Nr. 3 (Paßvisa-Gebühren und für Beglaubigung amtlicher Unterschriften) erhält das Wort der Abg. Dr. Becker: Die Einnahmen für Paßvisa sind die allerschlechtesten für einen Staat. In früheren Jahrhunderten hat man allerdings den Fremdenverkehr versteuert, aber dies ist jetzt ein überwundener Standpunkt. Die Staatsregierung motivirt nun die neu angesetzte Einnahme für Paßvisa der Gesandtschaft in Petersburg dadurch, daß auch von der russischen Regierung solche Gebühren erhoben werden. Es ist doch ein schlechter Grundsatz Ungebühr durch Ungebühr abzuwenden nach dem Sprüchwort: „Schlägst Du meinen Juden, so schlage ich Deinen Juden". (Heiterkeit.) Ein solches Verfahren befestigt das Unrecht. Die Regierung hat vielmehr allen Grund, diese Abgaben ganz abzuschaffen, da sie sonst dem Auslande eben nur Grund giebt, seinerseits diese beizubehalten. — Die betreffenden Abgaben treffen das Publikum sehr schwer und speciell den kleinen Mann, den Arbeiter, Handwerker rc., die nicht ihres Vergnügens, sondern der Geschäfte halber reisen. Ich selbst habe für einen deutschen Arbeiter bei der hiesigen französischen Gesandtschaft zwei Civilstands-Urkunden besorgt, die dem Manne 20 Franks kosteten. — Einen bestimmten Antrag will ich nicht stellen, weil ich es unter den jetzigen Umständen für geboten erachte, alle nicht durchaus gebotenen Bedenken gegen den Etat fallen zu lassen; ich hoffe aber, daß die Staatsregierung selbst Veranlassung nehmen wird, für das Jahr 1868 von diesen Einnahme-Positionen Abstand zu nehmen.

Regierungs-Kommissar v. Keudell: Die Regierung wird diese Anregung in Erwägung ziehen.

Abg. Graf zu Eulenburg: Ich glaube nicht, daß die Vorschläge des Abg. Dr. Becker ausreichend sind, um dem Bedürfniß zu genügen; denn nicht nur die Gebühren für die Visa rc. müssen abgeschafft werden (hört, hört!), sondern ich habe die sichere Hoffnung, daß das ganze Visirungswesen bald abgeschafft wird. (Bravo auf allen Seiten des Hauses.)

Regierungs-Kommissar v. Keudell: Auch dieser Wunsch wird erwogen werden. (Heiterkeit.)

Position 3 wird darauf genehmigt, ebenso Position 4 (Konsulats-Intraden) ohne Debatte.

Es wird nunmehr zur Berathung über die dauernden Ausgaben übergegangen und zwar zunächst über Tit. 1.

Vom Abg. v. Hoverbeck ist der Antrag gestellt:

Tit. 1 bei Position 4 — 2600 Thlr. für einen vortragenden Rath,
" " 5 — 1200 Thlr. für einen Expedienten,
" " 8 — 1200 Thlr. für einen geheimen Registrator,

im Ordinarium nicht zu bewilligen, dagegen im Extraordinarium dieses Etats einen neuen Tit. 5 für extraordinäre Hülfsarbeiter im Ministerium 5000 Thlr. zu bewilligen. Motiv: Die Mehrarbeit, welche aus dem Zutritt der neu einverleibten Länder entsteht, gehört nicht in das Ordinarium dieses Etats."

Die Positionen 1, 2 und 3 (Repräsentationskosten, Unterstaatssekretär und Ministerialdirektor) werden ohne Debatte bewilligt.

Zu Position 4 (Vortragende Räthe, 10 zu 3000 bis 2300 Thlr.) erhält das Wort der

Abg. v. Hoverbeck: Mein Antrag geht nicht dahin, die für dieses Jahr geforderten Mehrausgaben zu verweigern, sondern sie zu bewilligen, aber an einer andern Stelle. Die Staatsregierung hat selbst eingeräumt, daß die Vermehrung der Geschäfte durch den Zutritt der neuen Provinzen zu Preußen entstanden sei. Nachdem die Annexion einmal beschlossen, sind die Ausgaben nöthig geworden und sie müssen deshalb bewilligt werden; eine definitive Beschlußfassung darüber wünsche ich aber bis dahin vertagt zu sehen, wo die Vertreter der neuen Provinzen an der Berathung hier im Hause Theil nehmen.

Abg. v. Vincke (Hagen): Ich kann nicht recht verstehen, was für Gründe den Herrn Vorredner zu seinem Antrage bewegen, er müßte denn, was er doch gewiß nicht thut, von der Auffassung ausgehen, daß die Einverleibung jener Länder ein vorübergehender, extraordinärer, nicht ein dauernder Zustand ist; deßhalb müssen die dadurch nöthig gewordenen Mehrausgaben auch im Ordinarium bewilligt werden.

Abg. Twesten: Auch ich muß mich gegen den Antrag des Abgeordneten v. Hoverbeck erklären, wenn ich mich auch im Prinzip damit für einverstanden erklären könnte, weil ich ihn nicht für ausführbar halte. Gehaltszulagen kann man nicht ins Extraordinarium setzen, wenn sie dauernd nöthig sind. Eine Redressirung würde auch sehr schwierig sein, da sich ja der ganze Zuschnitt der Gesandtschaften durch die Geschäftserweiterung nothwendig ändert, der nicht im nächsten Jahre gleich wieder bestätigt werden kann! Wenn man die Position deshalb überhaupt bewilligen will, so muß man sie auch im Ordinarium bewilligen.

Abg. Graf Bethusy-Huc (gegen den Hoverbeck'schen Antrag): Eine Bewilligung im Extraordinarium würde das nachtheilige Mißverständniß hervorrufen, als ob die Einverleibung der neuen Länder kein Definitivum, sondern nur ein Provisorium sein sollte; ich bin deshalb für Bewilligung im Ordinarium. Die Volksvertreter der neuen Länder werden dadurch in ihren Rechten nicht geschmälert, da sie ja im nächsten Jahre über den Etat mit beschließen und dabei ihre Wünsche zur Geltung bringen können.

Abg. v. Hoverbeck: Der Herr Vorredner will die eroberten Provinzen so behandeln, wie es die Römer mit den Sabinern gethan haben. Ich aber will denselben alle Rechte, auch die des Mitsprechens über ihre Angelegenheiten, eingeräumt wissen. Mein Antrag empfiehlt sich auch schon deshalb, weil doch ein Theil der betreffenden Ausgaben auf den Etat des Norddeutschen Bundes übernommen werden müssen, und wenn wir diese jetzt auf das Extraordinarium stellen, eine Trennung derselben aus unserem Budget dann leichter ermöglicht wird.

Abg. Aßmann: Der Antrag Hoverbecks ist weder zweckmäßig noch durchführbar; denn wir sind außer Stande, dies Prinzip auch in allen Konsequenzen auf die bei den Gesandtschaften und Konsulaten aus denselben Gründen nothwendig gewordenen Mehrausgaben durchzuführen.

Abg. Dr. Virchow: Ich wünsche deshalb, den Antrag Hoverbecks angenommen zu sehen, damit das Prinzip gewahrt werde, daß diese Angelegenheiten künftig auf das Parlament des Norddeutschen Bundes übertragen werden. Bei dieser Forderung bleiben wir gerade unserem alten Programm, dem Erstreben der deutschen Einheit unter Preußens Führung treu, welches Programm wir damals schon hatten, als jene Herren da drüben (nach rechts deutend) noch von Oestreich und dem deutschen Bunde Heil erwarteten. (Heiterkeit links, Widerspruch rechts.) Preußen soll aber nicht allein alle Lasten für den Norddeutschen Bund tragen, die andern Staaten des Bundes müssen deshalb zu den Ausgaben mit herangezogen werden.

Abg. v. Bunsen: Die Ausgaben sind nöthig und dauernd erforderlich, müssen deshalb im Ordinarium bewilligt werden. Von dem Abg. v. Vincke und Graf Bethusy hätte ich übrigens gewünscht, daß sie die Befürchtung, die gewiß Niemand theilt, als ob die annektirten Länder jemals wieder losgelöst werden könnten, lieber nicht ausgesprochen hätten; denn es giebt gewisse Dinge, über die man besser gar nicht spricht.

Nachdem Abg. v. Hoverbeck seinen Antrag nochmals kurz empfohlen, Abg. v. Vincke (Hagen) denselben bekämpft, wird zur Abstimmung geschritten. Der Hoverbeck'sche Antrag zu Position 4 wird verworfen (dafür ein großer Theil der Fortschrittspartei und ein Theil des linken Centrums), und darauf die Position nach der Regierungsvorlage genehmigt.

Abg. v. Hoverbeck zieht sodann die gleichlautenden Anträge zu Position 5 und 8 zurück, und es werden nunmehr die Positionen 5 (Expedienten), 6 (Bureau des Ministers), 7 (Chiffrir-Bureau), 8 (Geh. Registratur), 9 (Legationskasse), 10 (Geh. Kanzlei), 11 (Unterbediente) ohne Debatte genehmigt.

Ebenso werden die Tit. 2, 3, 4 und 5 (persönliche Ausgaben, Amtsbedürfnisse, Kurier- und Reisekosten, Unterhaltung der Dienstgebäude) ohne Debatte genehmigt.

Das Haus tritt in die Berathung von Titel 6 (Gesandtschaften und Konsulate, Besoldungen des Gesandtschaftspersonals) ein. Hierzu hat der Abg. v. Hoverbeck den Antrag gestellt, die sämmtlichen Positionen des Titel 6 der dauernden Ausgaben für selbstständige Titel zu erklären, sodann die Position 16 (Besoldung des neu anzustellenden Gesandten in Oldenburg 8000 Thlr.) und in Position 18 die Zulage des Militär-Bevollmächtigten in Petersburg 6000 Thlr. nicht zu bewilligen; endlich ebendaselbst die beantragten Erhöhungen des Gehalts der Gesandten, Botschafter oder Minister-Residenten nicht im Ordinarium zu genehmigen, dagegen dem Extraordinarium hinzuzufügen: die Zulage von 2000 Thlr. für die Gesandten in Hamburg und Rom, von 4000 Thlr. für den Gesandten in Konstantinopel, von 5000 Thlr. für die Gesandten in Florenz und Wien, von 6000 Thlr. für den Gesandten in St. Petersburg und den Botschafter in Paris.

Es erhält das Wort

Abg. v. Vincke (Olbendorf): Ich habe die Erhöhung dieser Etats mit Freuden gesehen, weil bisher die Gehälter unverhältnißmäßig gering waren im Vergleich zu denen anderer Staaten. Jeder, der Gelegenheit gehabt hat, das aus eigener Anschauung kennen zu lernen — und ich habe diese gehabt in Konstantinopel, Paris, Florenz, London — muß sich überzeugen, daß falls die betreffenden Gesandten nicht selbst wohlhabende Leute sind, sie kaum ihrer Stellung gemäß auftreten können. Das ist aber eines großen Staates unwürdig, und da gerade dieser Moment, wo das Gebiet des Staates so bedeutend erweitert worden ist, wo wir seit langer Zeit uns wieder einer selbstständigen, kraftvollen, energischen Politik erfreuen, zu der Erhöhung der Gehälter ein äußerst geeigneter ist, so meine ich, werden Sie die Anerkennung, die auch Sie dieser Politik zollen, am besten dadurch bethätigen, daß Sie der von dem Grafen Bismarck vorgeschlagenen Erhöhung der Gehälter beitreten.

Abg. v. Hoverbeck: Auf die Jubelhymne, die wir soeben gehört, will ich nicht weiter eingehen, weil sie nicht zur Sache gehört. Nur um einige Erläuterungen zu den ersten von mir beantragten Punkte zu geben, ergreife ich das Wort. Wir wollen für jede Gesandtschaft einen eigenen Titel haben, weil das wesentlich zur praktischen Einwirkung unsererseits darauf gehört. Ein zweiter Grund aber liegt darin, daß zur Zeit des Budgetkonflikts die Regierung das Recht bestritten, einzelne Titel zu erhöhen, resp. zu verwerfen. Ich bringe das nur zur Sprache, weil das zur berühmten Bekehrung der Regierung von ihren früheren Prinzipien gehört; wie weit dieselbe in dieser Beziehung geht, werden wir ja sehen.

Regierungskommissar v. Keudell: Ich bemerke, daß der Antrag der Regierung unerwünscht ist, und zwar lediglich aus Zweckmäßigkeitsrücksichten.

Abg. Stavenhagen: Wenn Sie sich nach dem von dem Abg. Hoverbeck angeführten Maßstabe durch Specialisirung der Titel eine Einwirkung auf eine Kontrolle über die Regierung verschaffen wollen, so müssen Sie in ganz anderer Weise in den Etat eingreifen als jetzt, wo Sie z. B. in dem Militäretat eine runde Summe von 14 Millionen bewilligen, und ähnliche Posten in anderen Etats. Uebertragungen von einer Legation auf eine andere, die ich allerdings auch für unzulässig halte, liegen entweder nicht im Interesse der Regierung, oder sind doch so winzig, um berücksichtigt zu werden. Soll der Antrag des Abg. v. Hoverbeck Bedeutung haben, so mußte er durch den ganzen Etat mit viel größerer Konsequenz durchgeführt werden. Vereinzelt, wie er vorliegt, lohnt er sich nicht des Streites.

Abg. Dr. Löwe: Der Grund, den der Herr Vorredner gegen den vorliegenden Antrag angeführt, besteht in dem alten Sprichwort: Das Bessere ist größer, als das Gute. Ich bestreite ihm ja gar nicht, daß die Durchführung des dem Antrage zu Grunde liegenden Prinzips sehr vortheilhaft sein würde; aber vielleicht wird er mir zugestehen, daß sich dasselbe in dem ganzen Etat vorläufig nicht gut durchführen läßt, während das hier viel leichter ist. — Ich habe mich aber aus einem anderen Grunde zum Worte gemeldet. Es enthält dieser Etat bedeutende Erhöhungen der Gehälter verschiedener Gesandtschaften; ich gestehe Alles zu, was der Abg. v. Vincke zum Ruhme der auswärtigen Politik gesagt hat, aber es ist doch ungerecht, was er von der Centralstelle gesagt hat, gleich auch auf alle Organe zu übertragen. Ich muß gestehen, daß ich von meinem Standpunkte aus, so groß ich auch die Thätigkeit des Grafen Bismarck anschlage, eine außerordentlich geringe Meinung von der Mithülfe habe, die diese Thätigkeit in den verschiedenen Gesandschaften gehabt hat. Ich meine, daß die Verbindung zwischen beiden nur ein sehr lockeres Band gehabt hat, daß unsere Gesandten über die Intentionen des Ministers gar nicht weiter informirt gewesen sind, so daß sie nicht einmal im Stande waren, den Ausbruch des Krieges vorherzusehen. Ich bin weit entfernt davon, den Herren einen Vorwurf daraus zu machen; ich glaube, der Grund, daß dies nicht geschieht, liegt viel tiefer, nämlich darin, daß die neue Zeit uns Mittel zur Kommunikation des Gedankens und Wortes zur Disposition gestellt hat, die die frühere Zeit, die diese Mittel nicht hatte, anders zu ersetzen suchte. Der Minister hat jetzt nicht mehr nöthig, sich geheimer Chiffreschriften zu bedienen; er hat jetzt ein viel besseres Mittel, den Telegraphen. Es ist wohl der Mühe werth, sich endlich zu überlegen, ob wir immer noch in den alten Geleisen fortfahren wollen. Ich habe die ketzerische Meinung, daß das ganze Gesandtenwesen ein Unwesen ist, das wir über kurz oder lang abschaffen müssen. Zu bestimmten Zwecken werden wir später noch bestimmte Leute hinschicken können, aber an den meisten Stellen ist es vollkommen ausreichend, die jetzigen Geschäfte der Gesandten durch Konsuln bewirken zu lassen. Fragen Sie doch unsere Deutschen im Auslande, was für eine Meinung sie von unseren Gesandtschaften haben, welchen Vortheil sie aus der Vertretung, die sie als Personen haben, ziehen. Soviel ich davon gesehen habe, so besitzt ein reicher Kaufmann eben so viel Einfluß und übt denselben auch aus als der Gesandte. Nehmen Sie doch einmal in Amerika irgend einen bekannten Namen, z. B. meinen Freund Friedrich Kapp, der hat mehr gethan für den Schutz seiner Landsleute und ihr Recht, als jemals ein Gesandter hat thun können. Das ist die eine Seite; die andere noch auffallendere ist, daß wir, indem wir uns anschicken, einen Norddeutschen Bund zu stiften, doch noch die Mühe uns geben, durch besondere Gesandschaften an den betheiligten Höfen mit erhöhten Gehältern unseren Einfluß festzustellen. Das ist ein Widerspruch in sich selbst. Entweder wir schaffen Institutionen, die durch die Einheit der Vertretung hergestellt wird und brechen damit den Eigenwillen dieser Einzelstaaten, so daß wir diplomatische Verhandlungen mit ihnen nicht mehr anzustellen brauchen, oder der Norddeutsche Bund ist gar nicht nöthig. Ich glaube also, daß der Antrag Hoverbeck vollständig durch diese Motive gedeckt ist, und daß es wohl an der Zeit ist, daß die Regierung hierin sparsamere Einrichtungen eintreten läßt, nicht dadurch, daß sie viel Leute hält, sie sie schlecht bezahlt, sondern dadurch, daß sie sie ganz abschafft. Denn gerade die Erfahrungen, die das Ministerium selbst im Jahre an seinem Gesandschaftspersonal gemacht hat, berechtigen es dazu.

Abg. v. Flottwell: Ich bin der Meinung, daß selbst diese erhöhten Etats für die Regierung nicht ausreichen und daß dieselben womöglich noch vermehrt werden müssen. Dem Herrn Löwe möchte ich doch entgegnen, wenn er die Politik des Grafen Bismarck anerkennt, daß die Schule desselben die Gesandtschaftsposten von Frankfurt und Petersburg gewesen sind und daß, wenn durch solche Schule solche Erfolge erzielt werden, die Bemühungen der Diplomaten doch etwas wichtiger sein müssen, als er sie auffaßt. Im Uebrigen, wenn er einmal auswärtiger Minister ist (Oh! Oh! links), so kann es ja möglich sein, daß er dann die geheimen Instruktionen, die er ertheilt, sogleich den Zeitungen überweist. Indessen das kann ich ja nicht wissen; bis das aber eintritt, bis wir die Presse zur Vertreterin unserer auswärtigen Politik machen, bleiben wir, denke ich, bei dem Alten und Bewährten.

Abg. Jung: Ich bin gleichfalls der vom Herrn Abg. Löwe geäußerten Ansicht; aber wir können heute nicht eine solche Reform beantragen oder veranlassen, am wenigsten einem Ministerium gegenüber, das, so kühn auch seine auswärtige Politik ist, in der inneren Politik noch gar keine Kühnheit gezeigt hat. Und so müssen wir wohl bei dem bisherigen Modus bleiben, der darin besteht, daß vornehme Leute an fremde Höfe geschickt werden, um durch möglichst großen Aufwand ihren eigenen Hof zu repräsentiren. Darum bestimmen mich allerdings die angeführten Motive, der beantragten Erhöhung zuzustimmen. Aber das muß ich doch aussprechen, daß nach meiner Meinung in den norddeutschen Staaten kein preußischer Gesandter darf angestellt werden. Ich will nicht beantragen, sie heute zu streichen; bis die Konstituirung erfolgt ist, werden sie wohl noch nöthig sein, aber drücken Sie ihren Wunsch dadurch aus, daß Sie für diese Gesandten alle beantragten Gehältererhöhungen streichen. Hat doch die Regierung einen Mann gefunden, der für das Vergnügen, Generalkonsul zu heißen, in Mailand sich aufhält und dafür gar nichts bezahlt bekommt. Endlich scheinen mir die Gesandtschaften in Süddeutschland viel zu viel zu sein; ein Gesandter in München würde vollständig zureichend sein. Sonst also bin ich für die Vermehrung der Gehälter bei allen großen Gesandtschaften.

Abg. v. Vincke (Hagen): Der verehrte Herr Abgeordnete für Bochum ist von der Gegenwart abgeirrt und hat sich theils in den Pfaden der Gegenwart, theils in denen der Zukunft bewegt. Bei der Vergangenheit hat er geklagt über das geringe Maß von Unterstützungen, die früher in Amerika unsere Landsleute von Seiten unserer Gesandtschaft erfahren haben. Nun das gehört eben zur Vergangenheit, das sind Erfahrungen, die meines Wissens jetzt nicht mehr gemacht werden. Was ferner die Vorwürfe gegen unsere Gesandtschaften betrifft, so glaube ich, braucht man blos die Zeitungen gelesen zu haben, um ihnen das Zeugniß zu ertheilen, daß sie in ganz eminentem Grade ihre Schuldigkeit gethan haben. Dann hat er sich auch in den Kreis der Zukunft begeben, wo die Politik durch die Zeitungen gemacht werden wird. Wir nähern uns allerdings diesem Standpunkt an, aber so lange noch fremde Mächte ihre Gesandten hier verweilen lassen, nöthigen uns Rücksichten, sowohl der Etiquette, wie des eigenen Interesses, ebenfalls Gesandte zu unterhalten, und wenn das der Fall ist, so müssen diese in den Stand gesetzt sein, derartig aufzutreten, wie es der Würde unseres Staates geziemt. Eben so, glaube ich, müssen wir, so lange der Norddeutsche Bund noch nicht vollendet ist, uns in doppelter Weise der bei den verschiedenen Regierungen desselben akkreditirten Gesandtschaften bedienen.

Ebenso, meine ich, ist für die süddeutschen Staaten ein einziger Gesandter in München durchaus nicht genug, schon der Verschiedenheit der Volksstimmung wegen, wie sie beispielsweise in München und in Stuttgart herrscht. Da hier übrigens so viel von praktischen Erfahrungen die Rede, so will auch ich eine anführen, ich will Ihnen in der Nähe meiner Heimath liegenden Staat Schaumburg-Lippe, nennen; in diesem Staate, der jetzt die Ehre hat, zum Norddeutschen Bunde zu gehören, haben wir keine Vertretung gehabt, der die Thätigkeit der dortigen Regierung bewachte. Einige Tage nun vor dem 14. Juni hatte der Fürst seine Truppen auf dem Bahnhofe versammelt und erklärte ihnen dort, daß sie unter allen Umständen mit Oestreich im Bunde kämpfen würden. Als daher nach der bekannten Abstimmung des Herrn Viktor von Strauß Preußen auf diesen Staat aufmerksam wurde, und darauf der Umschwung in der Politik von Bückeburg eintrat, zugleich auch den betreffenden Angehörigen seiner Armee, die in Mainz sich befanden, dies erklärt wurde, glaubten die das nicht, indem sie erwiderten, das hätte ihnen ihr Fürst ganz anders gesagt. Ich glaube nun, wenn wir einen Vertreter in Lippe gehabt hätten, so hätten wir all diese böse Absichten erfahren, und Schaumburg-Lippe hätte jetzt die Ehre, zum preußischen Staat zu gehören. (Heiterkeit.) Nun exemplifiziren Sie vom minus ad majus, und Sie werden sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß wir auch in Süddeutschland mehr als einen Gesandten brauchen. — Unsere Gesandten haben bisher neben denen der andern Großmächte stets eine untergeordnete Stellung eingenommen. Eine Zeit lang haben wir das ertragen können, aber nach den Ereignissen dieses Sommers ist das unmöglich geworden, und sie bedürfen der vorgeschlagenen Gehaltserhöhung. Auch mit diesen Erhöhungen werden sie immer noch schlechter dastehen, als die des besiegten ruinirten Oestreichs. Ich werde für alle Positionen stimmen. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Dr. Löwe (zur persönlichen Bemerkung): Sowohl der letzte Redner wie Herr von Flottwell haben von mir verstanden, daß ich mittelst der Presse vorschlage, Diplomatie zu treiben. Ich habe meines Wissens nicht davon gesprochen; ich würde das daher, wie manche andere irrthümliche Auffassung von dem, was ich gesagt, übergehen, wenn ich nicht die Gelegenheit benutzen wollte, meine große Mißbilligung über den Mißbrauch auszudrücken, die man mit der Presse in den diplomatischen Verhandlungen getrieben hat. Es war Sitte, mit der Presse Diplomatie zu treiben, und ich glaube, das ist eben keine gute Sitte.

Die Einzelansätze dieses Kapitals kommen demnächst zur Berathung. Der Ansatz für Karlsruhe und für Konstantinopel wird ohne Debatte genehmigt. Für den Gesandten in Darmstadt ist eine Gehaltserhöhung von 4000 auf 8000 Thlr. veranschlagt. Darüber erhebt sich eine Diskussion.

Abg. Dr. Waldeck gegen die Erhöhung: Die Stellung Hessen-Darmstadts, das theilweise nur zum Norddeutschen Bunde gehört, ist auf die Länge nicht haltbar. Bei den Höfen des Norddeutschen Bundes wird, wie ich hoffe, später überhaupt kein preußischer Gesandte mehr nöthig sein, ich beantrage nicht die Aufhebung dieser Posten schon für jetzt, stimme aber gegen die Erhöhung ihrer Gehälter. Ich theile die Ansicht nicht, welche der Abgeordnete v. Vincke vorher in Bezug auf den von ihm berichteten Vorfall in Bückeburg äußerte, denn hätte Preußen auch einen Gesandten dort, so frägt es sich immer noch, ob dieser den Vorfall hierher gemeldet hätte, und nun noch mehr, ob man hier darauf Gewicht gelegt hätte. Das Verhalten Bückeburgs ist bekanntlich seit viel längerer Zeit schon ein solches, daß die Annexion auch dieses Landes gerechtfertigt gewesen wäre. Was die Ansicht des Abg. Löwe betrifft, so glaube auch ich, daß die Gesandten an den Höfen über die Stimmung im Volke nichts berichten, da sie keine Kenntniß davon haben, denn sie verkehren in Kreisen, welche sich vom Volke abschließen und gewöhnt sind, sich um dessen Stimmung nicht zu kümmern. Darin ist die Diplomatie weit überflügelt von der Telegraphie und von der Presse.

Abg. v. Vincke (Hagen): Der Abg. Dr. Löwe wird nun eingesehen haben, daß er sich mit seinem Proteste gegen die Ansichten, die ich ihm untergelegt haben sollte, an eine unrichtige Adresse gewendet hat, da der Herr Vorredner selbst dieselben eben so aufgefaßt hat. Dagegen theile ich allerdings die Meinung des Abg. Löwe nicht, als wenn die Gesandschaftsposten nur dazu da wären, um den Söhnen vornehmer Familien-Versorgung zu gewähren. Was den Unterschied betrifft, welchen man hier zwischen der Stimmung verschiedener Volksklassen hat machen wollen, so erinnere ich nur daran, daß in dem sonst in Standesunterschieden äußerst exklusiven England alle Kreise und alle Klassen jetzt in der Achtung für Preußen übereinstimmen. Die Doppelstellung, in der Hessen-Darmstadt sich befindet, erkenne auch ich an, aber ich schöpfe aus ihr das schlagendste Argument für Bewilligung der Gehaltserhöhung, denn diese politischen Verhältnisse machen die Stellung unsres Gesandten nur um so schwieriger und um so mehr brauchen wir einen tüchtigen Mann auf diesem Posten und deßhalb muß der Posten auch äußerlich gut ausgestattet sein.

Abg. v. Karlowitz schließt sich der Ansicht an, daß für eine Verbesserung dieses Gehaltes kein Grund vorliege.

Abg. v. Bunsen ist für die Erhöhung im Hinblick auf den neueren bedeutsamen Vorgang, daß Sachsen seine Vertretung in London an Preußen übertragen habe. Das werde hoffentlich in Zukunft häufiger und in ausgedehnterem Maße geschehen und damit sei eine erhöhte Arbeitslast für unsere Gesandschaften verbunden. Auch an den norddeutschen Höfen würden späterhin preußische Gesandte nicht entbehrlich sein, da Energie und Gewandtheit dort nöthig sein werde, um die so wichtige Einführung der preußischen Militärverhältnisse durchzusetzen.

Ein Schlußantrag, von Seiten der Rechten gestellt, wird angenommen, die Abstimmung ergiebt Majorität für den Regierungsansatz. — Die Position für Dresden wird ohne Debatte bewilligt, ebenso die für Florenz, nachdem Abg. v. Hoverbeck seinen hierauf bezüglichen Antrag (Herabsetzung des Gehalts von 25,000 Thlr. auf die frühere Höhe von 15,000) zurückgezogen hat. Das Gleiche geschieht, ohne Debatte, bei den Positionen für Haag, Hamburg, Lissabon, London, Madrid, München. Für eine in Oldenburg neu einzurichtende Gesandtschaft ist die Forderung von 8000 Thlr. aufgestellt, deren Streichung der Abg. v. Hoverbeck beantragt. Hierüber entspinnt sich eine Debatte. — Abg. Twesten ist anderer Ansicht als der Abg. v. Bunsen, insofern, als er allerdings glaubt, daß in diesem Jahre die preußischen Gesandtschaften an den norddeutschen Höfen noch sehr nothwendig sein werden, später aber hoffentlich nicht. Er ist übrigens für die jetzt in Rede stehende Position, da der Posten eigentlich kein neuer sei, sondern nur in Folge des Eingehens der Gesandschaft in Hannover jetzt selbstständig werde.

Abg. Dr. Waldeck: Ich glaube, daß der Gesandte, welcher für Hamburg, Bremen und beide Mecklenburg angestellt ist, sehr wohl gleichzeitig die Geschäfte in Oldenburg wahrnehmen könnte. Man hat die Schwierigkeiten, welchen die Fürsten des Norddeutschen Bundes noch gegen die preußische Politik erheben könnten, als Grund für die Gesandtschaften angeführt, aber ich glaube, daß solche Schwierigkeiten am wenigsten bei Oldenburg zu erwarten sind. Weit mehr ist das bei Mecklenburg und dessen Rittern zu erwarten, wenn hier der Hamburgische Gesandte für ausreichend erachtet wird, wie vielmehr nicht für den preußenfreundlichen Hof von Oldenburg? Selber diejenigen, welche Freunde der auswärtigen Politik unseres Ministeriums sind, werden in diese Politik doch nicht sämmtliche Gesandte und Legationssekretäre mit einbegreifen wollen.

Abg. Graf Schwerin: Allerdings billige ich die auswärtige Politik nur im Allgemeinen und entziehe mich darum nicht der genauen Prüfung auch des vorliegenden Etats. Aber eben in Folge dieser Prüfung bin ich für Genehmigung des Postens. Es handelt sich hier um keine neue Stellung, wie schon in Bezug auf Hannover dargethan worden, der Gesandte in Hamburg hat an den Aufgaben, die ebenfalls hier schon hervorgehoben worden, genugsam zu thun, und in Oldenburg bedürfen wir einer besonderen Vertretung, da Preußen z. B. in Bezug auf den Jahdebusen dort mannigfache Interessen zu wahren hat. Wenn erst der Norddeutsche Bund fertig ist, dann wird die Frage nach Aufhebung einzelner Gesandschaftsposten immer noch an uns herantreten. — Der Ansatz wird bewilligt. Dasselbe geschieht ohne jegliche Debatte mit den Positionen für Paris, Petersburg (in besonderer Abstimmung auch der Ansatz für den Militärbevollmächtigten), Rio Janeiro, Rom, Schweiz, Stockholm, Stuttgart, Washington, Weimar, Wien.

Es folgt das Kapitel „Besoldungen und Dienstaufwandsentschädigungen der Konsulatsbeamten". Hierfür hat der Abg. Harkort den Antrag eingebracht, die Regierung zu einer Reorganisation des Konsularwesens aufzufordern. Er begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die große Entwickelung, welche der preußische Seehandel zeige, so führen in den chinesisch-indischen Gewässern jetzt allein über 700 preußische Schiffe. Er hebt ferner hervor, daß andere Seemächte weit mehr Rücksicht auf praktische Erfahrung bei Besetzung solcher Stellen nähmen, es sei durchaus nicht nothwendig, dafür Legationsrath zu sein. Der Antrag Harkort wird angenommen.

Man geht an die Einzelposten, sie werden sämmtlich ohne Debatte nach den Ansätzen der Regierung angenommen, ebenso die folgenden Kapitel: Amtsbedürfnisse, Porto, Reisekosten, Diäten, Unterhaltung der Dienstwohnungen, vermischte Ausgaben. Ein Gleiches geschieht bei den Positionen des Extraordinarium: Entschädigungen für Kursverluste, außerordentliche Kommunikationen, einmalige Unterstützungen für pensionirte Beamte, geheime Ausgaben, sonstige Ausgaben. Zu den einmaligen außerordentlichen Ausgaben übergehend, bewilligt das Haus auch hier ohne jede Debatte den Zuschuß zum geheimen Fonds, den Ansatz zum Ankauf eines Gesandtschaftshotels in Washington, den Ansatz zum Umbau des Ministerialdienstgebäudes, sowie den für Einrichtungen im Pariser Botschaftshause (bei den letztern beiden Posten zieht der Abg. v. Hoverbeck seinen auf Vorlage der Baupläne gerichteten Antrag zurück.)

Vicepräsident Stavenhagen übernimmt den Vorsitz. Es wird zur Berathung des Etats des Finanzministeriums übergegangen und zwar zu den dauernden Ausgaben.

Der Etat des Finanzministeriums schließt in dauernder Ausgabe ab mit der Summe von 8,073,742 Thlr., darunter künftig wegfallend 515,933 Thlr. Diese Summe übersteigt den Voranschlag für 1866 um 1,266,568 Thlr., sie vertheilt sich in folgende Kapitel: Central-Finanzverwaltung, Generalverwaltung der Steuern und Generalstaatskasse mit 290,640 Thlr. (um 100,390 Thlr. höher als im Vorjahre), Allgemeine Wittwenverpflegungs-Anstalt an Zuschuß 717,760 Thlr. (um 1240 Thlr. niedriger als im Vorjahre), Passiva der General-Staatskasse mit 805,850 Thlr. (eine Erhöhung um 114,193 Thlr. gründet sich auf eine Vermehrung vertragsmäßiger Zahlungen aus der Eisenbahnabgabe und dem Eisenbahnaktien-Amortisationsfonds), Pensionen und Kompetenzen mit 2,473,452 Thlr. (um 8695 Thlr. höher als im Vorjahre — der Pensions-Aussterbefonds ist um 30,000 Thlr. niedriger veranschlagt, höher dagegen der Civilbeamten-Pensionsfonds um 20,000, der Gnadenpensionsfonds um 10,000 Thlr. u. s. w.), Ober-Präsidien und Regierungen mit 1,863,320 Thlr. (um 15,450 Thlr. höher als im Vorjahre, hauptsächlich in Folge einer Verstärkung des Fonds für sonstige Ausgaben),

Rentenbanken mit 141,320 Thlr. (um 1170 Thlr. geringer als pro 1866), Depositenkasse für den Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Köln mit 1200 Thlr. (nur 50 Thlr. höher als im Vorjahre), Allgemeine Fonds mit 1,780,200 Thlr. (um 1,030,200 Thlr. höher als im Vorjahre), eine Snmme, die für Besoldungsverbesserungen angesetzt ist). — Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben für das Finanzministerium belaufen sich in Summa auf 700,000 Thlr., welche sich vertheilt auf: Domänenverwaltung mit 25,000 Thlr. (welche zu Meliorationen bestimmt sind, während der im Etat für 1866 angesetzte Zuschuß zu dem Domänenbaufonds, 40,000 Thlr., in Wegfall gekommen ist), Forstverwaltung mit 597,000 Thlr. (um 173,500 Thlr. höher als im Vorjahre — wovon 70,000 Thlr. zu Ankauf von Grundstücken, Entlastung der Domänen und Forsten, namentlich durch Ablösung von Passivrenten ausgesetzt sind, 65,000 Thlr. für Entschädigung an den großherzoglich oldenburgischen Fiskus, betreffs des Amts Wildenburger Waldungen), Verwaltung der indirekten Steuern mit 28,000 Thlr. (zu Neubauten, um 10,710 Thaler höher als im Vorjahre), Allgemeine Kassenverwaltung mit 50,000 Thlr. (um 10,000 Thlr. höher als im Vorjahre.) — Ueber die im Vorstehenden resumirken Aenderungen in den einzelnen Positionen geben die Anlagen zum Etat weitere Auskunft, aus der wir Folgendes hervorheben: Die Vermehrung der dauernden Ausgaben in der Centralfinanzverwaltung rührt zu einem großen Theile her von einer Trennung der Geschäfte der Abtheilung III. des Finanzministeriums (Generalverwaltung der Steuern) und der Errichtung einer neuen III. Abtheilung, welche die gesammte Verwaltung der direkten Steuern übernehmen soll, während der III. Abtheilung die Verwaltung der Centralverwaltung der Domänen und Forsten, nachdem der besondere Etat derselben aufgelöst worden ist, sowie endlich durch die auch in den anderen Etats wiederkehrende Erhöhung resp. Gleichstellung des Durchschnittsgehalts der Registratoren. Bei der Position für Oberpräsidien und Regierungen sind die in den früheren Etats schon wiederholt in Ansatz gebrachten beiden neuen Dirigentenstellen in Oppeln und Gumbinnen wieder aufgestellt, deren Nothwendigkeit in einer besonderen Denkschrift ausgeführt wird. Die obenerwähnte Mehrausgabe von 12,100 Thaler für den Posten dieses Kapitels „Sonstige Ausgaben" ist hauptsächlich zu den Versetzungskosten für Regierungsmitglieder bestimmt, welche bisher auf das Hauptextraordinarium der Generalstaatskasse übernommen worden waren, aber wegen ihrer regelmäßigen Wiederkehr jetzt als besonderer Fonds auftreten. Von der unter „Allgemeinen Fons" aufgeführten Summe für Besoldungsverbesserungen sind 980,000 Thlr. für Unterbeamte und 50,200 Thlr. für höhere Beamtenkategorien bestimmt. Die Besoldungsverbesserung der Unterbeamten ist mit dieser Summe nicht abgeschlossen, vielmehr wird ihr Gesammtbedarf auf 1,298,394 Thlr. veranschlagt; es werden daher durch den Etat pro 1868 noch 318,394 Thlr. zu bewilligen sein. Eine besonders beigegebene Uebersicht der von der Gehaltsverbesserung berührten Beamtenkategorien weist für die Unterbeamten Erhöhungen von 15 bis 50 Thlr., in einigen Ausnahmefällen auch darüber nach; die höheren Beamtenkategorien beschränken sich auf die Minister selbst (deren Gehalt von 10,000 auf 12,000 Thlr. steigen soll), auf die Gehälter der Ministerialdirektoren (von 4000 auf 4500 Thlr.), der Oberpräsidenten (von 6000 auf 7000 Thlr.), der Regierungspräsidenten (von 3500 auf 4000 Thlr.), der Regierungs-Vicepräsidenten (von 2800 auf 3500 Thlr.), der Direktoren der Oberrechnungskammer (von 3000 auf 3300 Thlr.), des General-Postdirektors, des Präsidenten des Oberkirchenraths und des Unterstaatssekretärs im Kultusministerium (von 4000 auf 4500 Thlr.), der Vicepräsidenten und des General-Staatsanwalts beim Obertribunal, so wie des Direktors für die katholischen Angelegenheiten im Kultusministerium (von 3500 auf 4000 Thlr.).

Regierungkommissar Mölle erläutert zunächst die einzelnen Positionen und motivirt die Mehrausgaben gegen das Vorjahr, die zum Theil in dem gesteigerten Geschäftsumfange, der auch theilweise durch die neuerworbenen Länder mit veranlaßt, zum Theil darin ihren Grund haben, daß die dritte Abtheilung des Finanzministeriums, die Steuerverwaltung, in zwei Theile getheilt werden soll, und zwar in die Abtheilungen für direkte und indirekte Steuern.

Kap. I. (Central-Finanzverwaltung, Generalverwaltung der Steuern und General-Staatskasse) wird darauf in seinen vier Titeln ohne Debatte genehmigt; ebenso Kapitel II. (Zuschuß zur allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt nach einer kürzeren Motivirung durch den Regierungskommissar.

Zu Kap. III. (Passiva der General-Staatskasse) giebt der Regierungskommissar Mölle wiederum die nöthigen Erläuterungen und erklärt, daß die meisten in dieser Rubrik enthaltenen Ausgaben und speciell die Renten und Entschädigungen an Fürsten und Standesherren für abgetretene Rechte aus rechtlichen Verpflichtungen und Verträgen sich herleiten.

Ueber Titel 1. (Renten und Entschädigungen für aufgehobene Rechte und Nutzungen) wird darauf die Debatte eröffnet.

Abg. Duncker wundert sich, daß der Regierungskommissar die schriftlich eingereichte Anfrage nicht beantwortet habe, wie das Verhältniß der abgelösten und noch abzulösenden Renten sich verhalte. Ein Kapital von 50,000 Thlr. sei hierfür bestimmt, so daß jährlich 2500 Thlr. abgezahlt werden müßten; er vermisse aber in dem diesjährigen Etat den Abgang dieser 2500 Thlr.

Regierungs-Kommissar Mölle erklärte, daß er die verlangte Nachweisung noch nicht habe geben können, da die Ablösungen schon seit dem Jahre 1849 beginnen und die Anfertigung sehr viel Mühe und Zeit beanspruche. Er werde die Nachweisung jedoch anfertigen lassen. Die 2500 Thlr. würden nicht nur zur Tilgung dieses Fonds, sondern auch zur Tilgung von Renten verwandt, die auf anderen Etats stünden, in diesem Jahre wären sie nur des Krieges halber eine Zeit lang zurückgehalten worden.

Titel I. wird sodann in seinen 4 Positionen bewilligt. Zu Titel 2 (Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung verschiedener vom Staate nicht übernommener Provinzial- und Kommunalschulden) nimmt das Wort

Regierungs-Kommissar Mölle: In diesem Titel ist eine Position von 6700 Thalern, enthalten zur Verzinsung und Abtragung der Schulden der Stifter Merseburg und Naumburg. Diese Summe datirt aus einer bestimmt zugesagten Allerhöchsten Bewilligung aus längst vergangener Zeit, und die Budgetkommission hat früher schon einstimmig anerkannt, daß die Summe in Folge einer vollständig rechtsgültigen Allerhöchsten Kabinetsordre unbedingt gezahlt werden muß.

Abg. Dr. Eberty: Ich trage darauf an, diese 6700 Thlr. zu streichen; denn die Uebernahme dieser Post auf die Passiva der Generallandeskasse ist in keiner Weise gerechtfertigt. Die Stifter Merseburg und Naumburg sind nämlich selbst keineswegs mittellos. Die Mittel derselben werden nur nicht auf die rechte Weise verwandt.

Nach dem Edikt vom 30. Oktober 1810 über die Einziehung sämmtlicher geistlicher Güter in der Monarchie sollen alle Klöster, Dom- und andere Stifte von da ab als Staatsgüter betrachtet werden, von da ab keine Anwartschaften ertheilt und Niemand in den Besitz einer Stelle gesetzt werden. Gehörten auch damals Merseburg und Naumburg nicht zur preußischen Monarchie, so wurde doch bei deren Erwerbung von der Krone Sachsen durch den Friedensvertrag vom 18. Mai 1815 der Krone Preußen das jus reformandi vorbehalten und Friedrich Wilhelm III. sprach in der Kabinetsordre vom 21. März 1817 aus, daß die alten Stifter mit der Landesverfassung, dem Wohl des Ganzen, nicht vereinbar seien und nicht fortbestehen könnten, und in der Kabinetsordre vom 31. Januar 1822, daß neue Anwartschaften nicht ertheilt werden sollten. Und demnach sind nicht blos neue Anwartschaften, sondern wirkliche Domherrnstellen, unter Anderen in neuerer Zeit an den General v. Manteuffel, den Oberpräsidenten v. Witzleben, den Präsidenten v. Münchhausen ertheilt.

Dies steht mit der Landverfassung nicht im Einklange.

Bei einer früheren Berathung dieser Post in der Kommission im Jahr 1865 bezog sich die Staatsregierung zu deren Rechtfertigung auf einer Kabinetsordre vom 19. Janunr 1833, in welcher es heißt, „daß zwar keine Gründe des Rechts vorhanden seien, die Stifter von der Anleihe zu befreien," daß aber aus Billigkeitsgründen im Wege der Gnade Mittel dazu bewilligt würden. Diese Kabinetsordre ist indeß nie publizirt.

Abgesehen hiervon, konnte aber auch schon von der Verfassung, nach der Verordnung vom 17. Januar 1820, nur unter Mitwirkung der Hauptverwaltung der Staatsschulden eine Schuld gültig auf den Staat übernommen werden. Solche Mitwirkung hat nicht stattgefunden. Es besteht demnach keine staatsrechtliche Verpflichtung zur Uebernahme dieser Post auf die General-Staatskasse. Als ich diese Angelegenheit in der Sitzung vom 31. Mai 1865 zuerst im Abgeordnetenhause in Anregung brachte, bezog sich die Staats-Regierung nicht wieder auf jene Kabinetsordre vom Jahre 1833, deren staatsrechtliche Wirkungslosigkeit sie wohl anerkennen mochte, sondern auf die Ansprüche von Seiten der Krone Sachsen.

Glücklicherweise sind diese durch den Artikel 20 des Friedensvertrages mit Sachsen vom 21. Oktober 1866 erledigt, denn darin wird das unbeschränkte jus reformandi des Königs von Preußen anerkannt, in der Aufhebung der der Universität Leipzig zugestandenen Berechtigung auf gewisse Kanonikate von diesen Stiftern gewilligt, auf alle Rechte und Ansprüche der sächsischen Regierung oder der Universität Leipzig verzichtet und die Entschädigung aller Berechtigten übernommen.

Die nicht unbedeutenden dorthin fließenden Zahlungen sollen Verwendungen zu Kirchen und Schulzwecken finden. Es werden diese Summen sich vermehren, wenn die ertheilten Anwartschaften und Domherrnstellen als verfassungswidrig widerrufen werden, was geschehen muß, was ich mir zu beantragen, vorbehalte.

Die Stifter haben demnach jetzt jedenfalls hinreichende Mittel, ihre Schulden zu bezahlen, deren Uebernahme auf die Generalstaatskasse unstatthaft ist. Ich bitte Sie deswegen meinem Antrage auf Streichung beizupflichten.

Abg. Graf Schwerin: Die einzige Frage, welche hierbei in Betracht kommen kann, ist die, ob die Kabinetsordre, durch welche jene Verbindlichkeit eingegangen wurde, rechtsverbindliche Kraft hat. Aehnliche Fragen sind schon mehrfach gerichtlich entschieden worden und die Gerichte haben sich in diesen Fällen für die Zahlungspflicht des Staates ausgesprochen. Wir können die Summe also nicht absetzen.

Abg. v. Karlowitz ist der Ansicht, daß nach dem Friedenschluß mit Sachsen, worin jenes Land auf gewisse Leistungen aus jenem Fonds verzichtet, die Beiträge wegfallen müssen. Es wäre endlich Zeit, solche Mißbräuche abzuschaffen. Der preußische Staat dürfe nicht dazu beitragen, einzelne Leute ganz unverdient zu bereichern.

Regierungskommissar Mölle hebt nochmals hervor, daß die durch die Kabinetsordre übernommene Verpflichtung rechtsverbindlich sei und erfüllt werden müsse.

Abg. Dr. Eberty: Der Herr Graf Schwerin hat seine sonstige Sorgfalt meiner Rede gegenüber, in der Glied für Glied zusammenhängt und deren Zusammenhang zu durchbrechen ihm nicht möglich sein wird, nicht angewendet. Jene Kabinetsordre widerspricht der Verfassung und es ist Sache des Volksvertreters, das Recht auf jedem bedrohten Punkte, also auch in dieser Frage zu wahren. Ist doch die Zeit nicht mehr fern, wo es mit allen diesen Klöstern und Stiften sein Ende haben wird.

Abg. Richter: Ueber die Zweckmäßigkeit der Stifte kann man ganz so denken, wie der Vorredner; hier aber handelt es sich um eine Gewährung von 6700 Thlr., zu der der Staat verpflichtet ist.

Abg. Graf Schwerin: Bei allem Dank für das Lob der Sorgfalt muß ich dem Herrn Abg. Eberty doch sagen, daß er zwei Dinge mit einander vermischt: die rechtliche Verpflichtung des Staates und die angemesse Verwendung der Fonds. Im Uebrigen wünsche ich mit ihm, daß bald gar keine Domherren mehr ernannt und die Einkünfte der Stifte für Kirchen und Schulen verwendet werden.

Der Posten wird darauf genehmigt.

Die Vorberathung wendet sich darauf dem Abschnitt IV. (Pensionen und Kompetenzen) zu, den Regierungskommissar Mölle eingehend erläutert. Dieser Abschnitt schließt ein die Pensionen für Civilbeamte 2,100,000 Thlr.; zur Unterstützung von Beamten des Finanzministeriums, ihrer Wittwen und Waisen 48,300 Thlr.; Gnaden-Pensionsfonds 70,000 Thlr.; Karenz-Unterstützungen 36,000 Thlr.; Wartegelder für Civilbeamte 59.152 Thlr. 21½ Sgr. und den Pensions-Aussterbefonds 160,000 Thlr.

Zu dem Tit. 5 dieses Abschnitts (Wartegelder für Civilbeamte) verlangt das Wort der Abg. Duncker: Zu den unter dieser Rubrik aufgeführten Beamten gehören fünf Polizeidirektoren und unter diesen auch Herr Stieber, der nach dem „Staatsanzeiger" Geheimer Rath geworden ist. Während des letzten Krieges war er Chef der Feldpolizei und mag da ganz an seiner Stelle gewesen sein. Es verlautet aber jetzt, daß er in der Civilverwaltung der neu erworbenen Provinzen, speziell in Hannover, Verwendung finden soll und das scheint insofern glaublich, als nach den Zeitungen kürzlich ein ein Arbeiterverein in Hannover aufgelöst wurde, weil in ihm die Frage aufgeworfen wurde: was ist ein preußischer Provinziallandtag? (Heiterkeit.) Es wäre doch nicht wohlgethan, die Firma Stieber und Wermuth in Hannover etabliren, und ich möchte von der Regierung darüber gern eine Beruhigung zu erhalten.

Reg.-Kommissar Mölle: Ueber die Verwendung des auf Wartegelgesetzten Polizeidirektor Stieber in der Civilverwaltung ist im Ressort des Finanzministeriums nichts bekannt. (Heiterkeit.)

Die 6 Titel des vierten Abschnitts werden darauf genehmigt.

Präsident v. Forckenbeck will um drei Uhr in der Vorberathung fortfahren, aber der Ruf nach Vertagung ertönt von allen Seiten. Der Saal ist schon ziemlich dunkel und die Atmosphäre unerträglich. Die Sitzung wird daher geschlossen und die nächste auf Montag 1½ Uhr angesetzt. (Tages-Ordnung: Grundsteuer-Regulirungskosten und Petitions-Bericht.) Am Dienstag 10 Uhr und die folgenden Tage wird mit der Vorberathung des Etats fortgefahren, so daß die Etats der Ministerien der Finanzen, des Handels, der Justiz des Innern, und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten innerhalb der nächsten Woche erledigt sein können.

— Bei der letzten namentlichen Abstimmung, welche am Freitag im Abgeordnetenhause über die Bewilligung der 31,000 Thlr. Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke stattfand, haben, nach amtlichem Ausweise, folgende Abgeordnete gefehlt:

Baur, Caspers, Cetto, Chomse, Dekowski, v. Götz, beide v. Grävenitz, Groote, Herrmann, Hoffmann (Jüterbogk), v. Kleinsorgen, Maranski, Michaelis (Stettin), Motty, Pietzker, Reichensperger, Gr. Renard, Rondé, v. Roon, Gr. v. d. Schulenburg (Czarnikau), Schulte-Westhoff, Schwartz, Seubert, v. Skal, v. d. Stranten, v. Sulimierzki, Szuldrzynski, v. Taczanowski, v. Tschirschky, v. Waligorski, Waitze, Willich, Dr. Wuttke, v. Zoltowski (Buk), v. Zoltowski (Fraustadt). Im Ganzen 36 Abgeordnete.

Krank sind: André (heute ins Haus eingetreten), v. Gerlach (Gardelegen), Gestich, v. Zychlinski. 4 Abgeordnete.

Beurlaubt sind: Dr. Alscher, v. Berg, Bering, Bertram, Bresgen, v. Chlapowski, Cornely, Coupenne, Dahlmann, Deutz, v. Eichhorn, Ellering, Falkenberg, v Hippel, Hübner, Dr. Hummel, Krieger (Goldap), Lautz, Lorenz (Heiligenstadt), v. Lyskowski, Nitschke, Frhr. v. Nordenflycht, Frhr. v. Patow, Pilaski, Gr. v. Potulicki, Gr. v. Praschma, Rautenstrauch, v. Salisch, v. Salzwedel, v. Saucken-Tarputschen, Gr. v. d. Schulenburg (Salzwedel), Frhr. v. Seherr-Thoß, Senff, Gr. zu Solms, Weese, Winkelmann, Wolff. 37 Abgeordnete.

— Die Fraktion der Altliberalen hat ihren Vorstand gewählt. Derselbe wird von den Abgeordneten Dr. Simson und Freiherrn v. Vincke (Hagen) als Vorsitzenden und Fubel als Schriftführer gebildet. Der Abg. Hasenclever, welcher in das Haus eingetreten ist, hat sich dieser Fraktion angeschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. Nov. [Stadtverordneten-Wahlen.] Wir machen wiederholt auf die heut Abend in vier verschiedenen Lokalen stattfindenden Vorwahlen behufs Durchbringung von vier aus denselben hervorgehenden Kandidaten der 3. Abtheilung noch besonders aufmerksam. Wir zweifeln nicht daran, daß namentlich auch die große Zahl steuerpflichtiger Beamten neben unseren übrigen Mitbürgern zunächst am Mittwoch regen Antheil an den Wahlen nehmen werde, und daß sie, weil der Wahltermin jetzt abweichend nur von 10 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags dauert, für kurze Zeit Dispens von ihren Amtsgeschäften erhalten werden.

Die Vorwahlen für die zweite und erste Abtheilung finden Dienstag und resp. Mittwoch Abend im Handelssaale statt.

Dem §. 17. der Städteordnung zufolge können Beamte und Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Städte ausgeübt wird, Gemeindebeamte, Geistliche, Elementarlehrer, polizeiliche und richterliche Beamte, sowie endlich Staatsanwälte zu Stadtverordneten nicht gewählt werden.

Man kann unter solchen Umständen, wenn es sich um die Heranziehung tüchtiger Kräfte aus dem Beamtenstande handelt, sein Augenmerk nur auf Mitglieder etwa folgender Behörden und Institute richten: der Provinzialsteuerdirektion, der Generalkommission, der beiden Postdirektionen, des Hauptsteueramts, der Landschaften, der beiden Gymnasien und auf das Personal der subalternen Beamten, so weit diese zur Bearbeitung von Kommunalsachen nicht berufen sind.

— Der Herr Appellationsgerichts-Vice-Präsident de Rège ist (vorläufig in Vertretung) als Unter-Staats-Sekretair ins Justiz-Ministerium berufen worden.

— Der ehemalige Kleriker Nawrocki, wegen Theilnahme am polnischen Aufstande von 1863 zur Ableistung seiner Militärpflicht in eine Arbeiter-Kompagnie zu Torgau eingestellt, ist, obgleich der Allerh. Amnestie-Erlaß auf ihn nicht Anwendung fand, jetzt auf königl. Befehl dennoch aus der Arbeiter-Kompagnie in die Heimath entlassen worden. In der letzten befinden sich jetzt aus gleicher Ursache noch drei Polen, die ebenfalls ihrer baldigen Entlassung entgegensehen.

— [Theater.] Die gestrige Wiederholung des hübschen Lustspiels: Eine Partie Piquet war eine recht gelungene, wenngleich der Chevalier Rocheferrier sich bei dem vollgepfropften Hause zu einigen Zugeständnissen an das Sonntagspublikum hinreißen ließ. Der „höfliche Mann", der unseres Wissens zum ersten Mal die hiesige Bühne betrat, war von recht guter Wirkung, doch war das Publikum durchaus nicht auf den Siedepunkt zu bringen, hielt sich aber immer über Null. Ebenso in „Johann von Paris", über den bei der in sicherer Aussicht stehenden Wiederholung berichtet werden wird.

— d— Konzert im neuen Musiksaale, Wilhelmsplatz Nr. 12. Das zum Besten der National-Invaliden-Stiftung gegebene Konzert, in welchem der Pianist Herr Ehrlich aus Berlin mit größter entsagender Bereitwilligkeit konzertirte, und in welchem mehrere Dilettanten aus den vornehmsten Kreisen mitwirkten, bot in seinen Einzelheiten dem engen Zuhörerkreise, neben der künstlerischen Leistung des Herrn Ehrlich (auf welche an anderer Stelle d. Bl. näher eingegangen werden wird) äußerst interessante Details, welche den Beweis lieferten, wie erfolgreich die Beschäftigung mit der Muse wird, wenn sie ernst und in dem Streben, die Flachheit und Oberflächlichkeit zu verleugnen, gepflegt wird. — Das Programm brachte außer den Klaviernummern des Herrn Ehrlich für Gesang: Rilla-Ballata von Gordigiani. Lockung von Dessauer. Am Meere von Schubert. Für Violine: Rêverie von Vieuxtemps. Märchen und Dorflied von Hauser. — Herr Kommissionsrath Falk hatte seinen äußerst geschmackvoll ausgestatteten Saal zur Verfügung gestellt. Zu bedauern ist es, daß nicht einmal sämmtliche Plätze besetzt waren.

— [Weihnachtsausstellung.] Wie in den beiden vorhergehenden Jahren so wird auch diesmal von einer Anzahl hiesiger Gewerbtreibender und Kaufleute, Mitglieder des Handwerkervereins, unter Leitung der Herren Uhrmacher Günther und Kaufmann H. Mögelin eine Ausstellung, verbunden mit einem Verkaufsbazar, zum Weihnachtsfeste arrangirt. Der vorjährige Saal im Hôtel de Saxe, welcher vollständig renovirt worden, ist für die diesjährige Ausstellung gewählt, wo dieselbe schon am 6. December eröffnet wird. Die Dekoration des Saales hat Herr Kunstgärtner Meyer unentgeltlich übernommen.

Die Anzahl der Aussteller, die sich im vergangenen Jahre auf 40 belief, ist diesmal auf 36 hauptsächlich aus dem Grunde verringert worden, damit die einzelnen Abtheilungen mehr Raum, sich auszudehnen, gewinnen. Es sind in der diesjährigen Ausstellung vertreten: Bildhauer Sametzki, Goldarbeiter Gumpert, Mechaniker Gaebler, Uhrmacher Günter, Graveur Ehlert, Büchsenmacher Hoffmann, Gürtler Schönecker, Klempner Klug und Schütz, Pianofortefabrikant Kirst, Drechsler Apolant, Tischler Busch, Bürstenmacher Braun, Korbmacher Dreßler, Strohhutfabrikant Lange, Buchbinder Kohlschütter und Nicklaus, Sattler Jaensch und Stange, Handschuhmacher Giernat und Schönbrunn, Kürschner Schulz, Tapezier Basch, Schuhmacher Bartsch, Kappler und Krause, Schneider Ehlert, Weißwaarenfabrikanten Heinze und Nückel, Pfefferküchler Bamberg, Delikatessenhandlung Fromm, Parfümeriefabrik H. Mögelin, Cigarrenhandlnng Charles Kaul, Glas- und Porzellanhandlung Moebius, Spielwaarenhandlung Wunsch (Breitestraße,) Buchhandlung Jolowicz.

Beim Schlusse der Ausstellung, der am Ende des k. Mts. geschieht, findet wieder eine Prämienvertheilung zu Gunsten des Publikums statt. Zu dieser Prämienvertheilung werden Loose à 10 Sgr. bei den Herren Drechsler Apolant (Wasserstr. 6), Graveur Ehlert (Breslauerstr. 32), Schneidermeister Ehlert (alter Markt), Uhrmacher Günter (Friedrichsstr.), Kaufmann H. Mögelin (Bergstr.), Kohlschütter (alter Markt), Wunsch (Breitestr.) verkauft. Diese Loose berechtigen zugleich für den permanenten Besuch der Ausstellung. Das einmalige Entrée kostet 2½ Sgr.

— Die Thurmuhr des Rathhauses leidet ihres Alters wegen schon an bedeutenden Mängeln und Schwächen, weshalb sie nicht selten hinter der richtigen Zeit zurückbleibt. Die Erklärungen der Fachmänner gehen nun dahin, daß mit der Uhr entweder ganz gründliche Reparaturen, die einige Hundert Thaler kosten würden, vorgenommen werden müssen, oder, was entschieden vortheilhafter ist, das Werk vollständig erneut werden muß. Die Kosten eines ganz neuen Werkes werden sich vielleicht auf 4 bis 500 Thaler belaufen. Zifferblätter und Zeiger, die vor wenigen Jahren erst vom Vergolder Höven gut renovirt worden sind, würden verbleiben können. Im Schooße der städtischen Verwaltung ist die Stimmung für eine neue Thurmuhr, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß bald nach Neujahr eine Konkurrenz dieserhalb ausgeschrieben wird.

— In der Küche eines Bewohners der Langenstraße erschien vor wenigen Tagen ein Schornsteinfeger. Unter dem Vorgeben, daß er beim Schornsteinfegermeister A. in Arbeit stehe, welcher die Reinigung dieses Hauses habe, wurde ihm das Reinigen der Röhren gestattet. Nachdem er sich entfernt hatte, fehlten dortselbst mehrere Gegenstände, unter Anderem auch ein Paar neue schwarzlederne Schnürschuhe. Auch ehegestern wiederholte derselbe Geselle in der Bäckerstraße dasselbe Manöver und stahl aus einer offen gewesenen Kammer 6 L. R. gezeichnete Mannshemden im ungefähren Werthe von 12 Thalern. — Wie man hört, soll es der Polizei gelungen sein, dem Diebe auf die Spur zu kommen.

// Kosten, 25. Novbr. Zur schnelleren Beförderung der massenhaft zur Bahn andringenden Güter ist jetzt auf der Strecke Breslau-Posen für die nächsten sechs Tage ein Extra-Güterzug eingelegt, der hier Abends 9 Uhr hinter dem Personenzuge passirt. — Am 23. d. Mts. überbrachte ein Komité des landwirthschaftlichen Vereins für den Kosten-Fraustädter Kreis dem Oekonomie-Direktor Herrn Lehmann auf Nitsche den aus Anlaß der von ihm gefeierten silbernen Hochzeit ihm von dem Verein verehrten Pokal, ein mit den Emblemen der Landwirthschaft sinnig geziertes Kunstwerk, welches in Berlin angefertigt worden ist. Der Tag der Ueberreichung wurde von dem Jubilar mit seinen Freunden und Nachbarn beim heiteren Mahl gefeiert.

⊙ Pinne, 25. Nov. Zur großen Freude der hiesigen Einwohnerschaft, namentlich des Handel treibenden Theils derselben, beginnt mit dem heutigen Tage die hiesige Telegraphenstation, wenn auch vorerst mit beschränktem Tagesdienst, ihre Thätigkeit.

In der Kreisstadt Wongrowiec wird am 5.—6. Dezember c. ein Jahrmarkt, statt des im September c. ausgefallenen, abgehalten.

§ Rawicz, 21. Novbr. [Kleine Notizen.] Unserer Schneider-Innung ist eine eigenthümliche, jedoch gewiß erwünschte Weihnachtsbescherung zugedacht worden. Es ist ihr nämlich von Seiten des 50. Regiments der Auftrag zu Theil geworden, 3000 Beinkleider bis zum 1. April k. J. anzufertigen. — Eine in Bojanowo innerhalb der dortigen Gemeinde zu Gunsten der National-Invaliden-Sitfung veranstaltete Kollekte hat einen Ertrag von 11 Thalern ergeben, welche bereits an den Schatzmeister der erwähnten Stiftung, Kommerzienrath Krause in Berlin, abgegangen ist. Der Patriotismus der dortigen Gemeinde verdient eine um so größere Würdigung, wenn man erwähnt, daß dieselbe nur aus 27 kontribuirenden Mitgliedern besteht. — Meine neuliche Mittheilung, wonach Bojanowo des Institutes der Gerichtstage vom künftigen Jahre ab verlustig gehen soll, hat sich bestätigt. Denn in der letzten Nummer des Kreisblattes macht das hiesige Kreisgericht die Termine der 1867 in Jutroschin abzuhaltenden Gerichtstage bekannt, während Bojanowo nicht erwähnt wird.

(Eingesandt.)

Sollte man es wohl für möglich halten, daß seit 3—4 Jahren die evangelischen Kinder von drei in Posens nächster Nähe gelegenen Ortschaften: Czer-

wonak, Kliny und Kicin ohne jeglichen Schul- also auch Religionsunterricht aufwachsen? In den beiden ersten Orten sind vor 3—4 Jahren die Schulgebäude abgebrannt und damit der Unterricht der Kinder, an welchem auch die aus Kicin Theil nahmen, abgebrochen. Zwar ward später beabsichtigt, in dem zwischen Czerwonak und Kliny liegenden Kicin eine neue Schule zu gründen, doch blieb es bis jetzt bei der Absicht und die Kinder verwahrlosen immer mehr und mehr.

Besondere Würdigung

verdient die neue Erfindung, welche schon bei Tausenden von segensreicher Wirkung gewesen, nämlich der **Kräuterhaarbalsam Esprit des cheveux** von **Hutter & Comp. in Berlin**, Depôt bei ***Herrmann Moegelin*** in **Posen**, Bergstraße Nr. 9., welcher allen Haarbedürftigen gewissenhaft empfohlen werden kann; durch seine vegetabilischen Stoffe ist er im Stande, da, wo das Haar stark im Ausfallen begriffen ist, ein neues naturwüchsiges zu erzeugen. Beweise haben wir, neben nachfolgendem, in tausend anderen Fällen aufzuweisen.

☞ In Folge rheumatischen Leidens und später erfolgter Kopfrose wurde ich durch enormes Ausfallen der Haare fast ganz kahlköpfig, so daß ich, um mich vor Erkältung zu schützen, fast immer bedeckt gehen mußte. Gegen dieses Uebel nun gebrauchte ich den **Hutter**'schen **Haarbalsam**, und zwar in 3 Flaschen à 1 Thlr. mit so gutem Erfolge, daß ich schon nach drei Monaten einen vollständigen kräftigen Haarwuchs wieder hatte, was mich zum innigsten Danke gegen die Herren **Hutter & Co.** verpflichtet.

☞ **Erbach**, den 16. Oktober 1866.

☞ ***von Beindinger***, Forstmeister.

Angekommene Fremde.

Vom 26. November.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Prawitz und Goltreider aus Stettin, Ardant aus Lyon und Kayser aus Krefeld, die Gerichts-Assessoren Sethe aus Potsdam, Röder und Dr. Eckert aus Schroda, Lieutenant Patrunky aus Samter, Premierlieutenant v. Anker aus Berlin, die Rittergutsbesitzer v. Reinicke aus Glogau, Radolinski aus Crefeld, Kennemann aus Klenka, Wirth aus Lopienno und Scheller aus Maniewo.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Wendt und Fränkel aus Berlin, Lewin aus Rogasen, Sandberg aus Hamburg, Weimann aus Magdeburg und Fischer aus Elbing, Gutsbesitzer Banachowicz a. Aniolka.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Bojanowski nebst Töchtern aus Ostrowieczno, Oberförster Fischer aus Kikowo, Major Arend nebst Familie aus Posen.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Prądzynski aus Siemianowo, v. Skrzydlewski aus Mikoszyn und Hoffmann a. Kowalski.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Buchowski nebst Frau aus Pomarzanki und v. Chrzanowski aus Bronifzewo, Gutspächter v. Laskowski aus Smogulec, Kaufmann Israel aus Pinne, Eigenthümer Wackermann aus Rogasen, Rechtsanwalt v. Gromadzinski aus Grätz, Landwirth Staneski aus Granowo, Dr. Laskowski aus Wongrowitz.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Mlecki nebst Familie aus Ostrowko, v. Chlapowski nebst Frau aus Rothdorf und v. Stablewski aus Dlonie, die Partikuliers v. Czerkaski nebst Sohn aus Breslau und Schönfeld aus Dresden, Kaufmann Bauch aus Glogau, Fabrikant Schmidt aus Glauchau.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Echard aus Berlin und Levy aus Inowraclaw, Administrator Neubelt nebst Frau aus Kobelnik, Rittergutsbesitzer v. Kropinski aus Orchowo, Gutsbesitzer Pillarde nebst Frau aus Skrzynice, Kommissarius v. Wessolowski aus Wargowo, Bürger Petznik nebst Frau aus Konin, Postbeamter Merdas aus Grätz, Professor Geiswillier aus Paris, Hauslehrer Scholz aus Turkowo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Stadtverordneten-Vorwahl.

Die Wähler der **zweiten Abtheilung** (700 Thlr. Einkommen bis etwa 1400 Thlr.) wollen sich zur Vorwahl von **vier** Stadtverordneten

Dienstag Abends 6 Uhr im Handelssaale,

die Wähler der **ersten Abtheilung** (1600 Thlr. Einkommen und darüber), dagegen

Mittwoch Abends 6 Uhr im Handelssaale

zur Vorwahl von **sechs** Stadtverordneten gefälligst pünktlich einfinden.

Der Wahlbezirk für die zweite und erste Abtheilung umfaßt das ganze Stadtgebiet.

Stadtverordneten-Vorwahl.

Im ersten Wahlbezirk der **dritten Abtheilung:**

Alter Markt, Breite-, Schuhmacher-, Dominikaner-, Nasse-, Juden-, Krämer-, Wronker-, Schloß-, Franziskaner-, Waisen- und Neuestraße

findet die Vorwahl

Montag den 26. November, Abends 8 Uhr

im ehemals Kraetschmann'schen Lokale, Wronkerstraße;

Im zweiten Bezirk:

Büttel-, Wasser-, Schlosser-, Kloster-, Ziegen-, Tauben-, Breslauer-, Schul-, Thor-, Allerheiligen-, Grün-, Lange-, Schützen-, Halbdorf-, Garten-, Bäcker- und kleine Ritterstraße, Neuer Markt, Fischerei 2c.

Montag den 26. d. M., Abends 8 Uhr

im Saale des *Hôtel de Saxe*;

Im dritten Bezirk:

St. Martin-, Wilhelmsstraße, Wilhelmsplatz, Wall-, Berg-, Berliner-, Mühlen-, Friedrichs-, Königs-, Ritter-, Linden-, St. Adalbertsstraße, Przepadek, Magazinstraße, Kanonen-, Sapiehaplatz und Neustädtischer Markt

Montag den 26. d. M., Abends 6 Uhr

im Zychlinski'schen Lokale in der Friedrichsstraße;

Im vierten Bezirk:

Große-, kleine Gerber-, Sand-, Schifferstraße, Columbia, Wallischei, Zagorze, Venetianerstraße, Damm, Ostrowek, Schrodka, Zawade und St. Roch

Montag den 26. d. M., Abends 7 Uhr

im Handelssaale am Alten Markt

statt.

Die Wähler der dritten Abtheilung bestehen zumeist aus allen Einwohnern, welche von einem Einkommen von 100 bis etwa 700 Thlr. besteuert sind. Dieselben werden hiermit ersucht, sich zu den Vorwahlen am Montage gefälligst praecise einzufinden.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der Großherzoglich Posenschen Pfandbriefe werden hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß die Verloosung der pro Johanni 1867 zum Tilgungsfonds erforderlichen 4prozentigen Pfandbriefe

am 19. Dezember d. J.

früh 9 Uhr

in unserem Sitzungssaale stattfinden, und daß die Liste der gezogenen Pfandbriefe an demselben Tage in unserem Lokale und den folgenden Tag nach der Ziehung an den Börsen in Berlin und Breslau ausgehangen werden wird.

Posen, den 19. November 1866.

General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für die städtischen Kranken-Anstalten und Waisenkinder für die Zeit vom 1. Januar bis Ende Dezember 1867 erforderlichen Wäsche, der Leinen- und Baumwollen-Stoffe, sowie der Tuche, soll im Wege der Submission an den Mindestfordernden vergeben werden.

Zu diesem Zwecke steht

am 4. Dezember d. J.

Vormittags 11 Uhr

vor dem Bürgermeister Herrn **Kohleis** Termin an.

Die Lieferungsbedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 13. November 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des benöthigten Heues und Strohes für den städtischen Marstall auf das Jahr 1867 soll dem Mindestfordernden überlassen werden.

Der Lizitationstermin hierzu steht

auf den 29. d. Mts.

Vormittags 11 Uhr

im Saale des Rathhauses an, wozu Lieferungslustige eingeladen werden.

Die Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 20. November 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Registrators und Journalisten hierselbst, mit welcher ein monatlicher Diätensatz von 15 Thlr. verbunden, ist vakant und soll unter dem Beding gegenseitiger sechswöchentlicher Kündigung wieder besetzt werden.

Bewerber wollen sich unter Vorlegung ihrer Zeugnisse und eines curriculum vitae binnen 14 Tagen hier melden.

Schneidemühl, den 22. November 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Dienstag den 11. December c. und die folgenden Tage, jedesmal von Morgens 9 Uhr ab, sollen in dem hiesigen königlichen Magazin Nr. IV. auf dem Dom und demnächst in dem königlichen Magazin Nr. I. in der Stadt die Approvisionnementsvorräthe, bestehend in **Erbsen, Graupen,** verschiedenen **Grützen, Reis, Zucker, Pfeffer, Kaffee, Salpeter, Rauchtabak** und **Cigarren,** in größeren Posten, event. jeder einzelne Artikel im Ganzen öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung in Preuß. Cour. verkauft werden.

Die Verkaufsbedingungen werden vor dem Beginn der Auktionen bekannt gemacht werden.

Glogau, den 21. November 1866.

Königliches Proviant-Amt.

Bekanntmachung.

Es sollen folgende im Haushalte des Garnisonlazareths während des Jahres 1867 aufkommende Gegenstände, als:

1) das alte Lagerstroh,
2) die Knochen,
3) die Küchenabgänge

an den Meistbietenden überlassen werden. Kauflustige können ihre Gebote spätestens

am Donnerstag den 29. d. M.

Vormittags 10 Uhr

im Geschäftslokal des Garnisonlazareths, Königsstraße 3/5. entweder schriftlich abgeben oder zu Protokoll erklären.

Posen, den 24. November 1866.

Königl. Garnison-Lazareth-Kommission.

Militair-Arbeit.

Das Westphälische Füsilier-Regiment Nr. 37 will an gute Civilschneider Militär-Arbeiten vergeben; auch können Frauen Drillich- und Leinensachen erhalten.

Anmeldungen sind beim Zahlmeister, Lieutenant ***Loeffel***, Mühlenstraße Nr. 10. zu machen.

Posen, den 24. November 1866.

Die Regiments-Bekleidungs-Kommission.

Brauchbare Schneider (Tucharbeiter),

aber nur solche, können auf längere Zeit **lohnende** Arbeit bei dem 2. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2. sofort erhalten. Näheres ist in der Kavallerie-Kaserne bei dem Regimentsschneider **Schubert** zu erfragen.

Posen, den 21. November 1866.

Königliches II. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2.

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Schrimm,
Erste Abtheilung.

Schrimm, den 15. November 1866.

Ueber das Vermögen des Schnitt- und Kurzwaarenhändlers **S. Krawietz** zu Schrimm ist der kaufmännische Konkurs eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **Emil Siewerth** hierselbst bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 9. Januar 1867

Vormittags 10 Uhr

vor dem Kommissar Herrn Gerichts-Assessor **Naschiński** anberaumten Termine die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände **bis zum 24. Dezember d. J. einschließlich** dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht **bis zum 24. Dezember d. J. einschließlich** bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 9. Januar 1867

Vormittags 10 Uhr

vor dem Kommissar, Herrn Gerichts-Assessor **Naschiński** hierselbst zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte **Bauermeister, Walleiser, v. Lisiecki** und **Karpiński** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Schrimm, den 15. November 1866.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen der Kaufmannsfrau **Hannchen Behrendt** zu Rogasen ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Akkord Termin

auf den 10. Dezember c.

Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar im Sessionszimmer anberaumt worden.

Die Betheiligten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Akkord berechtigen.

Rogasen, den 17. November 1866.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.
Der Kommissarius des Konkurses.

Proclama.

Es ist die Todeserklärung folgender Personen beantragt:

1) des **Hilarius Melchior Sauermann**, der am 15. Januar 1797 geboren, im Jahre 1848 seinen letzten Wohnsitz Neustadt b. P. verlassen hat und nach Polen ausgewandert sein soll, ohne seither von sich Nachricht gegeben zu haben;

2) des **Stanislaus Lewandowski**, welcher lange nach erreichter Großjährigkeit vor 12 Jahren seinen letzten Wohnsitz Grätz verlassen hat, ohne seit dieser Zeit von seinem Leben und Aufenthalt Kenntniß zu geben;

3) des **Elias Lipke**, welcher am 5. Januar 1821 in Grätz geboren, im Jahre 1840 nach Amerika ausgewandert ist, ohne daß seitdem über dessen Leben und Aufenthalt etwas bekannt geworden ist.

Es werden deshalb diese Personen, so wie deren unbekannte Erben und Erbnehmer hierdurch aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Gericht persönlich oder schriftlich, spätestens aber in dem auf

den 11. Oktober 1867

Vormittags 11 Uhr

vor dem Kreisrichter Herrn Hoffmann an hiesiger Gerichtsstelle Zimmer Nr. 8. anberaumten Termine zu melden und dort weitere Anweisung zu gewärtigen, widrigenfalls die Verschollenen für todt erklärt werden, ihr Nachlaß aber unter Präklusion der unbekannten Erben den nächsten bekannten Erben oder beziehungsweise dem Fiskus zugesprochen werden wird.

Grätz, den 1. November 1866.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.
Wittke.

Subhastations-Patent.

Die zum Nachlasse der **Michael** und **Agnes Aniołka**schen Eheleute gehörigen, zusammen bewirthschafteten Grundstücke **Plewisk**, Nr. 28., Nr. 13. und 5 D., mit einem Flächen-Inhalte von 109 Morgen 86⅓ □Ruthen, abgeschätzt auf 6506 Thlr., sollen unter den in unserem Bureau III. D. während der Dienststunden einzusehenden Bedingungen

am 30. Januar 1867

Vormittags 10 Uhr

an hiesiger Gerichtsstelle im Wege freiwilliger Subhastation meistbietend verkauft werden.

Posen, den 6. Oktober 1866.

Königliches Kreisgericht.
II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Kgl. Kreisgericht zu Gnesen,
den 19. September 1866.

Das dem Justizrath **Michael Kwadyński** gehörige, hierselbst sub Nr. 60/30. belegene Grundstück, abgeschätzt auf 8475 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 2. April 1867

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich am **Dienstag den 27. Novbr. c. im Auktionslokale, Magazinstraße 1.,** von 9 Uhr ab: diverse **Möbel, Betten, Kleidungsstücke, Haus-** und **Wirthschaftsgeräthe 2c.** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, k. Auktionskommissar.

Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts werde ich **Mittwoch den 28. November c.** von früh 9 Uhr ab im **Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1.:** neue **Kommißmäntel, Röcke, Blousen, Brot-, Freß- und Futterbeutel, Sättel, Zaum- und Riemzeuge 2c.** öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Rychlewski, kgl. Auktionskommissar.

Der zum 29. d. Mts. zu **Podarzewo** anberaumte Verkauf eines **Flügels** und **Möbel** ist aufgehoben.

Schroda, den 24. November 1866.

Der Auktionskommissar ***Schröder***.

---

700 Thlr.

sind gegen volle Sicherheit sofort auszuleihen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Proklama.

Uznanie za zmarłych następujących osób u nas zawnioskowano:

1) **Hilarego Melchiora Sauermanna,** urodzonego dnia 15. Stycznia 1797., który w roku 1848. ostatnie swe zamieszkanie Lwówek opuścił i podobno do Polski się wyprowadził, nie dawszy od tego czasu żadnéj o sobie wiadomości.

2) **Stanisława Lewandowskiego,** który długo po osiągnieniu pełnoletności przed dwunastu laty ostatnie miejsce swego pobytu Grodzisko opuścił, nie dawszy od tego czasu o swoim życiu i miejscu pobytu żadnéj wiadomości.

3) **Eliasza Lipki**, urodzonego dnia 5. Stycznia 1821. w Grodzisku, który się w roku 1840. do Ameryki wydalił, nie dawszy od tego czasu żadnéj wiadomości o życiu i miejscu pobytu swego.

Wzywamy zatém osoby te, jako ich niewiadomych sukcesorów i spadkobierców niniejszem, aby się do podpisanego sądu albo osobiście albo piśmiennie najpóźniéj w terminie

dnia 11. Października 1867.

z rana o godzinie 11.

przed sędzią powiatowym Panem Hoffmann w gmachu sądowym tutejszym w izbie liczbą 8. oznaczony zgłosili i dalszego tamże oczekiwali rozporządzenia, w przeciwnym bowiem razie osoby znikłe za zmarłe uznane zostaną, pozostałość ich po wykluczeniu niewiadomych sukcesorów najbliższym wiadomym sukcesorom lub względnie skarbowi przysądzoną zostanie.

Grodzisk, dnia 1. Listopada 1866.

Królewski sąd powiatowy.
Wydział I.
Wittke.

Verpachtung zweier Rittergüter.

Zwei im Gnesener Kreise in der Provinz Posen belegene Rittergüter, und zwar

1) ein Rittergut von 2293 Morgen 53 □Ruthen, mit großer Brennerei,
2) ein Rittergut von 2551 Morgen 90 □Ruthen,

sind auf 12 Jahre von Johanni 1867 ab mit dem kompletten Inventarium zu verpachten.

Die Güter befinden sich im guten Kulturzustande und erforderliche Gebäude sind vorhanden.

Zur Uebernahme des Gutes ad 1. ist der Nachweis eines Vermögens resp. disponiblen Kapitals von 18,000 Thalern, und des Gutes ad 2. von 12,000 Thalern erforderlich.

Nähere Auskunft ertheilt der Unterzeichnete.

Gnesen, den 12. Nov. 1866.

Ellerbeck,
Rechtsanwalt und Notar.

Mein Grundstück **Andrzypole**, bestehend aus 150 Morgen Acker nebst Wiesen und den nöthigen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, beabsichtige ich sofort aus freier Hand zu verkaufen, wovon ich die Kauflustigen in Kenntniß setze. Andrzypole liegt von Schroda 1 Meile, von Kostrzyn und von der Schroda-Posener Chaussee 1 Meile entfernt.

Der Acker besteht:
mit ⅔ aus Weizenboden und die Wiesen haben einen 15' tiefen Torfstich.

Valerian Alberti.

Ein zu Krotoschin am Ringe belegenes massives Gasthaus nebst Kramladen ist vom 1. April 1867 zu vermiethen. Wie? sagt die Expedition dieser Zeitung.

Die **Schankwirthschaft** in **Lawice** bei **Posen** ist von Georgi 1867 zu pachten. Kautionsfähige Bewerber erfahren Näheres auf dem Dominium **Lawice**.

Der am **1. December** bei mir anberaumte Verpachtungstermin des Netzdammzolles wird hierdurch aufgehoben.

Nicolai.

Bank- und Wechselgeschäft
von
Gebrüder Pfeiffer
in Frankfurt a. M.
Komptoir: **Bleidenstraße Nr. 8.**

An- und Verkauf aller Arten Staatspapiere, Anlehensloose, Eisenbahn-, Bank- und industriellen Aktien, Incasso von Kupons, Banknoten, Wechseln ꝛc. unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung.
Provision: 1 per mille, ohne jegliche sonstige Spesen.

Sehr wichtig für Bruchleidende!

Wer die bewährte Heilmethode des berühmten schweizerischen Bruchcarztes **Krüsi-Altherr** in **Gais**, Kt. Appenzell, kennen lernen will, kann bei der Expedition dieses Blattes ein Schriftchen mit Belehrung und vielen 100 Zeugnissen in Empfang nehmen.

Petersensche Grasbau-Anlagen,

mit allen bis jetzt bekannten Verbesserungen von Toussaint ꝛc. legt an und übernimmt der Unterzeichnete.

Geehrte Aufträge pro 1867 bitte ich, mir schon im Laufe des Winters zugeben zu lassen, um die nöthigen Stauapparate fertigen zu lassen, sowie die nöthigen Vorarbeiten rechtzeitig zu veranlassen.

P. Wartenberg, den 18. November 1866.

H. Gross,
Drain- und Wiesentechniker.

Vielseitige Aufforderungen um Belehrung veranlassen mich, meine in Deutschland, Holland, Frankreich und im Orient gesammelten Erfahrungen und Studien über Tabaksbau, Champignonszucht und Ananaskultur, die zu bisher noch nicht erreichten Resultaten in Bezug auf quali- und quantitative Erträge geführt haben, in einem Buche zusammenzutragen, welches ich im Selbstverlage für den mäßigen Preis von 1 Thlr. pro Exemplar verkaufe und wird sich dasselbe jedenfalls einer gleichen Beachtung, wie meine von Autoritäten vielfach anerkannten Leistungen zu erfreuen haben.

Schwerin a. W., im November 1866.
P. Lottré, Garten-Inspektor.

Stammschäferei-Verkauf.

Wegen Aenderung des Wirthschafts-Systems wird die Original-Negretti-Stammheerde der Herrschaft

Kleutsch bei Gnadenfrey i. S., bestehend aus 350 Muttern und 114 Lämmern, im Ganzen, als auch in Partieen, jedoch nicht unter 10 Stück zum Verkauf gestellt. Die Heerde ist gebildet aus vorzüglichen Thieren der Vollblutheerden Zdaunek und Quassitz in Mähren, bekanntlich die ältesten mährischen Vollblut-Negretti-Schäfereien.

Schurgewicht hiesiger Heerde 4 Pfd. inkl. Lämmer.

Gesellschafts-Roben, Ball-Roben, Beduinen, Ball-Fächer,

in den elegantesten, neuesten Genres und schönsten Lichtfarben.
Posen, **Markt Nr. 63.**
Robert Schmidt
vorm. **Anton Schmidt.**

Zu Festgeschenken

empfiehlt **in nur echtem Fabrikat** die berühmten

Familien-Nähmaschinen

aus der Hamburg-Amerikanischen Fabrik, welche für Verbesserung und Vervollkommnung des **Wheeler & Wilson-Systems** den **ersten Preis** an den **Ausstellungen** in **Hamburg, Köln, Wismar, Stettin, Wien, Linz** ꝛc. erhielt, in einfacher bis zur elegantesten Ausstattung **unter mehrjähriger Garantie.**

Echt **Brookſches Maschinen-Garn,** sowie **Seide auf Rollen** in **allen Farben** zu billigen Preisen stets vorräthig.

Das alleinige Dépôt der Hamburg-Amerikanischen Nähmaschinen-Fabrik
Sapiehaplatz Nr. 1.

Einige Omnibus-Wagen

in gutem Zustande — **Berliner Fabrikat** — sollen billig verkauft werden durch dem Omnibus-Inspektor **Nippert in Breslau**, Mauritiusplatz Nr. 6.

Zithern

mit 30 Saiten und Schulen zum Selbsterlernen d. Instr. à Thlr. 6, 8, 13.— Postnachnahme.
Xaver Thumhardt, Instr.-Fabr. in München.

Ein gut erhaltener **Mahagoni-Flügel**, $6^1/_2$-oktavig, ist für 65 Thlr. zu verkaufen St. Martin 83. 1 Treppe.

Ein gebr. Flügel ist billig zu vermiethen oder zu verkaufen bei ***C. Kirst***, St. Martin 25./26.

Stralsunder Spielkarten

aus den Fabriken von **Wegner, Heidborn** und **v. d. Osten** empfiehlt

Isidor Appel,
Bergstraße 7., vis-à-vis Hotel de France.

Allen Frostleidenden wird empfohlen: „**Dr. Oeversens Frostbalsam**", **vorzüglichstes** Mittel, **jeden Frostschaden schnell** zu beseitigen, so wie das **Aufspringen** der **Haut** zu verhindern. Vorräthig in Fl. à 5 Sgr. in
Elsners Apotheke.

Billig, Billig.
Frische fette **Böhmische Fasanen** empfiehlt billig ***Isidor Busch***, Sapiehaplatz 2.

Danksagung.

Seit beinahe einem Jahre litt ich an **beiden Füßen an Gicht** und versuchte viele Heilmittel, aber ohne Erfolg. Auf Empfehlung versuchte ich nun die **Gesundheits- und Universal-Seife** von Herrn **J. Oschinsky in Breslau, Carlsstraße Nr. 6.**, welche mich nach kurzem Gebrauch von diesem schlimmen Uebel befreite. Dies bescheinige ich der Wahrheit gemäß.

Kattenhorst b. Landsberg a. W., den 21. August 1866.
Friedrich Franke, Eigenthümer.

Alleinige Niederlage bei ***A. Wuttke***, Posen, Wasserstr. 8/9.

Avis für Raucher.

Havanna Perla . . .	**16 Thlr.**
Morenita	**20 Thlr.**
Upman non plus ultra . . .	**30 Thlr.**
Legitimidad	**50 Thlr.**

Probesendungen à 25 Stück zum Mille-Preise gegen Postvorschuss.
M. Heymann,
Cigarren-Importeur, Friedrichsstr. 33a.

Fr. fette **Kieler Sprotten** empf. **Kletschoff.**

Theegebäck,

täglich frisch, das Pfund 10 Sgr.

Gleichzeitig empfehle ich mein Lager von **echten chinesischen Thees** zu äußerst billigen Preisen.

L. Schirm,
Wasserstraße Nr. 2.

Wirklich frischen großkörnigen **Astr. Caviar** empfiehlt das Pfund à 1 Thlr. 15 Sgr.
Isidor Busch.

Frischen Astrachaner Kaviar, Schooten, sowie verschiedene andere russische Produkte, **Karavanen-Thee** ꝛc. empfiehlt die Niederlage von
Carl Spiller in Thorn.

Frische abgezogene **Hasen**, das Stück à 20 Sgr. empfiehlt ***Isidor Busch.***

Auf, aus meinen Händen bisher entnommene Loose fielen bereits 2 Gewinne à 4000 und 2 à 5000 Thlr., ferner der 2. Hauptgewinn von

100,000 Thalern,

endlich in der eben beendigten 4. Klasse ein Hauptgewinn von

10,000 Thalern.

Bei ähnlicher Loosenzahl kann Niemand ein so günstiges Resultat aufweisen.

Loose, $^1/_1$, $^1/_2$, $^1/_4$, wie auch Antheile, als $^1/_8$, $^1/_{16}$, verkauft kein Loosenhändler und keine Staats-Effekten-Handlung so billig als
E. J. Landsberger, Schuhmacherstr.

Drei Zimmer, frequente Str., geeignet für Geschäftslokal, Bureau, Komtoir, auf Verlangen mit Einrichtung, sofort oder zum 1. Januar zu vermiethen. Näh. bei Wwe. **Markenstein**, kl. Gerberstr. (Neue Posthalterei).

Breslauerstr. 19. ein möbl. Zimmer zu verm.

Ein elegantes 3fenstriges Zimmer, möblirt oder unmöblirt, ist Kleine Gerberstraße 11, 1 Tr. rechts zu vermiethen. Näheres daselbst.

Mühlenstr. 3 a., 3 Treppen hoch rechts, ist eine freundl. möblirte Stube zu vermiethen.

Kleine Gerberstraße Nr. 6., dritter Stock, ist eine möblirte Stube mit Kabinet gleich zu vermiethen.

Zwei Herren finden billige Wohnung **Friedrichsstraße 36./37.** vis-à-vis der Postuhr im Hofe eine Treppe.

Ein freundliches Zimmer, möblirt, ist sofort zu vermiethen **Berlinerstraße 14.** Zu erfragen in der 3. Etage daselbst.

Ein möbl. Zimmer ist Berlinerstr. 19. im 3. Stock vom 1. Dezbr. ab billig zu vermiethen.

Bäckerstr. 10. ist ein möbl. Zimmer nebst Kabinet Parterre sogl. od. v. 1. Dez. zu beziehen.

Versetzungshalber sind **St. Martin 34.** im zweiten Stock zwei große Zimmer, Küche und Beigelaß bald oder zum 1. Januar zu vermiethen. Preis 110 Thaler.

Wegen Versetzung ist eine Wohnung Berlinerstraße 27., zwei Tr., 1 Saal, 5 Zimm., 5 Kamm., Stall vom 1. Januar ab, wenn gewünscht, auch früher zu vermiethen.

Mühlenstraße Nr. 16. ist ein freundl. gut möbl. Zimmer nach vorn heraus mit Bedienung zu vermiethen.
v. Stechow, kgl. Polizeisekretär.

Gesucht wird ein Parterre-Geschäftslokal von einer großen und 2 kleineren Stuben nebst angrenzenden Wohnzimmern und Keller. Näh. beim Goldarbeiter **Adolph Gumpert**, Breslauerstraße 15.

St. Martin 74.

ist in der Bel-Etage vom 1. Dezbr. ab ein gut möbl. Zimmer zu vermiethen.

Ein Kommis fürs Galanterie-Waaren-Geschäft findet sofort Engagement bei
Gebr. Korach.
Posen.

Ein thätiger, junger **Landmann** aus anständiger Familie, der schon mehrere Jahre in der Wirthschaft gewesen sein muß, findet sofort Stellung auf dem Dominium **Gr. Rybno** bei Kiszkowo.

Einen **Volontair** und einen **Lehrling** zum sofortigen Antritt wünscht die Modewaarenhandlung ***S. H. Korach.***

Ein im Manufakturw.-Geschäft **gewandter Verkäufer**, der auch das Reisegeschäft versteht, findet sofort Engagement.
Näheres bei ***Gebr. Korach***, Posen, Markt 40.
Tapeten- u. Galanteriewaaren-Handlung.

Eine Berliner Kunsthandlung sucht sofort zum Vertrieb Ihrer humoristischen Neujahrskarten (in circa 100 Mustern) einen tüchtigen Agenten für die Provinz **Posen.**

Meldungen mit guten Referenzen bittet man fr. an die Buchhandlung von ***Siegfried Cronbach* in Berlin**, Unter den Linden 60., zu adressiren.

Ein der polnischen Sprache mächtiger Hofbeamter wird zum sofortigen Eintritt oder auch zu Neujahr gesucht. Wo? sagt die Expedition der Zeitung. Persönliche Meldungen haben den Vorzug.

Ein aus dem Feldzuge heimgekehrter, der deutschen und polnischen Sprache mächtiger Oekonom aus anständiger Familie sucht sofort oder zu Neujahr eine Stellung unter soliden Umständen. Hierauf Reflektirende werden gebeten, Ihre Adresse unter der Littre ***H. S.*** poste restante ***Kwilez*** zu senden.

Auf dem Dominium ***Owieczki*** bei Gnesen wird zum 1. Januar ein erfahrener, ordentlicher Gärtner (unverheirathet) gesucht. Meldungen werden auf dem Dominium oder bei ***Swarzenski*, Posen**, Büttelstraße Nr. 20. entgegengenommen.

Ein deutscher Hauslehrer wünscht bei jüngeren Kindern unter bescheidenen Ansprüchen sofort Stellung. ***E. K. 73.*** Exp. d. Pos. Z.

Eine **Kochmamsell**, welche ihr Fach gründlich versteht und gut empfohlen wird, kann sich melden Dominium **Alt-Tomyśl** bei Neu-Tomyśl. Gehalt 60 Thlr.

Eine geprüfte **Erzieherin**, die in allen Schulwissenschaften, wie im Englischen, Französischen und Musik Unterricht ertheilt und der polnischen Sprache mächtig ist, sucht zum 1. Januar oder früher eine Stelle. Gef. Offerten nimmt die Expedition dieser Zeitung unter Nr. ***4756 H. L.*** entgegen.

Ein Oekonom, unverh., deutsch und polnisch sprechend, welcher im Mai d. J. in Folge Mobilmachung seinen Posten als Wirthschafts-Beamter aufgeben mußte, den Feldzug als Kavallerist mitmachte und die besten Zeugnisse besitzt, beabsichtigt einen Wirthschaftsbeamtenposten sofort zu übernehmen; gefällige Offerten bittet man unter ***K. T.*** poste restante **Carolinenhorst** in Pommern senden zu wollen.
Münsterberg bei **Carolinenhorst** in Pommern, den 22. Nov. 1866.
Köhler, Administrator.

2 Thaler Belohnung.

Ein Pelzkragen ist gestern Abend auf dem Wege nach dem Theater verloren gegangen. Der Wiederbringer erhält obige Belohnung. **Breitestraße 22.**

Siegeskarte von Preußen!

Bei **Joh. Urban Kern** in Breslau, ist soeben erschienen:

Karte von Preußen,

mit seinen **neuesten Ländererwerbungen** (1815—1866), übersichtlich in Buntdruck dargestellt; zugleich als **vollständige Eisenbahnkarte von Nord-** und dem größten Theile von **Süddeutschland.** Groß-Folio ($16^1/_2$"/23") gefalzt. 4 Sgr.

Gewiß ist es für jeden Preußen von höchstem Interesse, auf klare Weise mit den älteren Provinzen die neuen Ländererwerbungen zusammengestellt zu finden, welche wir den letzten glorreichen Feldzügen verdanken. Auf vorliegender schönen Karte, zu billigstem Preis, findet dies übersichtlich statt.

In Posen vorräthig bei **M. Leitgeber** (Hôtel du Nord).

Zur **General-Versammlung des landwirthschaftlichen Hauptvereins im Reg. Bez. Posen**
am 4. Dezember Vormittags 10 Uhr
im Saale des **Odeums** werden hierdurch die geehrten Mitglieder ganz ergebenst eingeladen.
v. Tempelhoff.

Auf der Tagesordnung befindet sich vorläufig:
Rechenschafts-Bericht. — Verwendung der bisherigen Ueberschüsse der Staats-Unterstützungen unserer landwirthschaftlichen Vereine. Das Ministerium hat angefragt, ob sie in der Folge geringer sein können. — Ueber die Zeitschrift, welche das Organ des Vereins bilden soll. — Vortheile einer intensiven Bewirthschaftung vom chemischen Standpunkte aus (Dr. Peters). — Bruch-Kulturen. — Ueber Kali-Dünger. — Festuca rubra. — Serradella. — Wundklee. — Sandluzerne. — Johannisroggen. — Züchtung der Fleischschafe. — Ueber die Lage des Kredits in unserer Provinz. — Ueber die Taxprinzipien bei der neuen Landschaft.

☐ M. 28. XI. A. 7. J. I. ☐

Kirchen-Nachricht für Posen.

Petrikirche. Der Synodalgottesdienst des 2. Posener Kirchenkreises beginnt Mittwoch den 28. November früh um **9 Uhr**, was um Mißverständnisse zu verhüten, nochmals angezeigt wird.

Sonntag, den 25. November um halb drei Uhr in der Nacht starb nach zweiwöchentlichen Leiden der Bürgermeister der Stadt Schrimm, **Thadäus Lehmann** im Alter von 43 Jahren. Der Leichnam wird Dienstag, den 27. d. M. Nachmittags um drei Uhr in der Pfarrkirche beigesetzt. Am folgenden Tage um zehn Uhr Vormittags wird das Seelenamt gehalten, und darauf findet das Begräbniß statt.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verlobungen. Frl. O. Lax in Waldenburg mit Hrn. S. Breslauer in Berlin.
Geburten. Ein Sohn: dem Hauptmann v Rostkowski in Stettin, dem Gymnasialdirektor Dr. Hagermann in Graudenz, dem Pr.-Lieutn. Frhrn. Marschall v. Bieberstein in Marburg. Eine Tochter: Hrn. F. v. Heydebreck in Neu-Buckow, dem Hauptmann Matschke in Glatz, Hrn. Frhrn. H. v. Werthern in Weimar.
Todesfälle. Bürgermeister a. D. Eichholz, Stubenmaler Fr. Pfotenhauer, Frau Rechnungsräthin H. Arndt in Berlin.

Stadt-Theater

Montag. Kein Theater.
Dienstag. Sechstes und letztes Gastspiel des k. k. russ. Hof-Schauspielers Hrn. **Friedrich Haase.** Zum Erstenmal: **Die Frau in Weiß.** Drama in 3 Abtheilungen und 5 Akten von Charl. Birch-Pfeiffer. (Neuestes Repertoirstück des königl. Hoftheaters in Berlin.) Graf Fosco, Herr Friedrich Haase.

Die 1. Sinfonie-Soirée im „Saal Stern" findet nicht Sonnabend den 8. Dezember, sondern **Freitag den 7. Dezember** statt.
C. Walther.

Aschs Café,
Markt Nr. 10.

Montag und Dienstag **Konzert** und **Gesangvorträge** der Familie **Walter** aus Böhmen.

Dienstag den 27. November:
Eisbeine und Pöckelzunge
bei ***Ellert***, Wallischei Nr. 91.

Die so sehr beliebten **Schwetzkauer Würstchen** sind **täglich frisch** in der Liqueurstube **Wronkerstraße Nr. 6.** zu haben.
S. Kaplan.

Vorzügliches Dresdener Waldschlößchen Bier. Dienstag **Eisbeine** bei
H. Baltes,
große Ritterstraße 9.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 26. November 1866. **(Marcuse & Maass.)**

		Not. v. 24.
Weizen, fest.		
November	$84\frac{1}{6}$	$84\frac{1}{6}$
Frühjahr 1867 . .	$85\frac{1}{4}$	$85\frac{1}{4}$
Mai-Juni 1867 . .	86	86
Roggen, höher.		
November	58	58
Frühjahr 1867 . .	$54\frac{1}{2}$	$54\frac{1}{3}$
Mai-Juni 1867 . .	55	$54\frac{1}{2}$

		Not. v. 24.
Rüböl, unverändert.		
November	$12\frac{1}{6}$	$12\frac{1}{6}$
April-Mai 1867 . .	$12\frac{1}{2}$	$12\frac{1}{2}$
Spiritus, behauptet.		
November	$16\frac{5}{12}$	$16\frac{5}{12}$
Frühjahr 1867 . . .	$16\frac{1}{2}$	$16\frac{5}{12}$
Mai-Juni 1867 . .	$16\frac{5}{6}$	$16\frac{5}{6}$

Posener Marktbericht vom 26. November 1866.

	von Thl.	von Sgr	von Pf	bis Thl.	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Metzen	3	2	6	3	3	9
Mittel-Weizen	2	25	—	2	27	6
Ordinärer Weizen	2	15	—	2	17	6
Roggen, schwere Sorte	2	5	—	2	6	3
Roggen, leichtere Sorte	2	1	3	2	2	6
Große Gerste	1	25	—	1	27	6
Kleine Gerste	1	22	6	1	25	—
Hafer	1	1	—	1	3	—
Kocherbsen	2	5	—	2	7	6
Futtererbsen	2	—	—	2	2	6
Winterrübsen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	11	6	—	12	6
Butter, 1 Faß zu 4 Berliner Quart	2	5	—	2	20	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee, dito dito	—	—	—	—	—	—
Heu dito dito	—	—	—	—	—	—
Stroh, dito dito	—	—	—	—	—	—
Rüböl, dito dito	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles,
am 24. November 1866 . . . 15 Thl 12 Sgr 6 Pf bis 15 Thl 17 Sgr 6 Pf
= 26. = = . . . 15 = 15 = — = = 15 = 20 = — =
Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Börse zu Posen
am 26. November 1866.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe $88\frac{3}{8}$ Gd., do. Rentenbriefe 89 Gd., polnische Banknoten $80\frac{1}{4}$ Gd.

Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Novbr. $51\frac{3}{4}$, Novbr.-Dezbr. $49\frac{3}{4}$—50, Dezbr. 1866/Jan. 1867 $49\frac{3}{4}$, Jan.-Febr. 1867 $49\frac{3}{4}$, Febr.-März 1867 50, Frühjahr 1867 $50\frac{1}{4}$.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) pr. Novbr. $15\frac{2}{3}$—$\frac{3}{4}$—$^{17}/_{24}$, Dezbr. $15\frac{7}{12}$—$\frac{5}{8}$—$\frac{2}{3}$, Jan. 1867 $15\frac{2}{3}$—$\frac{5}{8}$, Febr. 1867 $15\frac{5}{8}$—$\frac{2}{3}$—$\frac{3}{4}$, März 1867 $15\frac{3}{4}$—$^{19}/_{24}$, April 1867 $15\frac{5}{6}$—$\frac{11}{12}$—16, April und Mai 1867 im Verbande $16\frac{1}{12}$. Spiritus loko (ohne Faß) $16\frac{1}{12}$ bez.

Produkten-Börse.

Berlin, 24. Novbr. Wind: W. Barometer: 27⁶. Thermometer: früh 2° +. Witterung: Feucht.

Im Verkehr mit **Roggen** kam es heute erst, nachdem die Kündigung von 13,000 Ctr. eine bessere Aufnahme hauptsächlich in einer Hand gefunden hatte, zu einigermaßen belebtem Handel. Bis dahin hatte sich das Geschäft sehr träge fortgeschleppt, ohne daß gestrige Schlußkurse sich behaupten konnten, sodann ist aber eine wesentlich festere Haltung eingetreten, die auch den

Preisen sichtliche Vortheile brachte. In Waare ist der Umsatz etwas schwerfälliger geworden. Kündigungspreis 57¼ Rt.

Rüböl entschieden matt, war nur bei weiterer Ermäßigung in den Forderungen verkäuflich. Es geht wenig um in dem Artikel.

Spiritus hat anfänglich nur wenig Beachtung genossen, wurde später aber mehrseitig begehrt und hat sich denn auch im Werthe eher eine Kleinigkeit gebessert. Gekündigt 10,000 Quart. Kündigungspreis 16⅝ Rt.

Weizen loko vernachlässigt, Termine matter.

Hafer loko reichlich offerirt, Termine niedriger.

Weizen loko p. 2100 Pfd. 70—86 Rt. nach Qualität, p. 2000 Pfd. November 79 Rt. Br., 78½ Gd., Novbr.-Dezbr. 77½ bz., April-Mai 79½ bz., Mai-Juni 82 Br.

Roggen p. 2000 Pfd. loko 79/81pfd. 58 Rt., 81/83pfd. 58½ Rt., exquisit. 58¾ Rt. ab Bahn bz., 81/82pfd. 59 Rt. frei Mühle bz., November 57 a ½ Rt. bz., Novbr.-Dezbr. 57 a 56¾ a 57½ bz., Dezbr.-Jan. 56¼ a ¾ bz., Frühjahr 55 a 54¾ a 55⅜ a ¼ bz., Mai-Juni 55 a ¼ bz., Juni-Juli 56 bz.

Gerste loko p. 1750 Pfd. 46—54 Rt.

Hafer loko p. 1200 Pfd. 27 a 30 Rt., schles. 27½ a 28½, böhm. 28½ Rt. ab Bahn bz., November 29 Rt. nominell, Novbr.-Dezbr. 28⅜ bz., Dezbr.-Jan. 28¾ Br., Frühjahr 28⅝ a ⅞ bz., Mai-Juni 29 Br., Juni-Juli 29 bz.

Erbsen p. 2250 Pfd. Kochwaare 64—72 Rt., Futterwaare 58—64 Rt.

Rüböl loko p. 100 Pfd. ohne Faß 12 7/12 Rt. Br., Novbr. 12 11/24 bz., Novbr.-Dezbr. 12⅓ a 7/24 bz., Dezbr.-Jan. 12¼ bz., Jan.-Febr. do., April-Mai 12½ a 5/12 a 11/24 bz., Mai-Juni 12½ Rt.

Leinöl loko 14½ Rt.

Spiritus p. 8000 % loko ohne Faß 17 7/24 a ¼ Rt. bz., Novbr. 16 19/24 a 17 bz. u. Br., 16 11/12 Gd., Novbr.-Dezbr. 16 7/12 a ¾ bz., Dezbr.-Jan. do., April-Mai 17 a 16 11/12 a 17⅙ bz. u. Br., 1/12 Gd., Mai-Juni 17¼ a ⅙ a ⅜ bz., Juni-Juli 17½ a 19/24 bz. (B. H. Z.)

Stettin, 24. Novbr. Regnigt, + 4° Reaum. Barometer: 27. 5. Wind: SW.

Weizen wenig verändert, loko p. 85pfd. gelber 81—84½ Rt., 83/85pfd. gelber pr. Novbr. 84½ Rt. nominell, Novbr.-Dezbr. 82½ bz. u. Gd., Frühjahr 85, 84½, 85¼ bz., Br. u. Gd.

Roggen, Schluß fest, p. 2000 Pfd. loko 56—57½ Rt., pr. Novbr. 57½—58 bz., Br. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 55½—56 bz. u. Br., 55½ Gd., Frühjahr 54, 54¼ bz., Br. u. Gd.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
79—85	57—60	47—50	27—30	54—58 Rt.

Heu 15—25 Sgr. Stroh 6—8 Rt.
Kartoffeln 16—20 Sgr.

Rüböl wenig verändert, loko 12⅓, 5/12 Rt. bz., 5/12 Br., pr. Novbr. 12⅙ bz. u. Gd., Novbr.-Dezbr. 12 Br., April-Mai 12½ Br.

Spiritus matt, loko ohne Faß 16½ Rt. bz., mit Faß 16⅓ bz., pr. November 16 5/12 Gd. u. Br., Novbr.-Dezbr. 16 bz., Frühjahr 16½, 5/12 bz. u. Gd, ½ Br.

Angemeldet: 100 Ctr. Rüböl und 20,000 Quart Spiritus.

Reis, gut mittel Arracan 5⅔ Rt. tr. bz. (Ostſ.-Ztg.)

Breslau, 24. Novbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]

Kleesaat rothe, sehr fest, ordin. 12—13, mittel 13½—14½, fein 15½ bis 17½, hochf. 18—18½. Kleesaat weiße, unverändert, ordin. 18—20, mittel 22—23½, fein 25—27, hochf. 28—29.

Roggen (p. 2000 Pfd.) schwankend, pr. Novbr. 54½—¼ bz. u. Br., Novbr.-Dezbr. 52½—51¾ bz. u. Gd., Dezbr.-Jan. und Jan.-Febr. 52¼—51¾ bz. u. Br., April-Mai 50¼ Br., 50 Gd.

Weizen pr. November 73 Br.

Gerste pr. November 50 Br.

Hafer pr. November 45 Br., April-Mai 45 Br.

Raps pr. November 99 Br.

Rüböl matter, gek. 400 Ctr., loko 12¼ Br., pr. Novbr. 12⅙ bz., Nov.-Dezbr. 12⅙ Br., Dezbr.-Jan. und Jan.-Febr. 12 Br., April-Mai 12 1/12 bz., Mai-Juni 12⅙ Br.

Spiritus matt, gek. 15,000 Quart, loko 16⅔ Br., 16½ Gd., pr. November 16½ bz., Novbr.-Dezbr. 16 5/12 bz. u. Br., Dezbr.-Jan. 16 5/12 bz. u. Br., April-Mai 16⅔ Br. u. Gd.

Zink sehr fest. Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.
(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)
Breslau, den 24. November 1866.

	feine	mittel	ord. Waare.	
Weizen, weißer	93—99	87	83—84 Sgr.	p. Scheffel.
do. gelber	89—93	86	82—84 „	
Roggen	69—70	68	67 — „	
Gerste	58—60	55	50—53 „	
Hafer	34—33	31	32 — „	
Erbsen	68—72	64	55—60 „	

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	210	200	180 Sgr.	p. 150 Pfd. Brutto.
Rübsen, Winterfrucht	192	182	170 „	
do. Sommerfrucht	172	162	152 „	
Dotter	170	160	150 „	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 24. Novbr. Weizen 78—79 Thlr., Roggen 59—62 Thlr., Gerste 49—56 Thlr., Hafer 29—30 Thlr.

Kartoffelspiritus. Lokowaare bedeutend niedriger, Termine flau und ohne Kauflust. Loko ohne Faß 17⅝ Thlr., mit Faß 17 5/12 Thlr. bezahlt; pr. Novbr. 17 5/12 a ½ Thlr., Novbr.—Dezbr. 17¼ Thlr., April—Mai 17½ Thlr., Mai—Juni 17¾ Thlr. p. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Thlr. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus niedriger. Loko 17½ Thlr. Gd., pr. Dezbr. 16⅞ a 17 Thlr., pr. Januar—Mai 16⅞ Thlr. (Magdeb. Ztg.)

Bromberg, 24. Novbr. Wind: SW. Witterung: Regnerisch. Morgens 1° Wärme. Mittags 3° Wärme.

Weizen 124—128pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Zollgewicht) 68—73 Thlr., 129—131pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 23 Lth. Zollgewicht) 75—78 Thlr.

Roggen 122—125pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 Pfd. 25 Lth. Zollgewicht) 51—52 Thlr.

Große Gerste 41—43 Thlr., feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Futtererbsen p. Wspl. 48—52 Thlr. Kocherbsen 54—58 Thlr.

Hafer p. Schffl. 25—30 Sgr.

Spiritus ohne Zufuhr. (Bromb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 24. Novbr., Nachmittags 1 Uhr. Wetter: Schön. Weizen höher, loko 9, pr. November 8, 27½, pr. März 8, 24, pr. Mai 8, 25. Roggen fest, loko 6, 15, pr. November 6, 19, pr. März 5, 29, pr. Mai 6, 1. Rüböl matt, pr. November 14, pr. Mai 13 15/20. Leinöl still, loko 13 3/10.

Hamburg, 24. Novbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt fest, aber ruhig. Weizen pr. Novbr.-Dezbr. 5400 Pfd. netto 156 Bankothaler Br., 155 Gd., pr. Dezbr.-Januar 152 Br., 151 Gd. Roggen ab Königsberg pr. April-Mai 82 a 83½ bez., zu 83 a 84 zu haben. Pr. Novbr.-Dezbr. 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Gd., pr. Dezbr.-Januar 90 Br., 89 Gd. Oel flau, loko 26⅝, pr. Mai 27⅜. Kaffee ruhig. Zink 4000 Ctr. pr. Frühjahr 14 Mk. 3 Sch. — Regen.

London, 24. Novbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer und fremder Weizen zu höchsten Montagspreisen verkauft; in Gerste gingen Verkäufe langsam vor sich. Hafer fest; gute alte Waare zu höchsten Montagspreisen gefragt. — Trübes Wetter.

Paris, 24. Novbr., Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl pr. November 101, 00, pr. Dezember 101, 50, pr. Januar-April 101, 50. Mehl pr. November 73, 00, pr. Januar-April 75, 50. Spiritus pr. Dezember 62, 50.

Amsterdam, 24. Novbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen ziemlich unverändert, pr. März 209, pr. Mai 211 a 212.

Antwerpen, 24. Novbr. Petroleum, raff. Type, weiß, 58 Frcs. p. 100 Ko.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866.

Datum.	Stunde.	Barometer 195 über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
24. Nov.	Nchm. 2	27" 3''' 61	+ 1°3	W 1-2	bedeckt. Ni.
24. „	Abnds. 10	27" 6''' 24	+ 1°6	NW 0-1	bedeckt. Ni. [1])
25. „	Morg. 6	27" 8''' 58	+ 1°6	W 0-1	bedeckt. Ni.
25. „	Nchm. 2	27" 7''' 87	+ 3°1	SSW 1-2	trübe. St.
25. „	Abnds. 10	27" 5''' 94	+ 1°8	SSW 0-1	bedeckt. Ni. [2])
26. „	Morg. 6	27" 4''' 60	+ 0°6	SSW 0	bedeckt. Ni. [3])

[1]) Regenmenge: 24,3 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.
[2]) „ 1,0 „ „ „ „ „
[3]) Regen- u. Schneemenge: 15,5 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Berlin, 23. Novbr. Barometer in Nordeuropa niedrig, trüb bei westlichem Winde und mäßiger Kälte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 25. November 1866 Vormittags 8 Uhr — Fuß 11 Zoll.
„ „ 26. „ „ „ „ 1 „ — „

Telegramm.

Berlin, 26. November. In Abgeordnetenkreisen cirkulirt ein Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, in welchem derselbe bittet, ihn in der Dotationsangelegenheit unberücksichtigt zu lassen. Die Dotationskommission beschloß heute auf einen Antrag Forckenbecks, beim Abgeordnetenhause zu beantragen, daß die ferneren Kommissionsberathungen mit der Staatsregierung geheim geführt werden. Der Finanzminister sieht hierin ein Entgegenkommen.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 24 November 1866.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	98¾ bz
Staats-Anl. 1859	5	103¾ bz
do. 54, 55, 57	4½	98⅝ bz
do. 56, 1859	4½	98¾ bz
do. 1864	4½	98¾ bz
do. 50, 52 conv.	4	89⅛ bz
do. 1853	4	89⅛ bz
do. 1862	4	89⅛ bz
Präm.St.Anl.1855	3½	119⅜ bz
Staats-Schuldsch.	3½	85 bz
Kur-u.Neum.Schldv	3½	82 bz
Berl. Stadt-Obl.	5	103⅛ B
Berl. Stadt-Obl.	4½	98¾ bz
do. do.	3½	82 B
Berl.Börsenh.-Obl.	5	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-Märkische	3½	79⅜ bz
do.	4	89¼ bz
Ostpreußische	3½	79 bz
do.	4	85½ bz 4½% 92⅞ [bz
Pommersche	3½	79 bz
do. neue	4	90 bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	88¾ bz
Schlesische	3½	86⅞ G
do. Litt. A.	3½	— —
Westpreußische	3½	76⅞ bz
do.	4	85½ bz
do. neue	4	84¼ bz
do. do.	4½	92⅞ bz
Rentenbriefe: Kur-u.Neumärk.	4	90⅛ bz
Pommersche	4	90⅛ bz
Posensche	4	89¼ bz
Preußische	4	90½ bz
Rhein.-Westf.	4	— —
Sächsische	4	91¼ B
Schlesische	4	91⅜ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	46½ B
do. National-Anl.	5	52¼ bz
do. 250fl.Präm.Ob.	4	58½ B
do. 100fl.Kred.Loose	—	67½ bz u G
do.5prz.Loose(1860)	5	63¾-⅛ bz
do. Pr.-Sch.v.1864	—	39 B
do. Slb.-Anl. 1864	5	58¾ bz
Italienische Anleihe	5	53⅞-¾ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	65 bz
6. do.	5	83⅜ bz
Englische Anl.	5	85½ G
N.Russ.Egl.Anl	3	52¼ kl bz
do. v. J. 1862	5	86¼ bz
do. 1864	5	87½ G
do. engl.	5	87½ G
doPr.-Anl.1864	5	90-89½ bz, n.85⅛ [bz
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	63 bz
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	89¼ G
Pfdbr. n. i. SR.	4	60½ bz
Part. O. 500 Fl.	4	89 B
Amerik. Anleihe	6	75⅝-⅞ bz
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	54⅞ bz
NeueBad.35fl.Loose	—	29½ B
DessauerPräm.Anl.	3½	— —
Lübecker Präm. Anl.	3½	48¼ G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	159 B
Berl. Handels-Ges.	4	106½ G
Braunschwg. Bank-	4	86½ G
Bremer do.	4	117⅛ G
CoburgerKredit-do.	4	90 G
Danzig. Priv.-Bk.	4	109 G
Darmstädter Kred.	4	85 bz
do. Zettel-Bank	4	95½ B
Dessauer Kredit-B.	0	2 bz
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	99⅛ bz
Genfer Kreditbank	4	27½ G
Geraer Bank	4	105 etw bz
Gothaer Privat do.	4	97¼ G
Hannoversche do.	4	83¼ G
Königsb. Privatbk.	4	113 G
Leipziger Kreditbk.	4	78¼ etw bz u G
Luxemburger Bank	4	80 G
Magdeb. Privatbk.	4	95 B
Meininger Kreditbk.	4	95 B
Moldau. Land. Bk.	4	19¼ etw bz u B
Norddeutsche do.	4	120 B
Oestr. Kredit- do.	5	59¾-⅛ bz
Pomm. Ritter- do.	4	91 G
Posener Prov. Bank	4	101 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	151 bz jg 142 bz
Schles. Bankverein	4	113⅛ G
Thüring. Bank	4	64 G
Vereinsbnk. Hamb.	4	108½ G
Weimar. Bank.	4	94½ G
Prß. Hypoth.-Vers.	4	110 bz u G
do. do. Certific.	4½	— —
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	88 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	84 B
do. III. Em.	4½	92¼ bz
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	53 bz
Bergisch-Märkische	4½	96 G
do. II. Ser. (conv.)	4½	95½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	76½ bz
do. Lit. B.	3½	76⅜ bz
do. IV. Ser.	4½	93½ G
do. V. Ser.	4½	92¾ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	91 B
do.	4½	96 bz
do. Litt. B.	4	95⅜ B
Berlin-Hamburg	4	92½ G
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	88 B
do. Litt. B.	4	88 B
do. Litt C.	4	87¼ bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	85¼ bz
Berl.-Stet. III. Em.	4	85 G
do. IV. S. v. St. gar.	4½	95¾ bz
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	97¼ G
do. II. Em.	5	102 B
do.	4	— —
do. III. Em.	4	83½ bz
do.	4½	94¼ bz
do. IV. Em.	4	83⅛ bz
do. V. Em.	4	82⅛ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	82 bz
do. III. Em.	4½	— — IV 85 bz
do. 1865	4½	93½ G
Magdeb. Halberst.	4½	95⅝ B
Magdeb. Wittenb.	3	67¼ bz
Mosco-Rjäsan S. g.	5	84 bz
Niederschles. Märk.	4	89 bz
do. II. c.	4	— —
do. conv.	4	89 B
do. conv. III. Ser.	4	87½ G
do. IV. Ser.	4½	96⅛ G
Niederschl. Zweigb.	5	100½ bz
Nordb., Fried. Wilh.	4	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	— —
do. Litt. C.	4	88 G
do. Litt. D.	4	88 G
do. Litt. E.	3½	78½ bz
do. Litt. F.	4½	93¼ G
Oestr. Französ. St.	3	243 bz u G
Oestr. südl. Staatsb.	3	225 bz u B
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	79 G
do. Prior. Obl.	4½	93¼ B
do. 1862	4½	93¼ B
do. v. Staat garant	4½	— —
Rhein-Nahe v. St g.	4½	94¼ B
do. II. Em.	4½	94¼ B
Ruhrort-Crefeld	4½	92 bz
do. II. Ser.	4	83 B
do. III. Ser.	4½	— —
do II. Em.	4½	— —
Starg.-Pos. II. Em.	4½	93½ G
do. III. Em.	4½	93½ G
Thüringer	4	91 G
do. II. Ser.	4½	— —
do. III. Ser.	4	90¾ B
do. IV. Ser.	4½	97¾ B

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	31⅛ bz
Altona-Kieler	4	140 bz, jg 133 [bz
Amsterd. Rotterd.	4	105 bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	152¾ bz
Berlin-Anhalt	4	220 bz
Berlin-Hamburg	4	159¼ bz
Berl. Potsd. Magd.	4	214 G
Berlin-Stettin	4	128 bz
Berlin-Görlitz	4	72-71 bz
do. Stamm-Prior.	5	99¾ G
Böhm. Westbahn	5	61 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	142¼ B
Brieg-Neiße	4	101½ bz
Cöln-Minden	4	148¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	52 bz
do. Stamm-Pr.	4½	77 B
do. do.	5	83¼ B
Gal. C.-Ludwg.	5	86¼ bz
Ludwigshaf.-Berb.	4	151 B
Magdeb. Halberst.	4	196¼ bz
Magdeb. Leipzig	4	270 bz B 89 B
Magdeb. Wittenb.	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	131½ bz
Mecklenburger	4	76⅞ bz
Münster-Hammer	4	— —
Niederschles. Märk.	4	89½ bz
Niederschl. Zweigb.	4	83 bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	78¾-79⅛ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	173⅛ bz
do. Lt. B.	5	153 B
Oest. Franz. Staat.	5	108½-8 bz
Oest. sdl. StB (Lom)	5	109½-¼ bz
Oppeln-Tarnowitz	5	76½ B
Rheinische	4	116¼ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	28½ G
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Russ. Eisenbahnen	5	78¾ B
Stargard-Posen	4½	93¼ bz
Thüringer	4	132 G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113⅔ G
Gold-Kronen	—	9. 8 G
Louisd'or	—	111 G
Sovereigns	—	6. 22½ bz
Napoleonsd'or	—	5. 11¼ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	463½ G
Dollars	—	1 11¼ bz
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	29 Thl 28 Sgr B
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅝ bz
Fremde Noten	—	99⅝ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅝ bz
Oestr. Banknoten	—	79⅜ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	81⅛ bz

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	155 bz, jg 148 G
Berl. Eisenb. Fab.	5	103 etw bz u B
Hörder Hüttenv. A.	5	112 B
Minerva, Brgw. A.	5	30½ G
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia	4	— —

Wechsel-Kurse vom 24. Novmbr.

Amstrd. 250fl. 10 T.	5	143⅝ bz
do. 2 M.	5	142⅝ bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	4	151⅞ bz
do. do. 2 M.	4	150⅝ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6 21½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	80⅓ bz
Wien 150 fl. 8 T.	6	79⅛ bz
do. do. 2 M.	6	78⅜ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	5	56 20 bz
Frankf. 100fl. 2 M.	3½	56 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99¾ G
do. do. 2 M.	5	99⅙ G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	88¼ bz
do. do. 3 M.	7	87 bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	4½	110¾ bz
Warschau 90 R. 8 T.	6	80 bz

Die Börse war heut wenig verändert, doch aber der schlechten Wiener und Pariser Notirungen wegen matter. Eisenbahnen blieben still, nur Rheinische etwas fester und belebter. Preußische Fonds waren angenehm und die meisten Anleihen höher; östreichische matt, Russen ganz still, Amerikaner fest, Italiener matt. Warschau-Wiener wurden zu herabgesetztem Preise mehrfach gehandelt. Wechsel unbelebt.

Breslau, 24. November. Die Börse war matt gestimmt und erfuhren bei beschränktem Verkehr Eisenbahnaktien Rückgänge; namentlich sind Warschau-Wiener ca. 1 pCt. gewichen. Oestreichische Effekten und Amerikanische Anleihe ohne wesentliche Veränderung.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 59¾ B. Oestr. Loose 1860 63¾ B. dito 1864 39½ B. dito neue Silberanleihe A. —. Amerikaner 75¾ bz. Schles. Bank-Verein 114 B. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 142⅕ B. dito Prior.-Oblig. 89 B. dito Prior.-Oblig. Lit. D. 92¾ G. dito Prior.-Oblig. Litt. E. 92¾ G. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. dito 5. Em. —. Neiße-Brieger —. Oberschles. Lit. A. u. C. 173⅞ B. dito Lit. B. —. dito Prior.-Oblig. 89 B. dito Prior.-Oblig. 93¼ B. dito Prior.-Oblig. Lit. E. 79¼ B. Oppeln-Tarnowitzer 77 B. Kosel-Oderb. 53¾ G. dito Prior.-Oblig. —. Friedr.-Wilh.-Nordb. 79½ B. Oestreichische neue Banknoten —. Russische Banknoten —. Warschau-Wien. —. Minerva-Bergwerks-Aktien —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 24. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Ziemlich fest, jedoch sehr stille.

Schlußkurse. Preuß. Kassenscheine 105¼. Berliner Wechsel 104⅞. Hamburg. Wechsel 88⅞. Londoner Wechsel 119. Pariser Wechsel 94⅜. Wiener Wechsel 92. Finnländ. Anleihe 83. Neue 4½ % Finnländ. Pfandbriefe 83. 1 % Spanier —. 3 % Spanier —. 6 % Vereinigte Staatenanleihe per 1882 75⅛. Oestr. Bankantheile 650. Oestr. Kreditaktien 139. Darmstädter Bankaktien 210½. Meininger Kreditaktien —. Oestr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien —. Oestreich. Elisabethbahn 102¾. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Berbach 151. Hessische Ludwigsb. —. Darmstädter Zettelb. —. 1854er Loose 57. 1860er Loose 63½. 1864er Loose 68¼. Badische Loose 51½. Kurhessische Loose 55. Bayersche Prämienanleihe 95⅞. Oestr. National-Anlehen 51⅛. 5 % Metalliques 43¾. 4½ % Metalliques 38⅝.

Frankfurt a. M., 25. November. (Effekten-Societät.) Feste Stimmung. Kurse wenig verändert. Amerikaner 75¼.

Privatdepeschen aus Newyork vom 24. d. Abends melden: Wechselkurs auf London 151¼, Goldagio 38½, Bonds 109.

Wien, 24. November. (Schlußkurse der officiellen Börse.) Effekten und Valuten flau.

5 % Metalliques 58, 40. 1854er Loose 75, 25. Bankaktien 715, 00. Nordbahn 151, 80. National-Anlehen 66, 80. Kreditaktien 152, 70. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 205, 20. Galizier 218, 00. Czernowitzer 184, 50. London 127, 90. Hamburg 95, 25. Paris 50, 75. Frankfurt 107, 20. Amsterdam 107, 50. Böhm. Westbahn 155, 50. Kreditloose 129, 00. 1860er Loose 80, 70. Lombardische Eisenbahn 208, 25. 1864er Loose 73, 80. Silber-Anleihe 74, 75. Anglo-Austrian B. 79, 00. Napoleonsd'or 10, 20. Dukaten 607½. Silberkupons 126, 50.

Wien, 24. November. (Abendbörse.) Bei geringen Umsätzen etwas fester. Kreditaktien 153, 20, Nordbahn 152, 30, 1860er Loose 80, 75, 1864er Loose 74, 10, Staatsbahn 205, 40, Galizier 218, 50, Czernowitzer 184, 00.

Wien, 25. November, Mittags. Privatverkehr. Schluß fest. Kreditaktien 155, 20, Staatsbahn 204, 40, 1860er Loose 80, 60, 1864er Loose 74, 60, Nordbahn 153, 50, Galizier 218, 50, Kreditloose 129, 50.

Hamburg, 24. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fonds leblos. Valuten schwach behauptet.

Schlußkurse. National-Anleihe 52. Oestreich. Kreditaktien 58¾. Oestreich. 1860er Loose 63. 3 % Spanier —. 2½ % Spanier —. Mexikaner —. Vereinsbank 110. Norddeutsche Bank 120¾. Rheinische Bahn 115. Nordbahn 78¾. Altona-Kieler alte 139. Altona-Kieler neue 133. Finnländische Anleihe —. 1864er russische Prämienanleihe 81¼. Neue russische Prämienanleihe 80¼. 6 % Verein. St.-Anl. pr. 1882 68¼. Diskonto 3¾ %.

London, 24. November, Nachmittags 4 Uhr. Wetter schön.

Konsols 88⅞. 1 % Spanier 31½. Sardinier 74. Italien. 5 % Rente 55. Lombarden —. Mexikaner 18⅜. 5 % Russen 86. Neue Russen 86. Silber —. Türkische Anleihe 1865 33⅞. 6 % Ver. St. pr. 1882 70⅞.

London, 25. November, Vormittags.

Aus New-York wird vom 23. d. Abends gemeldet: Wechselcours auf London 151¾, Goldagio 39, Bonds 108½, Baumwolle 33½.

Paris, 24. November, Nachmittags 3 Uhr. Die 3% eröffnete zu 69, 60 und schloß in träger, unbelebter Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 88½ gemeldet.

Schlußkurse. 3 % Rente 69, 45. Italienische 5 % Rente 56, 05. 3 % Spanier —. 1 % Spanier —. Oestr. Staats-Eisenbahnaktien 407, 50. Kredit-mobilier-Aktien 587, 50. Lombard. Eisenbahnaktien 408, 75. Oestr. Anleihe de 1865 321, 25 p. cpt. 6 % Ver. St. pr. 1882 79⅞.

Amsterdam, 24. November, Nachmittags 4 Uhr 15 Minuten. Etwas flauer, stille.

Neue östreich. steuerfr. Anl. 41¼. 5 % Metalliques Lit. B. 67¼. 5 % Metalliques 44. 2½ % Metalliques 22 1/16. 5 % Oestr. Nat.-Anl. 48 5/16. Silberanleihe 54¾. 1 % Spanier 30¾. 3 % Spanier 31. 6 % Ver. St. pr. 1882 74 7/16. Holl. Integrale 54 7/16. Mexikaner 17¼. 5 % Stieglitz de 1855 78¼. 5 % Russen de 1864 87½.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.